3. Quartal 1999 Nr. 33

ZAG

antirassistische zeitschrift

erscheint vierteljährlich
Postvertriebsstück A 12057 F

6 DM



Postvertriebsstück A 12057 F – Gebühr bezahlt

04

Infoladen Leipzig

Koburger Str. 3
04277 Leipzig

ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstraße 59, HH, 10965 Berlin

INHALT

Die ZAG hat stets Interesse an Artikeln aus dem Bereich Antirassismus. Am liebsten sind uns klar strukturierte Artikel mit nicht mehr als 8.000 Zeichen, die auf keinen Fall mit „Seit der Abschaffung des Asylrechts..." beginnen sollten. Texte bitte einmal auf Diskette im MS-DOS- oder Winword-Format und einmal ausgedruckt an untenstehende Adresse senden. Da die Redaktion sich Überarbeitungen und Kürzungen vorbehält, bitte unbedingt eine Kontaktadresse angeben.

Impressum
ZAG – antirassistische Zeitschrift
Herausgeberin:
Antirassistische Initiative e.V.
Redaktion
Albert, Anja, Elke,Irmgard, Jürgen, Kathrin, Markus, Tilmann, Tobias
Redaktionsanschrift
ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
fon 030/785 72 81
fax 030/786 99 84
email:
zag@mail.nadir.org
homepage:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/zag
Konto
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 303 96 01
(ARI: 303 96 00)
BLZ: 100 205 00
Erscheinungsweise: vierteljährlich
V.i.S.d.P.
Peter Finger
Layout
face it!
Titel
face it!
Druck
Eindruck Berlin

Redaktionsschluß
für die nächste Ausgabe: 2.2.2000
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 15.12.98

Auf dem Weg in ein neues Jahrtausend …

… muß endlich ein Schlußstrich unter alte Rechnungen gezogen werden, damit man mit klarem Blick und vorwärtsgewandt in das neue Millenium ziehen kann. Gerade in Deutschland, wo eher auf interpretativer denn auf logischer Grundlage gerechnet wird. Dauern doch hier üblicherweise tausend Jahre nur 12 und ausgerechnet jetzt kommen diese geldgierigen jüdisch-amerikanischen Anwälte daher und wollen die deutsche Wirtschaft ruinieren. Wegen Zwangsarbeit. Damals. Dabei kann man doch froh sein, wenn man überhaupt Arbeit hat. Und stellen sich an, daß die deutsche Wirtschaft nur 5 Milliarden Entschädigung bezahlen will, obwohl die Zwangsarbeiter damals 500 Milliarden erwirtschaftet haben. Und das obwohl sich der Vermittler Otto Graf Lambsdorff solche Mühe gegeben hat. Ein qualifizierter Mann, ohne Frage. Ist er doch nicht nur wegen Steuerhinterziehung verurteilt, sondern hat kurz nach der Stunde Null auch vielen orientierungslosen Altnazis bei den freien Demokraten im Ruhrgebiet eine neue Heimat geboten. Und trotzdem muß der Staat jetzt draufzahlen, sprich: der kleine Mann auf der Straße, obwohl der nie Zwangsarbeiter gehalten hat. Und das alles im deutschen Jubeljahr, wo doch gerade erst vor zehn Jahren „das Monster besiegt wurde“, wie die BZ so schön titelte. Wenigstens sind passend zum Jubeltage der innerdeutschen Bananenfreihandelszone zwei dieser Monster in den Knast geschickt worden. Einer von beiden ist übrigens der, der aus Versehen die Mauer aufgemacht hat. Ist er womöglich deshalb bestraft worden?

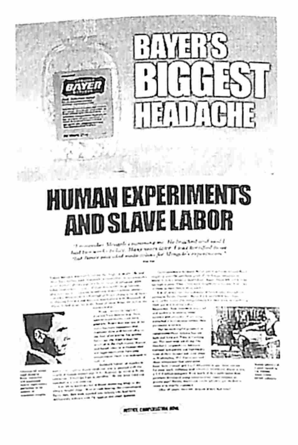
Da haben wir in Deutschland so viel schöne Vergangenheit, und immer geht es nur um die eine. Unsachlich und polemisch. Wenigstens ist jetzt dieser unsäglichen Wehrmachtsausstellung das Handwerk gelegt worden. Was Bombenterror nicht schaffte, das schafft die wertfreie deutsche Wissenschaft. Und so überlegt der Herr Reemtsma nun, ob in der überarbeiteten Ausstellung nicht noch das Verhältnis der verbrecherischen Gewaltregime Faschismus und Stalinismus zueinander untersucht werden sollte. Das hat der Herr Nolte doch schon vor 10 Jahren gesagt.

Heutzutage ist das natürlich einfacher, und wenn man den ganzen Ballast der Geschichte erstmal abgeworfen hat, dann kann man auch sorgenfrei in eine neue Zukunft starten. Das nächste Jahrtausend wird die Epoche des Friedens und der Harmonie, hier in Europa. Und damit niemand unseren schönen Binnenmarkt stört, ist spätestens seit Tampere die komplette Abschottung gegen Flüchtlinge offizielle europäische Politik.
Nur noch wenige Irregeleitete salbadern immer noch von offenen Grenzen und Gleichstellung und stellen sich die Zukunft etwas anders vor.

Wie die Konzepte antirassitischer Arbeit aussehen könn(t)en, läßt sich in unserem Schwerpunkt ab der Seite 11 nachlesen.

Und weil's auch ohne Rechnen geht und wir wegen des Y2K-Bug bald alle schon ab drei Rente kriegen, wünschen wir euch schonmal ein schönes, neues, sauberes und vergeßliches Jahrtausend.

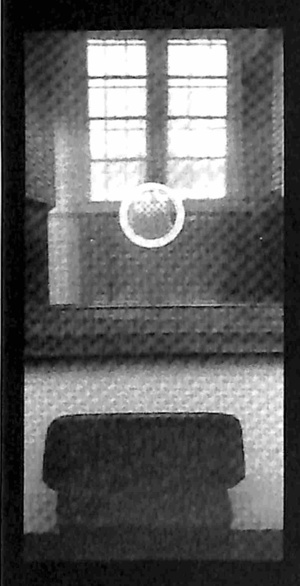
Prosit,
die ZAG-Redaktion











Update zur juristischen Situation von Mumia Abu-Jamal und zum Stand der Planungen für bundesweite Soliaktivitäten

Internationaler Aktionstag am 2. Dezember

Bundesweite Demo für Mumia am 5. Februar 2000 in Berlin

Am 13. Oktober 1999 unterschrieb Pennsylvanias republikanischer Gouveneur Thomas Ridge erneut einen Hinrichtungsbefehl für den afroamerikanischen Journalisten und ehemaligen Black Panther Aktivisten Mumia Abu-Jamal, nachdem ein erster Hinrichtungsbefehl im August 1995 zehn Tage vor dem Exekutionsdatum aufgrund weltweiter Proteste ausgesetzt wurde. Der heute 45jährige Mumia Abu-Jamal wurde am 9. Dezember 1981 wegen angeblichen Mordes an dem weißen Polizeibeamten Daniel Faulkner festgenommen und im Juli 1982 nach einem nur vierzehntägigen Prozeß von einer ausschließlich weißen Geschworenenjury im Sinne der Anklage für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Dieser Prozeß war nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international, unabhängigen Beobachtern, Juristenvereinigungen etc. derart mit Fehlern und Nachteilen zuungunsten von Abu-Jamal behaftet – Zeugen wurden nachweislich von Polizei und Staatsanwaltschaft unter Druck gesetzt, Beweismittel verschwanden, Abu-Jamals Pflichtverteidiger erklärte sich selbst für inkompetent, potentielle afroamerikanische Geschworene wurden ausgeschlossen etc –, daß diese Organisationen gemeinsam mit dem Europaparlament, Schriftstellern wie dem Nobelpreisträger Günther Grass und tausenden von Menschen in den USA, Europa, Südafrika und Lateinamerika ein neues Verfahren für Mumia Abu-Jamal fordern. Bisher war diese Forderung erfolglos. Jetzt versuchen Abu-Jamals Anwälte vor dem zuständigen Bundesbezirksgericht ein neues Verfahren für Mumia Abu-Jamal auf der Grundlage der sog. „habeas corpus" Klausel zu erhalten. Danach hat jeder Gefangene das Recht, daß sein oder ihr Verfahren von einem unabhängigen Richter geprüft wird. Der zuständige Richter in diesem Fall ist Judge William Yohn am Federal District Court in Philadelphia.

Was passiert jetzt vor Gericht?

Am 23. Oktober hob Bundesrichter William Yohn auf Antrag von Abu-Jamals Verteidigern den Hinrichtungsbefehl auf. Er benötige Zeit, um den Antrag auf ein neues Verfahren zu prüfen, erklärte Yohn seine Entscheidung. Zunächst einmal haben Abu-Jamals Verteidiger am 7. Dezember eine Reihe von Präzedenzfällen schriftlich angeführt, auf die sie ihren Antrag auf ein neues Verfahren stützen. Insgesamt macht das Verteidigerteam um Len Weinglass 29 Punkte geltend, in denen Mumias verfassungsmäßige Rechte auf ein faires Verfahren in dem Prozeß von 1982 verletzt wurden. Am 7. Dezember hat Len Weinglass Richter Yohn auch die vielen Solidaritätsfaxe überreicht, in denen Menschen aus aller Welt den Richter auffordern, Mumia ein neues Verfahren zu gewähren (An dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank an alle, die diese Faxe schon geschickt haben, wir haben sie an Len Weinglass weitergeleitet. Insgesamt sind bei uns rund 2.000 Unterschriften eingegangen). Dann hat die Staatsanwaltschaft bis zum 7. Februar Zeit, um auf den Antrag von Abu-Jamals Verteidigern zu antworten. Ob die Staatsanwälte diese Frist voll ausschöpfen werden oder eher reagieren, ist nicht vorhersehbar. Anschließend hat Len Weinglass noch einmal zwanzig Tage Zeit, um eine erneute Stellungnahme abzugeben. Erst dann – nach Schätzungen aus den USA wird es wohl Ende Februar oder Anfang März werden – wird Richter Yohn eine erste mündliche Anhörung – sog. „oral arguments" – beider Seiten anberaumen, bei der Mumias Anwälte und die Staatsanwaltschaft ihre Standpunkte noch einmal vortragen. Hauptforderung von Mumias Anwälten ist es, daß Richter Yohn eine neue Beweisaufnahme anordnen soll – ein sog. „evidentiary hearing". Die Beweisaufnahme böte die einmalige Chance, die neuen Zeugen und Beweise in das Verfahren einzuführen, die von den Vorinstanzen – insbesondere vom erstinstanzlichen Richter Albert Sabo – abgelehnt wurden. Diese neuen Zeugen und Beweise können nur vor Richter Yohn eingeführt werden. Sollte Richter Yohn eine Beweisaufnahme ablehnen, entscheidet er aufgrund der Aktenlage von 1982 und 1995 – die bekanntermaßen für Mumia sehr ungünstig ausgefallen ist. Wann Richter Yohn über eine Beweisaufnahme und für oder gegen ein neues Verfahren für Mumia entscheidet, ist noch völlig offen. Dem Richter sind gesetzlich keine Fristen gesetzt. Er trifft die Entscheidung nach eigenem Ermessen.

Die nachgeordnete Instanz nach Richter Yohn ist ein Bundesberufungsgericht, das mit drei Richtern besetzt ist. Diese entscheiden nach Aktenlage und orientieren sich erfahrungsgemäß an der Entscheidung der Vorinstanzen. Als letzte Möglichkeit bliebe dann noch einmal der Weg zum Obersten Gerichtshof der USA, der allerdings schon zwei Mal Mumias Beru-

fungsanträge ungehört zurückgewiesen hat – zuletzt am 4.10 1999. Was ist in Planung, um die entscheidende Phase, in der sich Mumias Verfahren momentan befindet, zu begleiten und Öffentlichkeit zu schaffen?
Das bundesweite Treffen der Mumia-Soligruppen hat Ende Oktober entschieden, daß am 5. Februar 2000 in Berlin eine bundesweite Demo unter dem Motto „Für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal" und mit den Forderungen „Abschaffung der Todesstrafe, Freiheit für alle politischen Gefangenen" stattfinden soll. Diese Demo soll kurz vor der ersten mündlichen Anhörung vor Richter Yohn noch einmal massiv Öffentlichkeit für Mumias Fall schaffen und die Brisanz der aktuellen Situation unterstreichen sowie möglichst viel Druck aufbauen. Ziel ist eine Demo mit mindestens 5.000 TeilnehmerInnen! Ein bundesweiter Aufruf und Mobilisierungsplakate werden hoffentlich ab Mitte Dezember zur Verfügung stehen. Weitere Infos zum Stand der Mobilisierung könnt ihr jederzeit über die Webseite abfragen.

Davor hat es am 2. Dezember, dem internationalen Aktionstag für Mumia, in rund 30 verschiedenen Städten in Deutschland Aktionen geben. Neben Demos in Berlin, Hamburg und München, an denen sich jeweils mehrere hundert Menschen beteiligten, gab es auch phantasievolle Aktionen am Frankfurter Flughafen, vor Haribo und Bayer – zwei Firmen, die massiv in Pennsylvania investieren – und viele Infostände, Veranstaltungen und Konzerte quer durch die Republik.
Soweit erstmal, bis zum 5. Februar in Berlin!

das Mumia Solibüro Berlin

Kontaktadresse:
c/o ARI
Yorckstraße 59
10965 Berlin
Fax: 030/7869984
http://www.berlinet.de/ari/kampagne/mumia

Stand: 5.12.1999

Rassistische Motivation – ausgeschlossen

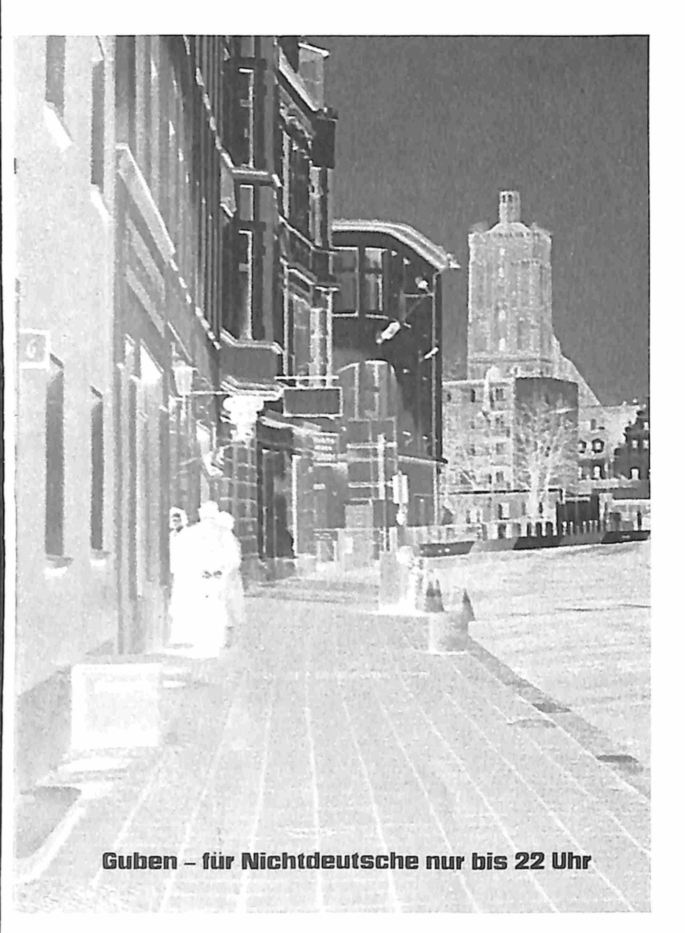
Normalität in Deutschland – Prozeßbeobachtung zur Todeshatz in Guben

„Eine Hetzjagd von Ausländern gegenüber deutschen Jugendlichen"[1] war es, die nach Meinung des Verteidigers Dittberner in der Nacht vom 12. auf den 13. Februar 1999 in Guben stattfand. In dieser Nacht starb der algerische Asylbewerber Farid Guendoul als er in seiner Panik die Tür eines Wohnhauses eintrat und sich dabei tödlich verletzte.

Seit dem 3. Juni 1999 findet zweimal wöchentlich vor dem Cottbuser Landgericht der Prozeß gegen 11 Gubener Nazis statt, die u.a. wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung angeklagt sind. Die mutmaßlichen Täter, die zum Teil von ihren Eltern zu jedem Prozeßtag begleitet werden, bewegen sich sichtlich gelangweilt oder amüsiert durch das Gericht. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen gibt ihnen auch allen Grund dazu. Die Verteidigung schafft es mit einer unendlichen Antragsflut den Ablauf zu verschleppen: Dem Gericht wird Befangenheit aus den unterschiedlichsten Motiven unterstellt oder die Frage der Sitzordnung und Größe der Tische sorgt dafür, daß ein Verhandlungstag nach nur einer halben Stunde ausgesetzt wird. Der Tod des Algeriers ist in diesem Szenario schon lange in den Hintergrund getreten. Einzig die Identität des Toten erschien der Verteidigung über mehrere Verhandlungtage ungeklärt und damit relevant genug, um die Berechtigung einer Nebenklage anzuzweifeln.
Nur einer der Angeklagten machte vor Gericht Aussagen. In seiner Darstellung bekommt die Jagd ihre ganz eigene Logik. Ein von einem Schwarzen mit einer „Machete" verletzter „Kamerad" und eine Polizei, die nach seinen Aussagen Unterstützung brauchte, da sie nicht den Anschein erweckte, den Täter finden zu können, veranlaßte die aufgebrachten Jugendlichen dazu, sich selbst auf die Suche zu machen, um ihn der Polizei übergeben zu können. Damit wurde dann ersteinmal jeder Schwarze verdächtig.
Die Aussagen der Freunde von Farid Guendoul, die in dieser Nacht bei ihm waren, wurden von den Angeklagten mit einem amüsierten Grinsen beobachtet. Diese Aussagen ließen erahnen, was ein Mensch empfindet, der in einem Alltag rassistischer Anmache lebt, einer Horde Glatzen gegenübersteht, die es eindeutig nicht bei Worten belassen wollen. Dem Zeugen Kahled Bensaha wäre es in diesem Augenblick lieber gewesen, beim Wegrennen und Überqueren der Straße von einem Auto überfahren zu werden als „diesen Leuten in die Hände zu fallen"[2].
Die Verteidigung will dieser Argumentation nicht folgen. Weil sich die Opfer während ihrer Flucht nicht permanent umdrehten und den Abstand zu ihren Verfolger schätzten, möchte sie den Vorwurf der fahrlässigen Tötung fallengelassen sehen, da aufgrund der Entfernung die tödliche Verletzung von Farid Guendoul ihren Mandanten nicht anrechenbar sei.
Zeugen, wie etwa eine Tankstellenangestellte oder ein Taxifahrer, wollen in dieser Nacht nichts ungewöhnliches bemerkt haben. „Normal" ist für sie,



einen blutenden Nazi aus dem Tankstellenklo zu schmeißen oder einen völlig verängstigten Schwarzen umsonst in ein Bistro zu fahren. In diesen Darstellungen spiegelt sich nicht nur die Angst wieder, Menschen zu belasten, die man täglich auf der Straße trifft. Vielmehr zeigen sie den fast krankhaften Versuch, alles Unnormale, Auffällige, Ungewöhnliche zu negieren, es mit den Aussagen auch ungeschehen zu machen: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Zuzugeben, daß es ein Problem mit rechtsradikalen



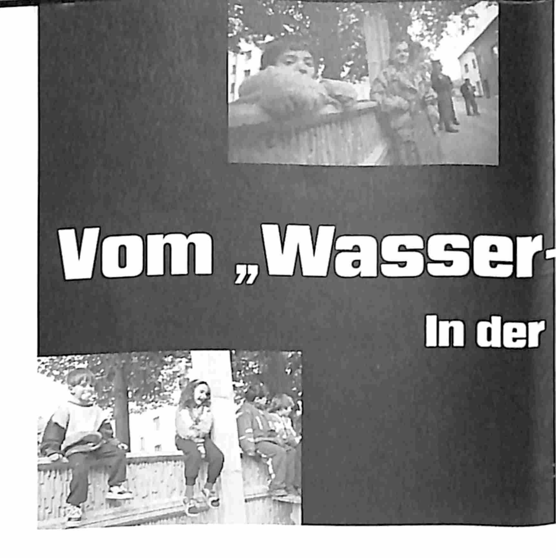
Guben – für Nichtdeutsche nur bis 22 Uhr

Jugendlichen gibt, ist unmöglich. Diese werden sowieso als „normal" empfunden, sind sie doch mit ihrem äußeren Erscheinungsbild im öffentlichen Raum so präsent, daß alles andere „unnormal" erscheint. Aus ihrer Erscheinung auf ein rechtsextremes und ausländerfeindliches Gedankengut zu schließen, wird gemeinhin vehement abgelehnt. Eine rassistische Motivation der Angeklagten wird auch während der Verhandlungen ausgeschlossen, die Tat als kriminelle Handlung normaler Jugendlicher dargestellt. Öffentlich diskutiert wird dazu schon lange nicht mehr, das Interesse an diesem Prozeß ist minimal.

Wie gering die Auseinandersetzung mit Rassismus in einem rassistischen Klima ist, wird deutlich, wenn nur wenige Kilometer von Guben entfernt – in der südbrandenburgischen Kleinstadt Spremberg – Bürgermeister Egon Wochatz (CDU) in einem Interview zum Tod des Algeriers äußern kann: „Was hatte der denn nachts um diese Zeit auf der Straße zu suchen"[3] und keine ernsten Konsequenzen befürchten muß. Die PDS-Stadtverordnetenfraktion forderte eine schriftliche Stellungnahme, der Fraktionsvorsitzende der CDU/FDP glaubte, daß einem so etwas „ja mal über die Lippen"[4] geht, man sich hinterher aber dafür entschuldigen müßte. Und die Bürger der Stadt stellten sich hinter ihren Bürgermeister, fanden ihn mutig, weil er sich nicht von einer allgemeinen Meinung einschüchtern ließe und überhaupt viel für seine Stadt tut. In Wochatz' öffentlicher Stellungnahme kam dann tatsächlich auch eine „Entschuldigung" vor, die ihn vor der Stadtverordnetenversammlung rehabilitierte: Er habe das Ende des Gespräches nicht mehr mit dem eigentlichen Interview in Verbindung gebracht und in einem „persönlichen Gespräch läßt man dann mal was gucken".[5] Normal sind auch für ihn rechtsradikale Jugendliche und normal ist auch, daß sich Asylbewerber hier nicht frei bewegen können. Und weil Asylbewerber sich bei ihrem Aufenthalt hier „an die jeweiligen Situationen vor Ort"[6] anzupassen haben, schlägt Wochatz die Einhaltung und Durchsetzung der Nachtruhe in Asylbewerberheimen in der Zeit von 22.00 bis 6.00 Uhr vor. Und niemanden störts. Normalität in Deutschland.

Der Prozeß gegen die 11 Gubener Nazis findet jeweils dienstags und donnerstags ab 9 Uhr vor dem Cottbuser Landgericht statt und wird allem Anschein nach bis in die 1. Hälfte des nächsten Jahres dauern. ■

1 Interview, ORB-Fernsehen, 21.9.99
2 aus der Aussage des Zeugen, 26.10.99
3 Berliner Morgenpost, „Eine ganz normale Stadt", 7.9.99
4 Lausitzer Rundschau, „Wir finden, daß das eine Sauerei ist", 5.11.1999
5 Frankfurter Rundschau, „Mal was gukken lassen", 10.11.99
6 Lausitzer Rundschau „Nur einen schlechten Tag erwischt", 6.11.99



Vom „Wasser-

In der

In Usti nad Labem, einer kleinen tschechischen Stadt – auf dem Weg von Dresden nach Prag kurz hinter der Landesgrenze – wurde von den kommunalen Behörden beschlossen, um von Roma bewohnte Mietshäuser eine Mauer zu bauen. Begründung: Die Nachbarschaft fühlt sich durch Gestank und Lärm belästigt. Gegen diesen Beschluß protestierten neben etlichen Menschenrechtsorganisationen auch der tschechische Präsident und die Europäische Union.

Am 30. August diesen Jahres wurde mit dem Bau, der ursprünglich vier Meter hoch geplanten, Mauer begonnen. Noch am selben Tag wurde jedoch durch ein Bezirksgericht ein Baustopp verhängt, da für ein solch großes Bauwerk ein – hier fehlender – Bauantrag benötigt würde. Jedoch am 5. Oktober wurden die Bewohner wieder aus dem Schlaf gerissen, der Bau wurde wieder in Angriff genommen. Diesmal „nur" 1,8 Meter hoch. Am nächsten Tag wurde der Weiterbau mittels einer Blokkade der Baustelle durch die Roma verhindert. Dabei wurde auch ein Teil der bisherigen Konstruktion wieder abgetragen. Trotz andauernden Protestes von internationalen Menschenrechtsorganisationen, auch vor Ort, wurde der Bau Mitte Oktober durch massiven



„Regime“ zu Müllplätzen

Nachbarschaft fühlst du dich am wohlsten

Polizeieinsatz durchgesetzt. Am 23. November beschloß der Stadtrat von Usti nad Labem die Mauer wieder abzureißen, was auch umgehend am nächsten Morgen umgesetzt wurde. Als Entscheidungshilfe für die Stadt diente die staatliche finanzielle Unterstützung zum Aufkauf der Häuser gegenüber den Sozialwohnungen, damit deren, sich belästigt fühlende, Bewohner/innen wegziehen können. Der mehrere Millionen D-Mark hohe Betrag der tschechischen Regierung biete Möglichkeiten für Sozialprojekte, wurde sogleich kommentiert. Erste Ideen bezogen sich auf die Einrichtung einer Polizei- und einer Sozialstation in den dann freiwerdenden Einfamilienhäusern.

In den Mietshäusern ... leben 6- bis 12-köpfige Familien in Wohnungen mit maximal zwei Zimmern. Der Wasserverbrauch ist zeitlich eingeschränkt.

„Unsere Entscheidung wird das Image der Tschechischen Republik im Ausland beträchtlich verbessern“, so der Bürgermeister von Usti nad Labem. Die Europäische Kommission bezeichnete den Abriß der Mauer als „gute Nachricht“. Dabei nicht in Betracht gezogen wird, daß sich an der schlechten Situation der Roma nichts ändern und durch den Wegzug der Nachbarschaft eine Ghettoisierung vorangetrieben wird.

Der Bau einer Mauer in Usti nad Labem ist nicht der Skandal. Er ist nur der auf die Spitze getriebene Ausdruck dessen, wie mit der Minorität der Roma umgegangen wird. Nicht nur werden immer wieder Roma auf der Straße tätlich attackiert, sondern nach Meinung der Helsinki Citicens Assembly – Roma Section trifft sie ein institutioneller Anti- Roma Rassismus. Die Organisation Human Rights Watch spricht von „Fremden im eigenen Land“.

Roma treffen immer wieder auf Schwierigkeiten mit der Administration. So erhalten zum Beispiel Roma, die aus der Slowakei gekommen sind, keine permanente Aufenthaltsberechtigung und können auch nicht die tschechische Staatsangehörigkeit erlangen, was dann direkt auf die Höhe der staatlichen Unterstützung Einfluß hat.

Ein weiteres Beispiel ist die Vergabe von Wohnraum. In den Mietshäusern in der Maticni Straße in Usti nad Labem leben 6- bis 12-köpfige Familien in Wohnungen mit maximal zwei Zimmern. Der Wasserverbrauch ist zeitlich eingeschränkt. So darf für eine Kostenpauschale von 50 tschechischen Kronen der gesamte Haushalt nur insgesamt 20 Minuten lang Wasser pro Tag verbrauchen, dann ist bis zum nächsten Tag der Hahn abgedreht. Für weitere 1500 Kronen (annähernd 90 DM) darf mehr verbraucht werden. Angesichts einer fast 100 prozentigen Arbeitslosigkeit unter den Roma in der Maticni Straße ein kaum sich zu leistender „Luxus“. Seit vier Jahren haben die Roma Mülltonnen beantragt und erhalten keine.

Kurzum mußte eine Brachfläche als Müllsammelplatz herhalten. Daß genau dies mit als Argument für die Mauer genutzt wurde, ist nur eine kleine Ironie am Rande.

In Tschechien erhielten die Roma nach 1989 den Status einer anerkannten Minorität. Dies beinhaltet das Recht nach freier Entfaltung der eigenen Kultur, schulischer Bildung in eigener Sprache, selbst die Korrespondenz mit öffentlichen Stellen darf in Romani gehalten sein. Die Realität sieht anders aus. Die tschechische Fluggesellschaft markiert Passagiere, die Roma sind auf ihren Listen mit einem Extrabuchstaben, bestimmt nicht, um einen individuellen Service in Romani anzubieten. *Markus Stilo (ZAG)*

Wer sind hier eigentlich die Dummen?

Das fragt sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) beim BGS in Frankfurt am Main. Fälschlicherweise legt sie – standesgemäß – den Schluß nahe, daß die Polizisten, welche die Abschiebungen per Flugzeug letzten Endes durchführen, die Leidtragenden der mörderischen Abschiebepraxis seien. Allerdings stellt die GdP in diesem Zusammenhang unmißverständlich klar, daß es keinerlei Rechtsgrundlage dafür gibt, Menschen an Bord eines Flugzeuges, im jeweiligen Drittland oder im Zielland zu bewachen, zu fesseln oder zu knebeln (oder zu ersticken), um sie im vermutlichen Heimatland den Behörden zu übergeben. Die Flüchtlinge, die durch den BGS abgeschoben werden, können sich diese, im Land der Befehlsempfänger fast schon philosophisch anmutende Frage nach Dummheit nicht leisten. Für sie lautet die Frage schlicht: Wer überlebt?

Flurbereinigung mit Konsequenzen

Nationalkonservative Schweizerische Volkspartei auf dem Vormarsch

Damit hatte kaum jemand gerechnet: Bei den Parlamentswahlen in der Schweiz wurde die fremdenfeindliche Volkspartei SVP mit einem Mandatszuwachs von 50% an die Spitze der gesamten bürgerlichen Parteienlandschaft katapultiert. Auf der Linken herrscht weitgehend Rat- und Phantasielosigkeit wie dem Aufschwung der Reaktionären zu begegnen ist.

Was am 24. Oktober geschah, wird in die Nachkriegsgeschichte der Schweiz eingehen. Die Verschiebungen auf der politischen Landkarte sind die gravierendsten seit Jahrzehnten. Noch nie wurde das bis anhin äusserst stabile Parteiengefüge dermassen aufgewirbelt. Die Schweizerische Volkspartei hat mit ihren Zugewinnen, auf Kosten der rechten Ein-Themen-Parteien, die klare Führerschaft von der liberalen Mitte bis hin zum braunen Rand übernommen. So ist etwa die zur Freiheitspartei mutierte, ehemalige Autopartei ganz aus dem Parlament verschwunden und die traditionelle Anti-Einwanderungspartei, die Schweizer Demokraten, sind nur noch mit einem Vertreter im Bundeshaus in Bern vertreten. Selbst der verfängliche und in der Vergangenheit von den rechtsextremen Parteien erfolgreiche Slogan „das Original und nicht die Kopie wählen" hat versagt. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die SVP in den Politikfeldern der kleinen, rechtsextremen Formationen erfolgreich positionieren können. Als traditionelle Regierungspartei hatte sie ausserdem nie um ihren Ruf zu fürchten. Ihren Aufstieg als rechte Partei mit Bewegungscharakter führt auf das Jahr 1989 zurück. Sowohl die damaligen geopolitischen Umwälzungen als auch innenpolitische Ereignisse markierten eine Zäsur in der Entwicklung der schweizerischen Rechten.

Zum einen ist die während der gesamten Nachkriegszeit identitätsstiftende Klammer des Antikommunismus mit dem Fall der Berliner Mauer weggefallen. Der Ersatz wurde alsbald in der Europäischen Union und anderen supra-nationalen Organisationen gefunden. 1989 führte die Schweiz als Efta-Mitglied Gespräche mit der EU über die Aufnahme von Verhandlungen über einen gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Dies war das Startsignal für den bis heute anhaltenden Aufstieg der SVP und der mit ihr eng verbandelten „ausserparlamentarischen" Lobbyorganisation, „Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz" (Auns). Am deutlichsten manifestiert sich diese Doppelspurigkeit an der unbestrittenen Führerfigur der nationalkonservativen Bewegung. Der Milliardär und Chemie-Unternehmer Christoph Blocher ist

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die SVP in den Politikfeldern der kleinen, rechtsextremen Formationen erfolgreich positionieren können.

gleichzeitig Präsident der Auns und der SVP des Kantons Zürich. Der Kampagne gegen die EU war 1993 mit der Ablehnung des Beitritts der Schweiz zum europäischen Wirtschaftsraum in einer Volksabstimmung Erfolg beschieden. Hier manifestierte sich denn auch das ambivalente Verständnis der SVP deutlich. Der SVP-Vertreter im Bundesrat unterstützte das Vorhaben einer wirtschaftlichen Öffnung in Richtung Europa, an der Basis wurde gleichzeitig stark Stimmung gemacht gegen die EU und ihre Befürworter „in Bern oben" – oder wie das Lieblingsfeindbild allgemeiner genannt wird: die „Classe politique".

Das doppelspurige Parteiverständnis liess sich auch lange Zeit geografisch verorten. Während die Parteisektion im stark bäuerlich geprägten Kanton Bern für die behäbige, liberal-konservative Linie zeichnete und auch den einzigen SVP-Minister stellte, war es der Parteiflügel aus dem Wirtschafts-Kanton Zürich, der unter der Ägide von Chtistoph Blocher und seiner stark ideologisch verorteten Entourage den „oppositionellen" Ton angab. Für die Medien war es während Jahren ein gefundenes Fressen über die parteiinternen Streitereien zwischen dem Berner und Zürcher Flügel der SVP zu berichten. Doch diese Epoche neigte sich mit den Nationalratswahlen nun auch dem Ende zu. Neben der Flurbereinigung innerhalb der in Parteien organisierten Rechten, hat auch eine Terrainausweitung der SVP stattgefunden. War die Volkspartei bis anhin in den beiden traditionellen Stammlanden, sowie in der Ostschweiz bis hin zum Bodensee präsent, so stellte die französischsprachige Westschweiz weitgehend Brachland dar. Blocher hatte dort keinen Statthalter und selbst spricht er zu wenig gut Französisch, als dass er die Mobilisierungsaufgabe selbst hätte übernehmen können. Ausserdem schielen die wirtschaftlich angeschlagenen Kantone der Westschweiz schon lange über die Landesgrenze hinaus und können mit dem rigiden „Nein zu Europa" aus der Deutschschweiz nicht viel anfangen. Dasselbe gilt auch für die Dreiländereck-Stadt Basel, wo der grenzübergreifende Handel und Verkehr schon lange Realität ist. Eine der grössten Überraschungen war nun das erfolgreiche Abschneiden der SVP in diesem Neuland. In Basel und Genf –

den beiden gemeinhin als weltoffen apostrophierten Städten – erzielten Ableger der blocherschen Parteilinie 20 respektive 7 WählerInnenprozente. Nota bene aus der vorherigen Bedeutungslosigkeit heraus!

Während die SVP im Siegestaumel bereits vom Beginn des Wahlkampfs für die nächsten Nationalratswahlen in vier Jahren spricht, begnügt sich die parlamentarische Linke mit Wundenlecken und Analysen der eigenen Befindlichkeit. Obwohl sich die Politik und die Propagandamaschinerie der SVP in kaum einer Weise von anderen rechtspopulistischen Parteien wie Front National oder FPÖ unterscheidet – ausser dem nicht-faschistischen Entstehungskontext –, hat sich in der Schweiz nicht einmal ansatzweise eine antirassistische Koalition herausgebildet, die das vorhandene Missbehagen zu kanalisieren vermöchte. Einzig im September vor vier Jahren war es einem Bündnis von Sozialdemokraten bis zu Autonomen gelungen einer Grosskundgebung der SVP gegen die EU und „Heimatmüde", wie sie ihre Gegner zu titulieren pflegt, zu beeinträchtigen und eine öffentlichkeitswirksame Gegenposition zu markieren. Seither ist es bei einzelnen Störaktionen von Veranstaltungen und isolierten militanten Aktionen geblieben. Medienkompatibel bleiben die Reaktionen auf die Person Blochers beschränkt. Einziger Ansatz, der jedoch nur eine Vorstufe weitergehender Aktionsformen sein kann, sind gelungene publizistische Arbeiten, die den neusten Vormarsch der Reaktion zu kontextualisieren vermögen.

Nick Lüthi, Bern

zum Weiterlesen:

Peter Niggli, Jürg Frischknecht „Rechte Seilschaften – Wie die ‚unheimlichen Patrioten' den Zusammenbruch des Kommunismus meisterten", Rotpunktverlag Zürich, 750 Seiten.

Die zur Zeit umfangreichste Darstellung der Schweizerischen Rechten. Mit umfangreichem Personen- und Sachregister.





Daß bei Zeitgenossen wie Otto Schily mit allem gerechnet werden muß, ist eigentlich nichts bemerkenswertes mehr. Daß Otto Schily eine Zeitgeistblüte der Igittigitt-Kategorie ist auch nicht. Daß er sich das Denken nicht verbieten lassen will (was für einen Minister, zumal Innenminister, ein schöner Anspruch wäre), wirkt irgendwie absurd. Daß es unterschiedliche Auffassungen gibt, was unter dem Terminus „Denken" so verstanden wird, ist bekannt. Daß Sektenanhänger diesen häufig und inflationär nutzen auch (Schily ist Anthroposoph). Daß dieser Terminus die wichtige Funktion erfüllt, den für sie irrelevanten Unterschied zwischen Glauben, Wissen und Denken, in ein indifferentes Irgendwas zu vermatschen, ist alt. Daß nun aber die pure Demagogie wider besseres Wissen und nach dem Regelwerk der Milchmädchenmathematik in den politischen Verlautbarungsalltag Einzug hält, ist auch bei den mentalen Voraussetzungen dieses Innenministers nicht zwingend. Daß viele Menschen von Statistiken überfordert sind, ist banal, sind sie doch dazu konstruiert nachzuweisen, was Nachgewiesenzuwerdendes gerade anliegt. Daß politische Dreckschleudern noch nie Hemmungen hatten, mit Halb- oder Viertelswahrheiten unter großzügiger Streichung aller nicht ganz ins Konzept passender Punkte herumzuflegeln, gehört ebenfalls zum politischen Alltag. Daß aber ein Innenminister sich beinahe im selben Atemzug bemüht, einerseits seine geistige Minderbemittlung zu beweisen – da ansonsten seine Zahlenrabulistik entgegen besseren Wissens erfolgt wäre – andererseits aber auch noch intellektuelle Ansprüche reklamiert, ist neu. Daß ab einem bestimmten Grad der Demenz wohl auch die Selbstwahrnehmung stark leidet, könnte ein Grund dafür sein.

Unser Innenminister auf der Suche nach dem rechten Rand schwadroniert natürlich auch von realitätstüchtiger Politik und einer Abneigung gegen Glaubenssätze. Der zweite Punkt würde in einem anderen Zusammenhang große Erheiterung auslösen, der erste ist ohne irgendwelche Spuren von Heiterkeit richtig. Das ist garantiert realitätstüchtige Politik, die sich jede gemäßigte Regierung nicht leisten würde.

Aber seien wir dankbar für die Erkenntnis, die wir feiern können: Für die SPD hat Wirtschaft nichts mehr mit Politik zu tun, denn nach Otto Schily sind ja 97% der Asylantragsteller Wirtschaftsflüchtlinge und das muß ja dann ein Widerspruch sein. Die geheime Botschaft: die SPD denkt über die Abschaffung des Wirtschaftsministeriums nach. Was allerdings die Verwerflichkeit ausmacht, aus wirtschaftlichen Gründen zu fliehen – heißen diese in der Regel doch einfach Hunger und Not – wird wohl immer ein Geheimnis

der saturierten Wohlstandsignoranten bleiben. Und selbst wenn wir den Ausdruck „politisch Verfolgte“ in der zeitgemäßen bundesrepublikanischen Leseart zugrunde legen – nicht die Genfer Flüchtlingskonvention, die durchaus auch nicht-staatliche Verfolgung kennt – weiß Schily, daß seine Behauptungen vollkommen haltlos sind. Die 10% Anerkennung aller Antragsteller als Flüchtlinge schon durch das Bundesamt sind Schily garantiert bekannt, selbst wenn er aufgrund mangelnder Vertrautheit mit dem bundesrepublikanischen System der Rechtsprechung keine Ahnung von der Existenz der Verwaltungsgerichte haben sollte. Deren Entscheidungen werden allerdings auch nicht erfaßt, obwohl von der Verdopplung der Anerkennungsquote ganz locker ausgegangen werden kann.
Bleibt die Frage, warum jemand wie Schily das tut, was er tut. Bei den oben angeführten Ausgangsbedingungen läge es nahe, pure Blödheit zu vermuten. Nur das ist unwahrscheinlich. Schily hat mit Sicherheit gelernt, Zahlen zu lesen und wird in die Statistiken seiner eigenen Ämter eventuell auch manchmal reinschauen. Die Vermutung liegt näher, Schily bemühte sich, auch so unappetitliche Zeitgenossen wie den Spremberger Bürgermeister als rassistische Milchbubis dastehen zu lassen. Dem fiel zur Gubener Hetzjagd auf: „Was hatte der denn nachts auf der Straße zu suchen?“ und dessen CDU-Parteifreunde, die dessen halbherzige Entschuldigung für ausreichend erklärten (zehn Jahre nach dem Mauerfall muß man auch mit dem Thema Ausländer offen und ehrlich umgehen können). Da Schily im bildungsbürgerlichen Umfeld durchaus in der Lage ist, über halbwegs anspruchsvolle Themen zu parlieren und bisher auch nicht den Eindruck eines von Angstneurosen und Phobien Gehetzten machte, bleibt höchstens sein taktisches Verhältnis zu irgendwelchen ‚Überzeugungen‘ übrig, das er mit dem Einklagen seines Rechts auf „das Denken“ wohl verwechselt hat. **O gott o gott!**

Tobias Faßmeyer (ZAG)

Nebelwerfer

Als Anfang der 80er Jahre die Feuilletonkrakeelerei um Peter Sloterdijks „Kritik der zynischen Vernunft“ die Auflage in die Höhe trieb, waren sich die meisten nicht ganz sicher, wie diese Sammlung von sich aufdrängenden „süffigen Zitaten“ (Habermas) mit ihrem habituell gesellschaftskritischen Nimbus politisch einzuordnen sei. Jetzt bleibt da nichts mehr im Unklaren, Indifferenten. Natürlich nicht,

Die Biotechnologie mit ihren Errungenschaften scheint zu suspekt zu sein, das faschismuskompatible Geblubbere Peter Sloterdijks doch zu eklig.

die Strauß – Walser – Variante verspricht den bitter benötigten Medienrummel. Erstaunlicherweise ringt sich sogar die TAZ bei Sloterdijk zu einem kritischen Beitrag durch. Das ist erwähnenswert, denn andere große Tabubrecher und Querdenker erfreuen sich unterwürfigster Hochachtung. Da wären zum Beispiel die Elogen zum 70igsten des ach so chamäleonesken Enzensberger und auf seinen klassenunterscheidenden Kleidungsstil. Sie bringen das inzwischen erreichte politische Credo trefflich zum Ausdruck. Warum seine kürzlich gehaltene Rede zum Heine-Preis in den schleimtriefenden Artikeln keine gebührende Würdigung erfährt, ist seltsam. Hat doch Enzensberger in ihr endlich auch die wahrhaft Unterdrückten – die leidende Mehrheit entdeckt, deren durch penetrante Moralisten wegen so Kleinkariertem wie dem immer gigantischer werdenden Einkommensunterschied auf den Nerven herumgetrampelt wird. Und die Blockwartmentalität, die in der unverhohlenen Drohung, „es bitte nicht zu weit“ zu treiben, zum Vorschein kommt, war wohl doch noch zu avantgardistisch für die TAZ.
Diese Begeisterung des Regierungsblattes für garantiert nicht mehr Linke, wird Sloterdijk nicht zuteil. Weil er Esoteriker ist? Gerüchteweise den Sanyassins zugehört(e)? Wohl kaum, Sektiererei und Affinität zum Autoritären waren bisher auch kein Problem, wie unter unzähligem und unsäglichem Anderen unschwer zu erkennen ist. Der Grund bleibt letztendlich dunkel. Die Biotechnologie mit ihren Errungenschaften scheint zu suspekt zu sein, das faschismuskompatible Geblubbere Peter Sloterdijks doch zu eklig. Zu bemitleiden ist er trotzdem, hat er doch treffsicher ein Feld gefunden auf dem er „querdenkerisch“ noch toppen konnte. Dieses Gebiet war bisher eher von einem Peter mit Nachnamen Singer besetzt, und trotzdem ging's erstmal gewaltig in die Hose. Er entdeckte erst im Laufe der Auseinandersetzung nach welchen Spielregeln ein derartiger Diskurs integrierbar ist und ein voller Erfolg wird. Die nachgelegten Unterscheidungen zwischen „legitimen genmedizinischen Optimierungen für die Einzelnen und illegitimen Biopolitiken für Gruppen“ kamen doch etwas spät, zu spät, als daß sich die um ihr Image fürchtende Zunft der Philosophen auf ihrem Kongress in Konstanz nicht distanziert hätte. Aber was soll's, der Hype war's vermutlich wert, denn eine solche Entdeckung muß natürlich in unserer „Zeit“ gebührend gefeiert werden.
Der Rest zu Sloterdijk ist inzwischen klassisch. Natürlich fehlt weder die obligate Forderung nach einem Schlußstrich, noch nach Gedenkbefreiung – da Nachkriegskind – in seinem Gesalbadere. Und außerdem war alles nur ein Mißverständnis, denn für Züchtungen im Gen-Labor habe er ja nie plädiert. Stimmt: sein „anthropotechnischer Codex“ enthält zusätzlich die Methoden Selektion und Zähmung.

Tobias Faßmeier (ZAG)

Was machen und denken eigentlich diejenigen, die sich als AntirassistInnen verstehen?

Wie hat sich die Situation für sie in den letzten Jahren verändert? Wir sammelten Stimmen verschiedener Projekte. Dabei haben wir besonderen Wert auf Projekte gelegt, die nicht zuallererst unter dem Firmenlogo „antirassistisch" wandeln. Für uns steht im Mittelpunkt, warum und wie sie antirassistisch arbeiten, obwohl sie bspw. ursprünglich der Solidaritätsbewegung entstammen. Wenn sie keine Ein-Punkt-Projekte sind, handeln sie sich meistens Ärger ein. Denn warum macht ein Projekt mit „3.Welt" im Namen nicht brav weiter karitative Hilfe, sondern provoziert mit politischer Einmischung? Unser Ziel war es dabei, in der Reflexion der bisherigen Arbeit aufzuzeigen, wo Anknüpfungspunkte und Interventionsmöglichkeiten gesehen werden.





Demonstration
zum Abschiebeknast Glasmoor



Offene Grenzen und Bleiberecht für alle !

Samstag 11. November 11 Uhr
Auftaktkundgebung: Schmuggelstieg/Norderstedt (U-Bahn Ochsenzoll)

Ja wo laufen SIE

am Anfang war alles Anders und überhaupt.

Die Wende, diesmal des Jahrtausends, die aller Orten verkündet, gefeiert, begangen oder was auch immer werden soll, scheint nicht ganz so stark mit Weltuntergang und Katastrophenszenarien verbunden zu sein, wie das aus früheren Zeiten überliefert wird. Das beliebteste Szenario ist der sogenannte Millenniums-Bug, der unsere computerisierte Welt heimsuchen soll. Über die Auswirkungen streiten sich die Expertenkreise, die Bahn versteht jedenfalls nur noch Bahnhof und die meisten Flieger bleiben auf dem Boden der Tatsachen. Ansonsten: Rückblicke, Ausblicke, Bilanzen und Perspektiven auf allen Kanälen, zur runden Zahl mehr denn sonst.

Eine Millenniums-Nummer mit wahlweise Schulterklopfen – das haben wir geschafft – oder großem Wehklagen – hat ja doch alles keinen Zweck – ist nicht die Welle, auf der wir reiten wollen. Irgendein Ende ausrufen schon garnicht – Apokalypsen haben für uns denselben Stellenwert wie großartige Verschwörungstheorien, sie machen lediglich eine Aussage über die geistige Verfassung des/r entsprechenden Apologeten/in, als über irgend etwas. Wir haben also nichts anderes getan, als das, was wir schon seit längerem 'mal vorhatten, einen kleinen Zug durch die Gemeinde.

Die antirassistischen Gruppen und Initiativen in Deutschland sind relativ neu – im Vergleich zu denen in anderen Staaten sehr neu. Gebildet haben sich die meisten nach den Pogromen ab 1989. Einer ihrer Haupterfolge war der Aufbau von Anlaufstellen und Notfall-Telefonen, deren Zahl jedoch abgenommen hat (siehe vorletzte Seite der ZAG). Ein anderer Erfolg ist die oft erfolgreiche Einzelfallarbeit. Hinzu kommt eine stärkere politische und damit öffentliche Wahrnehmung der MigrantInnenthematik außerhalb des karitativen Bereichs. Der CDU soll allerdings ihr Anteil nicht streitig gemacht werden. Sie schaffte es mit Heiner Geislers Asylantenschwemme-Offensive schon Anfang der 80er Jahre den Grundstein dafür zu legen, daß der vorher latente Rassismus wieder offizielle Unterstützung fand, gesellschaftsfähig wurde und damit aus dem Hinterzimmer- und Stammtischmilieu herauskam. Das wurde damals unter dem Begriff Fremdenfeindlichkeit bekämpft, von Rassismus redete fast niemand, denn gegen die Pizzeria an der Ecke hatte ja eigentlich niemand was, und nach Spanien in Urlaub fuhren diejenigen, denen Südfrankreich zu teuer war. Das `Problem´ waren die riesigen Zahlen an (Schein)-Asylanten, die das volle Boot Deutschland überfluteten. Daß das damals so falsch war, wie es heute ist, spielte nie eine Rolle. Das Problem mußte also anders gelagert sein. Xenophobie konnte nicht der Hauptgrund sein. Die aus dem alternativen Milieu geforderte multikulturelle Gesellschaft war zwar nett gemeint, ließ aber vollkommen die Ursachen unbeachtet. Der dahintersteckende Ansatz ist bei Licht betrachtet doch sehr naiv. Das Grundproblem war garantiert nie die individuelle Ebene, z.B. daß Pizza nicht bekannt war, der Döner und die Falafel sich in der Imbißwelt nicht hätten durchsetzen können oder Samba grundsätzlich abgelehnt wurde.

Daß der Hintergrund ein ganz anderer ist, wäre bei geringerer historischer Ignoranz auch ohne große Eigenleistung zu erkennen gewesen. Auch für Antisemiten war und ist der persönlich befreundete Jude nicht das Feindbild. Aber gerade beim Thema Antisemitismus tun sich die meisten schwer und das unabhängig von der politischen Einstellung. Das fängt schon im Privaten an. Denn wer weiß schon, was seine Eltern oder Großeltern wirklich gemacht haben und zwar auch über ihre eigenen Erzählungen hinaus? In der Regel ist „Schweigen im Walde“ der familiäre Konsens. Die große Blindheit bezüglich des Antisemitismus ist kein Problem, das sich auf die politische Rechte reduziert. In der Debatte um Rassismus wird Antisemitismus meistens als Nebenproblem behandelt und das ist doch erstaunlich.





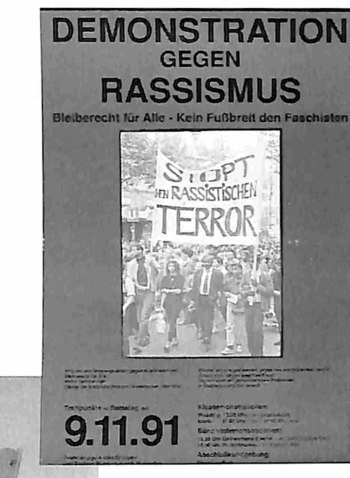






Foto: umbruch archiv

Mit dem Anstieg der rassistischen und der antisemitischen Übergriffe war die These der wenigen „Irrgeleiteten" kaum mehr haltbar, der Begriff Rassismus nicht mehr abwehrbar. Nur hatte der einen ziemlich üblen Klang. Hinzu kam, daß der Begriff irgendwie mit Strukturen, Gesellschaft und Staat zu tun hatte und nicht so einfach individualisierbar war. Da bestand Handlungsbedarf und der Träger des europäischen Jahr gegen Rassismus wurde in der Bundesrepublik das Innenministerium. Der Ausdruck den Bock zum Gärtner machen, ist der wohl treffendste. Die Vereinnahmung des Begriffs gelang jedenfalls ziemlich gut, einen Unterschied zwischen Multikulti und Antirassismus gibt es für die meisten Bewohner der BRD höchstens dahingehend, daß Antirassismus „so was Negatives, Aggressives" hat und Multikulti einfach die Weichspülervariante des Gleichen darstellt. Daß es nicht möglich war, den Begriff einschließlich seiner gesellschaftskritischen Bedeutung zu verankern, liegt daran, daß der Einfluß auf öffentliche Diskurse nur wenig und die Definitionsmacht überhaupt nicht beim gesellschaftskritischen Spektrum liegt.

Viel bedeutender ist, daß es nicht gelungen ist, wesentliche Erfolge gegen die klassische Täter-Opfer-Verkehrung zu erlangen. Hier tauchen die aus der bundesrepublikanischen „Aufarbeitung" des Nationalsozialismus wohlbekannten Ablenkungsdiskurse auf, die irgendwelche Probleme, die die Täter haben (und wer hat schon keine) erörtern, – alles Opfer, doch wirklich! Die Relativierung, die durch die Hervorhebung der Täterprobleme und der daraus resultierenden Entwertung der Folgen, müßte das pure Grauen hervorrufen – bei den meisten tut sie das nicht. Der gesellschaftliche Rechtstrend hat sich keineswegs verlangsamt oder wurde gestoppt, eher muß festgestellt werden, daß auch die Grünen keine nennenswerte Opposition zum Ausgrenzungsdiskurs mehr darstellen.

Das ist jedoch nicht die einzige neuere Entwicklung. So ist in der Regel die Aufklärungsarbeit in den Hintergrund gerückt, da Rassismus meistens nicht von einem faktenbezogenen Informationsdefizit herrührt. Vielmehr wird die eigene rassistische Einstellung nicht als solche gesehen, bzw. verneint. Das ist politischer Standard und wohlbekannt. Es fängt in der Regel mit: „Ich hab' ja nichts gegen ..." an und setzt sich dann mit einem: „aber ..." fort. Eine andere Sichtweise von Rassismus verbietet sich. Eine genauere Auseinandersetzung mit Rassismus stellt neben dem Persönlichen automatisch auch die staatliche Struktur in Frage. Das erklärt auch die intensiven Bemühungen zur Diskursverschiebung und Begriffsvereinnahmung. Der Großteil der antirassistischen Arbeit ist zur Zeit die Opferbetreuung. Die großen Vorkämpfer aus der Politszenerie haben sich meist aus dem antirassistischen Feld verabschiedet. In der Regel schnell, als sie feststellen mußten, daß „der/die MigrantIn" nicht das revolutionäre Subjekt ist, nach dem sie ständig auf der Suche sind, eher ein geringes Interesse an Straßenkampf, dagegen mehr Interesse an praktischer Unterstützung haben.

Deshalb hat uns vor allem interessiert, was denn verschiedene Projekte, Initiativen usw., die nicht im Nirwana versunken sind, so treiben und warum sie das tun, was sie tun.

ZAG-Redaktion

Die Plakat-Abbildungen auf den folgenden Seiten entnahmen wir dem Buch „Hoch die Kampf dem – wildplakatieren erwünscht". 1999 Verlag Libertäre Assoziation – Verlag der Buchläden Schwarze Risse – Rote Straße









... nicht NGO sondern AGO, also immer noch „Anti-“!

Eine türkische Familie will die Wohnung wechseln. Für die neue Wohnung liegt bereits ein Mietvertrag vor. Da fordert der neue Vermieter plötzlich, dass die neuen Mieter zusätzlich noch ein Attest beibringen sollen, das bescheinigt, dass die alte Wohnung von Ungeziefer frei sei. Das war einer von mehreren konkreten Vorfällen, die Peter Finger bewegten, als er 1987 aus den Niederlanden nach Berlin zurückkam. Dort hatte er drei Jahre in Amsterdam im Bereich Antirassismus und Minderheitenpolitik gearbeitet. Für ihn stellte sich die Frage, warum es in Berlin und der gesamten Bundesrepublik überhaupt keine antirassistischen Telefone oder Meldestellen gab. Denn solche Strukturen existierten zu diesem Zeitpunkt bereits in vielen Städten der Niederlande. Es lag auf der Hand, dass es sich nicht um einen Einzelfall handelte, und es schien daher notwendig, eine Gruppe zu bilden, die sich ernsthaft mit solchen Fällen beschäftigt. Das führte schließlich zur Gründung der Antirassistischen Initiative Berlin.

Vorbild Niederlande

Vorbild waren die Niederlande, wo es bereits umfangreiche Strukturen gab, die von einem landesweiten Antirassismusbüro unterstützt und vom Innenministerium finanziert wurden. Auslöser für die Einrichtung solcher Strukturen war die Kaperung eines Zuges durch Mitglieder der mameluckischen Gemeinde Mitte der 70er Jahre. Dies führte dazu, dass über das Verhältnis von autochthoner und allochthoner[1] Bevölkerung neu nachgedacht wurde. Die Kernüberlegung bestand darin, dass ähnliche Vorfälle in Zukunft nur vermieden werden könnten, wenn man für die allochthone Bevölkerung möglichst gleiche Rechte bzw. gleichen Zugang zu allen gesellschaftlichen Ressourcen schuf. Voraussetzung dafür war, die allochtone Bevölkerung zunächst auf den gleichen Stand mit der autochthonen zu bringen. Diskriminierungen abzuschaffen war dabei ein wichtiger Schritt. Man versuchte, aus den vorhandenen Gesetzen diskriminierende Paragraphen herauszustreichen und über die Antidiskriminierungsbüros wurde eine breite Unterstützungskampagne gestartet. Demgegenüber wird in der Bundesrepublik bis auf den heutigen Tag eine Laissez-faire-Politik betrieben, die in erster Linie auf Assimilation abzielt. Man ist nicht bereit, Minderheiten die gleichen Rechte einzuräumen.

Grüne Wandlung

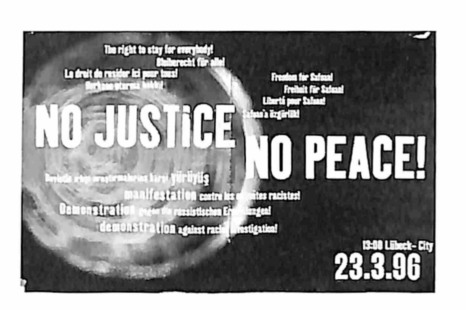
In den Jahren 87-89 begann jedoch nicht nur in Berlin die antirassistische Arbeit. Es entstanden gleichzeitig Gruppen u.a. in Bremen, Tübingen und Hamburg und eine Arbeitsgruppe der Grünen auf Bundesebene, die das Ziel hatte, auch praktische Arbeit zu leisten. Doch bereits '89 ergab sich das Problem, dass durch die Diskussion um die Regierungsbeteiligung in Berlin, die dann auch tatsächlich erzielt wurde, Teile der AL glaubten, sie bräuchten die außerparlamentarischen Gruppen für ihre Arbeit nicht mehr. Sie dachten, sie könnten jetzt innerhalb der Regierung alles selbst leisten. Die anderen wurden eher als Störfaktor betrachtet, mit dem man lieber nichts mehr zu tun haben wollte. Diese Entwicklung hat sich bis heute fortgesetzt. Die Konzepte, die es vor zehn Jahren gab, sind heute bei den Grünen nicht mehr präsent. Vielmehr lassen sich auch in der theoretischen Diskussion Rückschritte beobachten. Damals gab es z.B. eine Diskussion über „offene Grenzen“. Dies wäre heute bei den Grünen völlig undenkbar. Entsprechend groß ist der Abstand der ARI zu Gesetzesentwürfen, wie sie von der jetzigen rot-grünen Regierung eingebracht werden. In der Vergangenheit gab es hingegen durchaus eine kritische Auseinandersetzung der ARI mit Papieren von Bündnis 90/Die Grünen wie dem Entwurf zu einem Einwanderungsgesetz. Die Position der ARI war aber nicht die der Grünen, sondern es

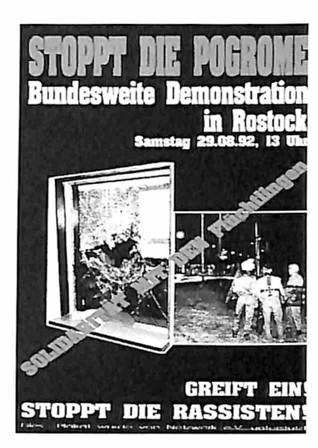
kein mensch ist illegal

ANTIRASSISTISCHE KUNDGEBUNG
FÜR DIE RECHTE DER FLÜCHTLINGE UND MIGRANTINNEN
DONNERSTAG 15.10.98 11 UHR
VOR DER AUSLÄNDERBEHÖRDE KAISERSLAUTERN
AM ALTENHOF (ECKE SCHNEIDERSTRASSE)

Aktion Noteingang

Niemand hat das Recht, Menschen zu behindern, die auf der Flucht sind vor Hunger, Armut oder Krieg.
Niemand hat das Recht, das Land zuzuschließen, nur weil er den eigenen Wohlstand gefährdet sieht.
Niemand hat das Recht, Flüchtlinge zu beleidigen, zu diskriminieren, einzusperren oder anzugreifen.
Jeder Mensch muß das Recht haben, selber über den eigenen Wohnort zu entscheiden - bei gleichen Rechten wie alle anderen!





ging darum, aufzuzeigen, wo und warum der ARI die Position der Grünen nicht weit genug ging. Heute gibt es hingegen gar keine diskutablen Vorschläge mehr oder solche, die wohlgemeint wären und denen man dann noch etwas hinzufügen könnte. Dennoch ist es in Einzelfällen, wenn es z.B. konkret darum geht, einen Hungerstreik in der Abschiebehaft zu unterstützen, möglich, mit einzelnen Abgeordneten von den Grünen aber auch der PDS zusammenzuarbeiten.

Ursprüngliches Konzept und weitere Entwicklung

Das ursprüngliche Konzept der ARI war die Idee einer Meldestelle, was für die Bundesrepublik ganz neu war. Zunächst mußte Vertrauen aufgebaut werden und es war eine unglaubliche Öffentlichkeitsarbeit notwendig, um zu vermitteln, was die ARI überhaupt tun wollte. Daher gab es anfangs nicht so viele Meldungen und die ARI wurde von sich aus tätig. Dies war von Beginn an auch im Konzept angelegt. So wurden z.B. die Zustände bei den studentischen Mitwohnzentralen und der Zimmervermittlung des Studentenwerks recherchiert. Es ging darum, in allen gesellschaftlichen Feldern rassistische Diskriminierung aufzudecken: Schule, Medien, Arbeits- und Wohnungsmarkt. Zu all diesen Bereichen sollten Arbeitsgruppen gegründet werden, in denen nicht nur ARI-Mitglieder sitzen, sondern auch Leute, die dort tätig waren und Expertenwissen einbringen konnten. Zwar gibt es heute diesen riesigen Bereich von Arbeitsgruppen innerhalb der ARI nicht, aber es gibt zu allen damals angedachten Arbeitsfeldern Schwerpunkthefte der ZAG. Es gab Veranstaltungen und Seminare zu diesen Themenbereichen und zu Rassismus allgemein, durch die die ARI mit großem Erfolg Diskussionen anstoßen konnte, die eine erhebliche Streuwirkung in die Szene hinein hatten.

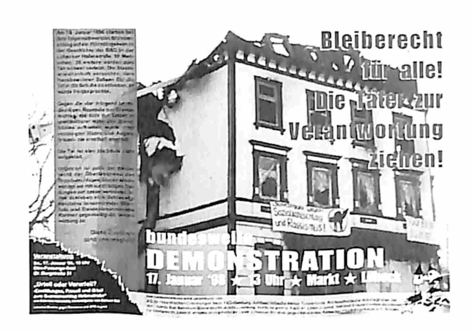
Nur „Ursprungsdeutsche"?

Immer wieder hat es in der ARI Diskussionen über die Zusammensetzung der Gruppe gegeben: Warum sind in der ARI nur so wenig Leute, die nicht diese „Ursprungsdeutschen" aus einem ganz bestimmten politischen Spektrum sind? Es gab auch die Überlegung, dass die Meldestelle bei einer anderen Zusammensetzung, also nicht nur weiße Deutsche, anders funktionieren würde, weil sie dann mehr zu bieten gehabt hätte, z.B. im Hinblick auf die Sprachen. Diese Auseinandersetzung ist auch längst nicht abgeschlossen. Aber es hat Veränderungen gegeben. In der Zwischenzeit hat sich das Spektrum von Personen, die zum Plenum der ARI kommen bzw. die ARI unterstützen, erweitert. Es gibt auch eine sehr enge Zusammenarbeit mit einer angolanischen Initiative, die zur Folge hat, dass sich Leute aus einem ganz anderen Personenkreis

Heute gibt es hingegen gar keine diskutablen Vorschläge mehr oder solche, die wohlgemeint wären und denen man dann noch etwas hinzufügen könnte.

an die ARI wenden. Beide Gruppen unterstützen sich gegenseitig, obwohl ihre inhaltliche Ausrichtung sehr unterschiedlich ist. Die angolanische Initiative ist in erster Linie eine antimilitaristische Initiative. Berührungspunkte gibt es vor allem bei der Bearbeitung von Einzelfällen. Wird ein Angolaner diskriminiert, wendet er sich wahrscheinlich erst an die angolanische Initiative, diese vielleicht wiederum an die ARI. Der Prozess der Annäherung bleibt aber schwierig. Häufig kommen Personen über persönliche Beziehungen zur ARI. Man kann daher aus der Zusammensetzung der Gruppe auch ablesen, dass die persönlichen Beziehungen vieler Leute, die in der ARI arbeiten, nicht unbedingt interkulturell sind, sondern eher weiß – trotz des politischen Anspruchs. Darüber hinaus gibt es viele Kontakte zu ImmigrantInnen, die aus der gemeinsamen politischen Arbeit entstehen. Diese Leute sind bereits in eigenen politischen Strukturen tätig und würden nicht noch zusätzlich zur ARI kommen. Aber auch unterschiedliche Arbeitsweisen und Gewohnheiten im Hinblick darauf, wie man Politik macht, können eine Rolle spielen.
Auch wollen viele derjenigen, die tagtäglich in ihrem ganz persönlichen Umfeld von Rassismus betroffen sind, nicht unbedingt noch in einer Initiative arbeiten, die sich damit







Der Alltag vieler vom Rassismus Betroffener ist härter als der der meisten weißen Deutschen

beschäftigt. Wenn man tagtäglich mit Rassismus konfrontiert ist, muss man doch außerdem noch irgendwas anderes machen, um überhaupt überleben zu können. Hinzu kommt, dass der Alltag vieler von Rassismus Betroffener härter ist als der der meisten weißen Deutschen, so dass für die Arbeit in einer antirassistischen Organisation kein Platz bleibt, zumal auch innerhalb der Communities Strukturen der gegenseitigen Unterstützung, z.B. im Umgang mit Behörden existieren, die zwar inoffizieller Natur sind, die aber eine ganz ähnliche Arbeit wie die ARI leisten.

Klammer zwischen individuellem und institutionellem Rassismus

Die ARI sucht in ihrer praktischen Arbeit immer die Klammer zwischen dem individuellen Rassismus und dem institutionellen Rassismus. Eine Grundidee ist, dass durch die Bekämpfung des Rassismus auf der institutionellen Ebene zumindest die rassistische Handlung zurückgedrängt werden kann – die Handlung, nicht unbedingt das Gedankengut. Dies kann nur geschehen, wenn man ganz gezielt Rassismus auf der institutionellen Ebene angreift und auf entsprechende Veränderungen drängt. Hier besteht das Problem, dass es für eine Gruppe wie die ARI keine öffentlichen finanziellen Mittel gibt. Weil die Gruppe beständig auch ihr eigenes Überleben kämpfen muss, gibt es keine Möglichkeit, sich kontinuierlich mit solchen Fragen auseinanderzusetzen.

Gesetze streichen würde reichen ...

Wenn man den Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft bekämpfen will und eben nicht die Vorstellung hat, dass er das Problem einiger rechter Jungendlicher mit kurzen Haaren ist, dann müsste man durcharbeiten, wo sich das in den Gesetzen, z.B. im Ausländerrecht, im Asylbewerberleistungsgesetz, im Arbeitsrecht, niederschlägt. In den meisten Fällen würde es reichen, die Gesetze und Paragraphen, die eine Ungleichbehandlung festschreiben, einfach zu streichen. Gleichzeitig müsste man sich überlegen, wie eine Gleichstellung aussehen kann. Dabei gibt es auch Bereiche, wo eine Gleichstellung nicht das Ziel sein kann – man denke zum Beispiel an die Sozialhilfe. Da kann es nicht um eine Harmonisierung auf dem derzeitigen minimalen Stand gehen. Aber wenn man zugleich eine Meldestelle betreibt, dann bekommt man ständig Einzelfälle herein und kann sich nicht aussuchen, womit man sich gerade am liebsten beschäftigen möchte. Man verliert leicht das große Ganze aus dem Blick. Hinzu kommt, dass es zur Zeit niemand gibt, über den man entsprechende Vorschläge parlamentarisch einbringen könnte und außerdem der größte Teil der Gesellschaft darauf negativ reagieren würde.

Nichts gelernt aus Eberswalde

Dennoch zeigt sich der Ansatz, nicht auf der individuellen Ebene stehenzubleiben sondern auch die institutionelle und strukturelle Ebene anzugreifen, in der Art und Weise, wie die ARI mit Einzelfällen arbeitet. So z.B. im Umgang mit dem Mord an Amadeu Antonio, wo auf ganz unterschiedlichen Ebenen gearbeitet wurde. Da ging es zunächst darum, die Freundin des Opfers, die dann auch selbst bedroht wurde, zu unterstützen. Die ARI hat für sie einen Ort in Berlin gesucht, wo sie sicher leben konnte. Über diese Ebene der individuellen Unterstützung hinaus wurde der gesamte juristische Prozess begleitet und schließlich auch in einer Broschüre aufgearbeitet, in der klar aufgezeigt wurde, dass Eberswalde nur ein Beispiel ist. Es ging darum zu zeigen, wie es dazu kommen kann, dass so etwas in einer Stadt passiert und wie darauf reagiert wurde. Man hätte sicher im Vorfeld Dinge verändern können, wenn man gewollt hätte. Eberswalde wurde

Man behandelt sie so, als seien sie Angeklagte

als ein Beispiel behandelt, das für viele Orte in der Bundesrepublik steht, wo solche Vorfälle ja auch heute immer wieder geschehen. Das Problem ist, dass daraus nichts gelernt worden ist. Das wird, wenn man sich auch neuere Fälle anschaut, immer wieder deutlich.



Was ich will, ist ein Stück Land und Frieden





Wenn aus Vorurteilen Urteile werden

Die Verflechtung zwischen individueller und institutioneller Ebene ist in jedem Einzelfall enthalten. Gerade wird die unterlassene Hilfeleistung von Taxifahrern in Königswusterhausen verhandelt. Hier geht es um einen Mann, der angegriffen wurde, weil er schwarz ist. Er wendete sich an die Taxifahrer, die ihm jedoch ihre Hilfe verweigerten (s. Prozeßbericht in diesem Heft). Bis zu diesem Punkt spielt sich der Fall auf der individuellen Ebene ab. Aber dann kommt der Fall vor Gericht und die Taxifahrer werden freigesprochen. Die Täter sind zwar nicht freigesprochen worden, der Fall ist also gerichtlich relevant. Aber die Taxifahrer haben behauptet, dass für sie eine Gefahrensituation nicht erkennbar war, obwohl der Mann von mehreren Personen angegriffen wurde und dies auch klar zu sehen war. Dennoch wurde in der ersten Instanz entschieden, dass die Taxifahrer die Situation nicht als Gefahrensituation für den Mann erkennen mussten, weil sich der Mann gewehrt hat. Sieht man sich die Prozessunterlagen jedoch genauer an, so wird sehr schnell deutlich, wem geglaubt wird und wem nicht. Daraus geht deutlich hervor, wie Leute, die schwarz oder nicht privilegiert sind, von den Gerichten behandelt werden. Sie sind nicht angeklagt, aber man behandelt sie so, als seien sie die Angeklagten. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der Sprache, wenn selbst die Richterin die Vertreterin der Nebenklage als „Verteidigerin" anspricht, oder der Name des Mannes, der eigentlich ganz einfach ist, immerzu falsch ausgesprochen wird. Man muss von einer Richterin erwarten, dass sie sich mit Fragen wie rassistischer Diskriminierung auseinandersetzt. Denn wenn staatliche Institutionen ihre Vorurteile, die zugleich Urteile sind, ausleben, dann hat dies eine andere Dimension, als wenn dies irgendwelche Jungendlichen tun – ganz besonders für die Opfer. Viele von ihnen sind überzeugt, dass es sich bei der Bundesrepublik um einen Rechtsstaat handelt und machen sich über diesen Rechtsstaat Illusionen. Sie wollen die Diskriminierung oder die Gewalt, die ihnen widerfahren ist, wenigstens vor Gericht geklärt sehen und werden oft bitter enttäuscht. Denn hier laufen genau dieselben Dinge ab, die tagtäglich in den Medien ablaufen. Es wird davon ausgegangen, dass bei dem Opfer irgendeine Schuld sein muss. Am Ende stehen sie dann oft selbst als Täter da. Die ARI versucht zu thematisieren, dass die Institutionen des Staates diese Art von Rassismus betreiben und so dazu beitragen, dass Rassismus auf der individuellen Ebene nicht zurückgedrängt werden kann. Individueller und institutioneller Rassismus verstärken sich vielmehr gegenseitig.

Mit Teelöffelchen gegen Baggerschaufeln

Bei der antirassistischen Arbeit hat man häufig den Eindruck, dass man mit Teelöffelchen kämpft, während andere mit Baggerschaufeln zugange sind. Aber wenn man optimistisch ist, dann kann man sehen, dass im Moment sehr viele Leute enttäuscht sind, die sich viel von einer grünen Regierungsbeteiligung erhofften. Das läßt sich im Bereich der Flüchtlingsarbeit beobachten, wo u.a. Pro Asyl oder die Kirchen fast täglich Veränderungen einfordern. Es ist aber abzusehen, dass sich da nichts tun wird und daher könnte aus dieser unglaublichen Enttäuschung heraus so etwas wie eine außerparlamentarische Bewegung entstehen, die

Es gibt neue Projekte, wie beispielsweise „Kanak Attak", die sich von dem ganzen „Multi-Kulti-Schmusekurs" verabschieden, die vermeindliche Dialoge abbrechen und deutlich sagen, dass es so nicht weitergehen kann

dafür sorgt, dass endlich etwas passiert. Außerdem gibt es neue Projekte, wie beispielsweise Kanak Attak, die sich von dem ganzen „Multi-Kulti-Schmusekurs" verabschieden, die vermeintlichen Dialoge abbrechen und deutlich sagen, dass es so nicht weitergehen kann. All dies weist darauf hin, dass sich das Spektrum der Antirassismus-KämpferInnen wieder verbreitert. Andererseits gibt es negative Entwicklungen wie z.B. das Asylbewerberleistungsgesetz, das jeden Tag Massen von Opfern produziert, so dass man mit der Arbeit gar nicht hinterherkommt. Oder die Perfektionierung der Abschiebemaschinerie, bei der es darum geht, Leute mit allen







Zur Selbstdarstellung der ARI muß es daher auch gehören zu sagen, dass sie keine solche NGO ist, sondern eine AGO, das heisst also immer noch „Anti-"

Mitteln und auch ganz massiver körperlich Gewalt um jeden Preis abzuschieben. Da werden alle Möglichkeiten ausgeräumt, im Vorfeld noch Widerstand zu leisten, so dass z.B. Flughafenaktionen, bei denen es in der Vergangenheit immer wieder auch darum ging, die „normalen" Fluggäste oder Piloten zum Eingreifen zu bewegen, gar nicht mehr möglich sein werden.

Anti-Rassismus-Industrie

Außerdem entsteht eine Art Anti-Rassismus-Industrie, d.h. NGOs, die versuchen, auf Regierungsniveau mitzumischen. Es kann sein, dass es unabhängige Gruppen wie die ARI mehr und mehr mit Leuten zu tun haben, die vermeintlich gutwillig Antidiskriminierungpolitik auf so einer NGO-Ebene machen wollen und von Europa und nationalen Regierungen unterstützt werden. Die hat man dann vielleicht auch noch als Gegner, weil sie im Grunde genommen Regierungspolitik machen. Allerdings muß man immer auch genau schauen, wer in welchen Strukturen sitzt, weil es da durchaus auch Leute mit guten Ideen gibt. Das gilt z.B. für viele der Antidiskriminierungsbüros, die in der Folge des EU-Jahres gegen Rassismus entstanden sind. Es wird aber ein Problem, wenn deren Arbeit eine falsche Analyse des Rassismus zugrundeliegt, die sich auf die individuelle Ebene beschränkt. Das ist dann insofern schädlich, als eine solche Definition auf einer auch für Regierungen handhabbaren Ebene stehen bleibt. Dennoch ist zu überlegen, wie man entsprechende Strukturen sinnvoll nutzen kann, weil sie gut finanzierte und funktionierende Apparate haben. Ansonsten ist es wichtig, zu versuchen, das schlechte Gewissen solcher NGOs zu sein. Es ist notwendig, sich an den Treffen solcher Gruppen zu beteiligen und deutlich zu machen, wo die Unterschiede liegen. Vielen NGOs geht es letztendlich um eine Beteiligung. Der ARI geht es um grundsätzliche Veränderung, um neue Ideen, nicht darum, das zu verwalten, was von oben kommt. Zur Selbstdarstellung der ARI muß es daher auch gehören zu sagen, dass sie keine solche NGO ist, sondern eine AGO, das heisst also immer noch „Anti-". Es wäre schon viel, wenn die ARI es schaffen würde, solchen NGOs deutlich zu zeigen, woran sie sich da eigentlich beteiligen.

Dieser Artikel basiert auf einem Interview der ZAG mit Helga Seyb und Peter Finger, beide Gründungsmitglieder der ARI

1 autochthon: an Ort und Stelle entstanden; eingesessen
allochthon: an anderer Stelle entstanden; fremd

25.11. Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen

Der Glanz der Metropole

...wird fast ausschließlich von Migrantinnen hergestellt

- In Reinigungsfirmen arbeiten 80% Frauen ohne deutschen Paß.
- 75-80% der Putzfrauen sind nicht sozial-, kranken- und rentenversichert.
- Die Reinigungsindustrie profitiert davon mit Wachstumsraten zwischen 5-10%.
- In Privathaushalten sind nur 0.2% der Arbeiterinnen versichert.
- Putzen und Kinder betreuen ist oft die einzige Arbeit für Frauen ohne Arbeitserlaubnis.
- Die Stundenlöhne variieren zwischen 5 und 15 DM.
- In Mittelschichtsfamilien profitieren Männer wie Frauen von dieser Umverteilung der Hausarbeit, staatliche Sozialleistungen werden weiter gestrichen.
- Migrantinnen füllen die Lücke - eine patriarchale Modernisierung.

Eine Veranstaltung zum Vorgehen von BGS und Justiz gegen TaxifahrerInnen, denen das „Einschleusen von Ausländern" vorgeworfen wird. Informationen, Perspektiven, Gegenstrategien

TAXI

mit dem TAXI INS GEFÄNGNIS

Donnerstag, 10. Dez. '98, 19 Uhr
im Elternzentrum
Mehringdamm 114, 10965 Berlin

Bei Schwierigkeiten mit BGS und Polizei
(030) 7 85 72 81 (ARI)
(030) 6 93 56 70 (FFM)



DEMO GEGEN RASSISMUS
Sa.: 29.8.92 11 Uhr

Kein Politikmonopol der Parteien

Interview mit Roland Röder der Aktion 3.Welt Saar



Foto: umbruch archiv

Die Aktion 3. Welt Saar wurde 1982 gegründet, hat 250 Mitglieder und ist Trägerin mehrerer Projekte, unter anderem einer Flüchtlingsberatungsstelle und eines Anti-Rassismus-Büros. Wichtig für das politische Selbstverständnis ist, dass sich die 3.Welt Saar als parteipolitisch unabhängige Organisation ansieht, die das Monopol der Parteien auf Politik ablehnt. Diese politische Grundhaltung inspiriert zahlreiche politische Engagements in verschiedenen Bereichen.

ZAG: Habt ihr euch schon seit eurer Gründung 1982 mit Rassismus beschäftigt?

Roland Röder: Indirekt ja. Wir begannen damals als kleiner 3. Welt Laden. Von Beginn an arbeiteten wir mit Flüchtlingen zusammen. Wir berieten, machten Einzelbetreuungen und halfen Flüchtlingen bei Behördengängen und rechtlichen Problemen. Allerdings hatten wir damals noch keinen Rassismusbegriff. Es ging damals eher um Asyl und konkrete Hilfestellung für Flüchtlinge.

Wann und aus welchem Anlass seid ihr dann dazu gekommen, eure Arbeit mit Flüchtlingen im Zusammenhang mit dem Rassismus zu sehen.

Im Rückblick mussten wir feststellen, dass unser Ansatz in der Flüchtlingsarbeit zunächst ohne politischen Tiefgang war. Dies veränderte sich konkret 1986, als das Schengener Abkommen diskutiert wurde. Zwei Gründe waren für uns von Bedeutung. Erstens stellten wir fest, dass wir gegenüber dem Schengener Abkommen, also dem Ausbau Europas als Festung mit dem Ziel einer gemeinsamen Innenpolitik und der Abschottung nach außen, dass wir also dem Plan dieses Abkommens mit unserer analytischen Einordnung, aber auch unserer praktisch politischen Flüchtlingsarbeit weitgehend hilflos gegenüberstanden. Ein zweites Motiv bestand darin, dass Schengen nicht weit von uns entfernt liegt und wir uns aufgrund der geographischen Nähe dazu aufgefordert sahen, etwas zu unternehmen. Wir begannen also unsere Aktivitäten, wie Demonstrationen gegen das Schengener Abkommen, mit luxemburger Gruppen zu koordinieren. So stellten wir unsere Flüchtlingsarbeit in größere politische Zusammenhänge. Wir fragten

SCHWARZ	WEISS
KAFFEE	TRINKER
BANANEN	FRESSER
KORINTHEN	KACKER
PFEFFER	SÄCKE
LAND	RÄUBER
MENSCHEN	JÄGER
WELT	MARKT





jetzt nach den Fluchtursachen, danach, was sich in der Migration ändert, wie die Flüchtlinge uns gegenübertreten. Das war für alle von uns ein schmerzhafter Lernprozess, auch für mich persönlich. Wir mussten begreifen, dass Flüchtlinge nicht per se gut sind oder keine Fehler machen. Insgesamt mussten wir lernen, dass Flüchtlinge nicht nur Opfer sind.

Wir übernahmen einfach nicht mehr jeden Gang zu einer Behörde für den Flüchtling. Wir wollten nicht im caritativen Mief versinken.

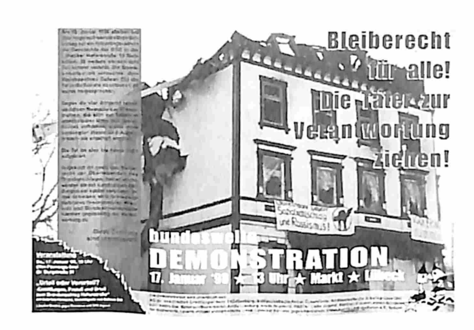
Welche Auswirkungen hatte dies auf eure konkrete politische Arbeit?
Die Auswirkungen betrafen fast alle Bereiche unserer bisherigen Arbeit. Ab Mitte der 80er Jahre setzten wir in der Betreuung der Flüchtlinge mehr auf die Selbsthilfe. Wir nahmen endgültig Abschied davon, uns als Allroundsozialarbeiter zu sehen. Wir übernahmen, um ein konkretes Beispiel zu nennen, einfach nicht mehr jeden Gang zu einer Behörde für den Flüchtling. Wir wollten nicht im caritativen Mief versinken. Die Frage war, was hat das Schicksa eines einzelnen Flüchtlings mit der Innen- wie Außenpolitik der BRD und der „seines" Landes zu tu? Wir kamen so theoretisch vom Einzelnen zum Allgemeinen und wieder zurück zum Einzelnen. Nur so konnten wir feststellen, was wir alles in die Flüchtlinge hineinprojiziert hatten. Das galt es von nun an zu vermeiden. Erst jetzt ließen sich die Grenzen des linken Internationalismusansatzes verorten. Dieser hatte sich unter internationalistischen Aspekten das Engagement in Nicaragua auf seine Fahnen geschrieben, war aber gegenüber der von Schengen ausgehenden Abriegelung Europas für Flüchtlinge sprach- und begrifflos. Also beschränkten wir unsere Arbeit auf Deutschland und die Region selbst, was uns schon damals viel Misstrauen gerade der internationalistischen Linken eintrug.

Bis heute beäugen uns bestimmte linke politische Gruppen mit großen Vorbehalten. Denn wir sehen in den MigrantInnen nicht das neue revolutionäre Subjekt oder eine, sich selbst darüber nicht bewusst seiende, politische Avantgarde. Schließlich flieht kein Mensch freiwillig und nimmt die zerstörerischen Auswirkungen dieser Flucht noch bis zur dritten Generation auf sich.

Warum habt ihr von Mitte der Achtziger mit dem Rassismusbegriff, und nicht mit dem der Fremden- oder Ausländerfeindlichkeit gearbeitet, wie es bis heute viele 3. Welt Gruppen machen?
Wir sind der Überzeugung, daß Deutsche generell nichts gegen z.B. Franzosen haben. Wir wehren uns gegen eine Personalisierung, weil gerade sie es erlaubt, von den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft als Ursache abzulenken. Auch halten wir es für falsch zu glauben, jemand würde ein Molotow Cocktail schmeißen, weil er nicht aufgeklärt genug ist. Das ist Blödsinn. Die wissen genau, was sie tun. Dahinter stehen soziale und materielle Bedingungen, von denen durch eine solche Argumentation abgelenkt werden soll.

In eurer antirassistischen Arbeit habt ihr einen Schwerpunkt im Kinderbuch. Das hört sich erst ein mal etwas weit hergeholt an.
Das stimmt. Wir haben Kriterien entwickelt, um Kinder- und Jugendbücher auf ihren Rassismus, unterschwellig oder offen, prüfen zu können. Wir haben uns gefragt, wie sich die nationale Politik mit Blick auf den Alltag in den Kinder- und Jugendbüchern widerspiegelt. Dazu haben wir zunächst Kinder- und Jugendbücher von 1884, als vom Zeitpunkt der Berliner Kongo-Konferenz, bei der die Aufteilung Afrikas beschlossen wurde, bis heute bezüglich des Afrikamotivs untersucht. Kriterien sind die Frage, wer die Helden des Buches sind, aus welchem Land der Autor kommt, wie Afrika dargestellt wird und noch zahlreiche andere. Mit diesem Vortrag erreichen wir häufig auch Eltern mit unserer antirassistischen Arbeit, zu denen wir sonst keinen Zugang hätten.

Wie hat sich eure Arbeit bis heute weiterentwickelt?
Seit Mitte der 80er Jahre hat es in der Aktion 3. Welt Saar weder politische, noch persönliche Einbrüche gegeben. Wir arbeiten immer noch ohne Projekt in der 3. Welt, beschränken uns also auf die deutsche Gesellschaft. Entwickelt wurde die Praxis. Sie fußt heute auf zwei Säulen. Da ist zunächst die Bildungsarbeit, Vorträge, Publikationen







Wir wiederum bestreiten das Monopol der Parteien auf die Politik und arbeiten zu Rassismus genauso wie zu Fragen der Militarisierung, Frauen, Ökologie, Welthandel und Entwicklungsdenken.

und anderes. Dies machen wir, obwohl wir uns darüber bewusst sind, dass diese Arbeit sehr schnell an Grenzen stößt. Rassismus hat letztlich sehr wenig mit Aufklärung zu tun. Deshalb vernachlässigen wir auch niemals die politische Aktionsarbeit. Wir versuchen Sachen öffentlich zu machen, bringen uns ein in Fragen der Illegalität, des Kirchenasyls, organisieren Demos vor Abschiebeknästen wie vor kurzem in Zweibrücken und organisieren Pressekonferenzen zu verschiedenen Themen.

Ihr versteht euch als Mehr-Punkt Organisation. Rassismus ist also nur ein Teilbereich eurer Arbeit.
Dies bringt uns immer wieder Kritik von Seiten der Parteien ein, seien es die Grünen oder der saarländische CDU Kultusminister. Grundtenor ist, dass wir uns doch auf die Dritte Welt beschränken und dort arbeiten sollten. Wir wiederum bestreiten das Monopol der Parteien auf die Politik und arbeiten zu Rassismus genauso wie zu Fragen der Militarisierung, Frauen, Ökologie, Welthandel und Entwicklungsdenken. So lehnen wir die Agenda 21 als eurozentristisch und wegen ihrer Zustimmung zur Atomnutzung und Genforschung ab, oder wir setzen uns für die Aufhebung des Verbotes der kurdischen PKK ein, obwohl wir uns des kurdischen Nationalismus bewusst sind. Wir weisen in Pressekonferenzen immer wieder darauf hin, dass es im Krieg zwischen der Türkei und der kurdischen Bevölkerung um Öl und Wasser geht und es keine angeborene Feindschaft zwischen Kurden und Türken gibt. Rassismus funktioniert hier als Grenzziehung, hinter dem ein materieller Verteilungskampf steht.

Ihr seid geographisch sehr nah an Frankreich dran. Gibt es da Vernetzungen oder Einflüsse, insbesondere aus dem Antirassismus?
Unsere Arbeit ist leider nicht weit über diese geographische Beschränkung hinausgekommen. Immer noch verhindert eine Mauer im Kopf, das wir richtig mitbekommen, was dort läuft. Wir kriegen eher mit, was in Berlin läuft als das, was in Frankreich vor sich geht. Hier ist Selbstkritik angebracht, denn es scheint, als seien wir noch in den alten nationalen Grenzen verfangen.

Welche Schwierigkeiten haben sich in den vergangenen Jahren verstärkt und wie begegnet ihr ihnen?
Durch die zunehmende Individualisierung, den Rückzug des Einzelnen aus dem öffentlichen Raum und den Zerfall kollektiver Strukturen und Milieus haben wir mehr und mehr das Problem der Motivation von Leuten. Es ist äußerst schwierig, Menschen zur politischen Arbeit zu bewegen. Das hat allerdings bei uns dazu geführt, noch mehr zu polarisieren, unsere Lust an der Arbeit ist noch gestiegen. Schließlich können wir durch – nicht selten ungewollte – Polarisierung deutlichere Orientierungspunkte nach außen setzen. Das führte und führt zunehmend allerdings dazu, dass uns öffentliche Gelder gestrichen werden und wir uns fast ausschließlich über Spenden und die Honorare der Vorträge finanzieren.

Zuletzt eine feuilletonistische Frage. Wenn ihr in solch unterschiedlichen politischen Bereichen aktiv seid, warum habt ihr dann immer noch den Namen Aktion 3. Welt Saar?
Das kann man mit Recht kritisieren. Wir haben auch schon eine jahrelange, zähe Diskussion hinter uns. Irgendwann haben wir dann entschieden, ihn so zu lassen. Jedes unserer 250 Mitglieder mag sich also seinen eigenen Reim darauf machen, was der Name mit seinem politischen Engagement zu tun hat. Für mich hat er einiges mit der französischen Revolution, dem 3. Stand, zu tun. Aber das ist jetzt ein anderes Thema.









Ist es cool, rassistisch zu sein?

Konzepte antirassistischer Arbeit

Antirassistische Arbeit bewegt sich auf verschiedenen Ebenen: Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit, in Medien oder den Schulen; Lobbyarbeit bei Parteien, Institutionen und Behörden oder direkte praktische Unterstützung Betroffener. Dazu gehören aber auch theoretische Reflexion und Diskussion über die Bedingungen, die rassistisches Verhalten hervorbringen. Wir wollen an dieser Stelle die Arbeit der Werkstatt 3, dem Dritte Welt Zentrum in Hamburg, vorstellen.

Was hat ein Dritte Welt Zentrum mit Antirassismus zu tun?

Die Werkstatt 3 gründete sich vor 20 Jahren aus dem Bedürfnis, eine Brücke zu schlagen zwischen der Dritte Welt Bewegung einerseits und den wichtigsten anderen politischen Strömungen der damaligen Zeit wie der Friedens-, der Ökologie-, der Menschenrechts- und der Frauenbewegung. Mit dieser Bündelung der über ganz Hamburg verstreuten Aktivitäten sollte die politische Arbeit effektiver und der Einfluß gestärkt werden. Dahinter stand auch die nach wie vor gültige Erkenntnis, daß Dritte Welt, Ökologie und Menschenrechte zusammengehören, wenn man gerechte Verhältnisse schaffen will. Die Auseinandersetzung mit Migration und Rassismus ist von daher im Konzept der Werkstatt 3 angelegt.

Das Thema liegt uns auch insofern nah, als verschiedene MigrantInnenorganisationen Mitgliedsgruppen sind oder im Haus ihr Büro haben. Dazu gehören die Afrikanische Union in Hamburg e.V., der Dachverband der afrikanischen Vereine und Organisationen in Hamburg e.V., der Senegal Verein Hamburg e.V. und die Front der togoischen Flüchtlinge in Deutschland e.V.. Andere Vereine arbeiten zu Migrations- und Flüchtlingsthemen, wie der Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V. und der Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit. In diesen Gruppen hat sich durch Erfahrung und kontinuierliche Arbeit eine hohe Fachkompetenz entwickelt, die leider von der Mehrheitsbevölkerung nur wenig nachgefragt wird.

Die Werkstatt 3 sieht sich als Forum, das Raum für Diskussionen bietet und bestimmte Fragestellungen in die Öffentlichkeit trägt. Gleichzeitig setzt das Werkstatt 3 Büro eigene Akzente in der interkulturellen Arbeit, die seit der Gründung vor 20 Jahren ein Schwerpunkt ist. In diesem Bereich kooperiert sie mit anderen Organisationen inner- und

Allerdings ist die Kooperation der MigrantInnenorganisationen – die überwiegend national organisiert sind – untereinander von geringer Intensität

Autobahnblockade
Solidarität mit den KurdInnen
Volle politische Selbstbestimmung für hier lebende ImmigrantInnen & Flüchtlinge
Freitag, 15. Apr. 94 um 15 Uhr
am Steglitzer Kreisel

FREIHEIT FÜR MUMIA ABU JAMAL
KAMPF DEM STAATLICHEN RASSISMUS!
STOPPT DAS LEGALE LYNCHEN!
Bundesweite Demonstration in Berlin
Samstag, 22. Juli '95
13 Uhr · Rosa-Luxemburg Platz



außerhalb des Hauses. Allerdings ist die Kooperation der MigrantInnenorganisationen – die überwiegend national organisiert sind – untereinander von geringer Intensität.
Vor 5 Jahren gründete die Werkstatt 3 das Werkstatt 3 Bildungswerk, um sich gezielt Jugendlichen zu nähern. Denn schließlich sind sie es, die politische Entwicklungen in der Zukunft bestimmen. Die antirassistische Rallye „Ist es cool rassistisch zu sein?" verlangt u.a. von den SchülerInnen, Begegnungen auf Flüchtlingsschiffen, aber auch mit der „Ausländerbürokratie" zu organisieren und so selbst zu recherchieren, was sonst nur als reißerische Schlagzeile erfahren wird. Die Rallye gehört seit knapp einem Jahr zum festen Bestandteil des Programms, eine Auswertung gibt es noch nicht.
Das Werkstatt 3 Büro hat sich im Rahmen zweier von der EU mitfinanzierter Projekte dezidiert den Themen Rassismus und Migration gewidmet. 1995 wurde der internationale Kongreß „Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten" durchgeführt. Die Veranstaltungsreihe „Migration und Krankheit" (1999) richtete die Aufmerksamkeit noch einmal verstärkt auf die große Gruppe der ArbeitsmigrantInnen, ohne jedoch die Flüchtlinge aus den Augen zu verlieren. Zwei Auslandsseminare (1999) in den Niederlanden und Grossbritannien machten deutlich, wo Gemeinsamkeiten und wo Unterschiede in der Situation von und im Umgang mit MigrantInnen liegen. Die dort geknüpften Kontakte werden auf einer internationalen Fachtagung zum Thema Einwanderungskonzepte im Februar 2000 vertieft, auf der auch Handlungsansätze und -perspektiven erarbeitet werden sollen.
Zur Zeit (bis 19.12.99) präsentiert der Hamburger Arbeitskreis Asyl gemeinsam mit dem Museum der Arbeit die Ausstellung „Unerwünscht... eine Reise wie keine andere". BesucherInnen schlüpfen in die Rolle eines Flüchtlings und durchlaufen die klassischen Stationen der Flucht und Asylsuche, konfrontiert mit Grenzern, Schleusern oder Anhörern, die von Schauspielern dargestellt werden. Das Werkstatt 3 Bildungswerk bietet dazu einen Workshop an, in dem die AusstellungsbesucherInnen das Erlebte aufarbeiten und zusätzliche Informationen finden.
Mit Blick auf das allgemeine gesellschaftliche Desinteresse am Thema Flucht erstaunt die starke Nachfrage. Bereits zur Eröffnung der Ausstellung lagen schon über 2.000 Anmeldungen von SchülerInnen vor. Die Reaktionen sind im Allgemeinen positiv, die Akzeptanz bei den SchülerInnen groß. Trotzdem stellt sich die Frage, warum gerade dieses empathische Konzept Zuspruch findet. Bedarf es erst eines „Erlebnisparks", um Leute für Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen zu sensibilisieren? Wie weit trägt dieses „Nachempfinden"?
Unter dem Stichwort „interkulturelle Arbeit" ist die Überlegung zusammengefaßt, daß Vorurteile nur langfristig abgebaut werden können durch Kennenlernen, in dem man Einblicke gewinnt in die Kultur und Lebenswelt des Anderen. Aber mit welchem Parameter mißt man Annäherung, Einsicht, Verständnis? Bei Weltmusikkonzerten klappt die „interkulturelle Kommunikation" noch recht gut. Bei Lesungen afrikanischer oder lateinamerikanischer Autoren ist die Anforderung höher – und die Publikumszahlen niedriger. Bleibt natürlich die grundsätzliche Frage, wie mit diesem Konzept Menschen zu erreichen sind, die eine unreflektierte rassistische Grundhaltung haben.

Werkstatt 3, Hamburg

Trotzdem stellt sich die Frage, warum gerade dieses emphatische Konzept Zuspruch findet. Bedarf es erst eines „Erlebnisparks", um Leute für Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen zu sensibilisieren?

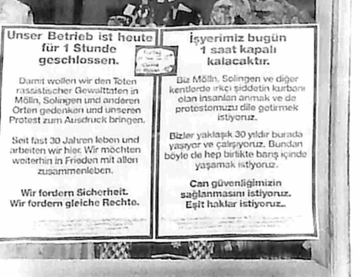
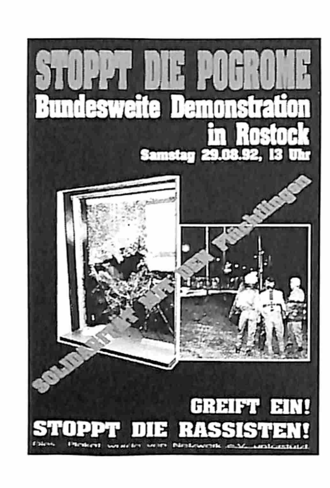



Foto: umbruch archiv







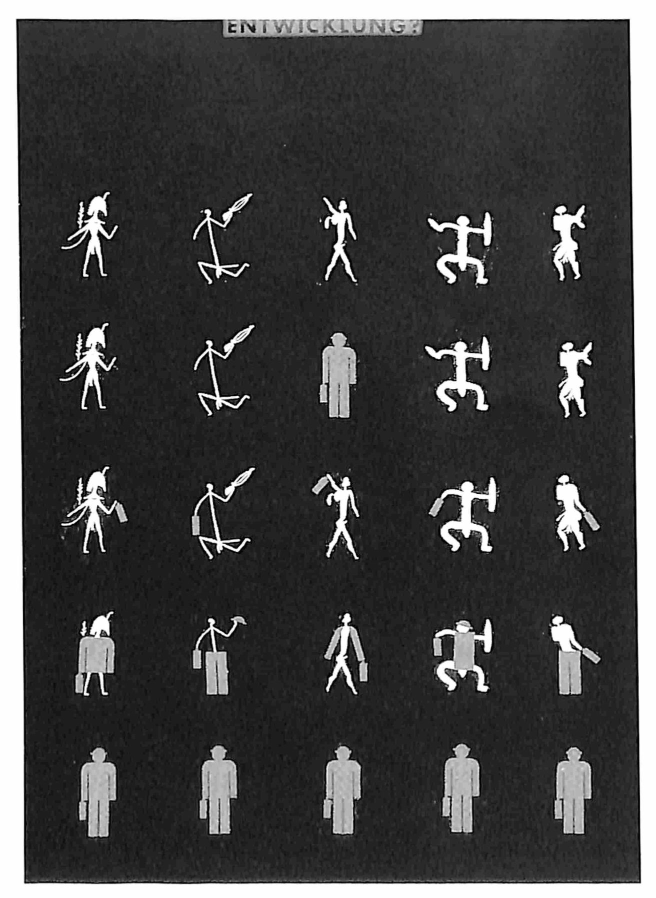


Entwicklungsland Deutschland

Als Anfang der 90er Jahre der Rassismus im vereinten Deutschland auf der Straße und institutionell qualitativ erstärkte, war dem Weltfriedensdienst e.V, (WFD) klar, dass man nicht einfach wieder zur entwicklungspolitischen Tagesordnung übergehen bzw. bei dieser bleiben konnte. Verschiedene Aspekte trugen zu einer klaren Positionierung des WFD bei, die schließlich in einem mehrjährigen Antirassismusprojekt ihren praktischen Ausdruck fand.

Warum sich mit Rassismus beschäftigen?

1. Eine entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation (NRO), die sich mit ihren Partnerorganisationen in Afrika und Palästina auch für die Einhaltung der Menschenrechte engagiert, muss sich irgendwie zu den vielfältigen Verletzungen der Menschenwürde hierzulande verhalten. Wenn Flüchtlingen Recht auf Asyl verwehrt, über sie in Politik und Medien gehetzt wird oder Schwarze im Berliner Umland nicht S-Bahn fahren können, weil sie um ihre Sicherheit fürchten müssen, dann ist auch eine entwicklungspolitische Organisation als zivilgesellschaftlicher Akteur gefordert, das gleiche zu tun, was sie in Afrika oder sonstwo fördert: gegen Ausgrenzung, Ausbeutung und Unterdrückung einzutreten. Seit den 70er Jahren hatte der WFD in Mosambik, Zimbabwe und Südafrika politisch und materiell die Befreiungsbewegungen in ihrem Kampf







gegen koloniale und explizit rassistische Systeme unterstützt. Was lag da näher, als auch den Rassimus im eigenen gesellschaftlichen System anzugehen?

2. Hinzu kam, dass wir auch in unserer alltäglichen Arbeit mit den Auswirkungen der ausgrenzenden Politik konfrontiert wurden. Da waren zum einen die Geschichten und Schicksale der aus dem Land geworfenen ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter aus Mosambik, die „Ma-Germans", zu denen der WFD sowohl in Deutschland als auch in Mosambik Kontakt hatte. Und da waren aufschlussreiche Erfahrungen mit den deutschen Botschaften und dem BGS, die regelmäßig die Einreise von Gästen aus Afrika zu erschweren versuch(t)en.

3. Schließlich legten die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der eigenen langjährigen entwicklungspolitischen Arbeit mit Projektpartnern und KooperantInnen die Vermutung nahe, dass auch die Entwicklungszusammenarbeit nicht frei von Rassismen und Dominanzstrukturen ist. Allein schon das vollständig auf westliche Vorstellungen reduzierte und fixierte Modell nachholender Entwicklung (hier entwickelt, dort unterentwickelt) zeugt von einem chauvinistischen Denken, und die Entsendung von EntwicklungshelferInnen impliziert die Gefahr, daß die entsendeten Fachkräfte über Rollenverständnis, Status im Land oder ideologische Ent- bzw. Selbsttäuschung stolpern und zu Rassisten werden.

WFD-Antirassismusprojekt

Mit der finanziellen Bewilligung (EU, Berliner Senat und kirchlichem ABP) eines Antirassismusprojekts im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit bot sich für den WFD dann ab 1993 die Möglichkeit, praktisch





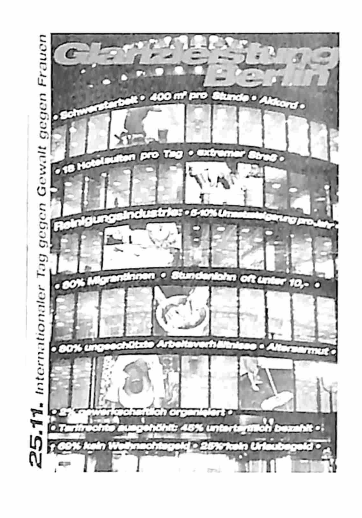
antirassistisch tätig zu werden. Das Projekt verfolgte von Beginn an zwei Ziele: Zum einen sollte die Sensibilität in der Gesellschaft für rassistische Probleme geschärft und zum solidarischen Handeln motiviert werden. Da wir Rassismus als ein Problem der gesellschaftlichen Mitte definieren, sollte dort angesetzt werden, wo wir selbst wirken: in der Entwicklungszusammenarbeit. Es galt, die längst überfällige Diskussion über rassistische Verkehrsformen und Strukturen in der Entwicklungshilfe anzustossen und die „partnerschaftlichen" Beziehungen in der „Zusammenarbeit" von NRO´s in Nord und Süd kritisch zu hinterfragen.

Plakative Öffentlichkeitsarbeit

Die Idee allerdings, antirassistische und entwicklungspolitische Organisationen an einen Tisch zu bringen und gemeinsame Aktionen zu überlegen, ermattete recht schnell









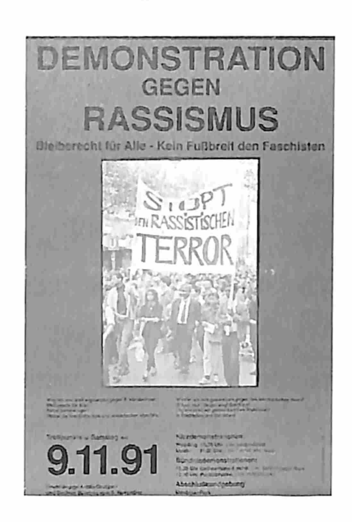
angesichts der sehr unterschiedlichen Struktur und Arbeitspraxis. Der WFD konzentrierte sich letztlich auf Maßnahmen einer politischen Öffentlichkeitsarbeit, deren Ziel ein Beitrag zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem steigenden Rassismus darstellen sollte. In diesem Sinne wurde z.B. 1991 das recht provozierende Plakat „Schwarz-Rot-Gold" auf U-Bahnhöfen geklebt, das die deutsche Vereinigung auch als rassistischen Ausgrenzungsprozess kritisierte. Nach dem mörderischen Brandanschlag auf eine türkische Familie in Solingen schaltete der WFD in mehreren Berliner Kinos einen Dia-Spot mit dem Titel „Entwicklungsland Deutschland", womit unterstrichen werden sollte, das nicht nur die Tat selbst barbarisch war. Vielmehr ist eine Gesellschaft „unterentwickelt", die auf derartige rassistische Akte nicht entschlossen reagiert, sondern verharmlost, entpolitisiert und geistig Zündstoff liefert.

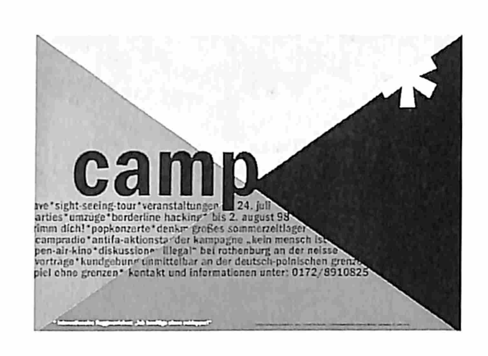
Die Idee allerdings, antirassistische und entwicklungspolitische Organisationen an einen Tisch zu bringen und gemeinsame Aktionen zu überlegen, ermattete recht schnell.

Desweiteren wurden 1993 und 1994 noch zwei weitere Plakat-Kampagnen in den U- & S-Bahnen durchgeführt, die mit Handlungshinweisen versehen deutlich zum Hinsehen statt Wegsehen bei rassistischen Übergriffen in U- & S-Bahnen aufforderten. Diese Aktion lief in einer Zeit, in der für viele „fremd" aussehenden Menschen die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel in Teilen Berlins ein erhebliches Risiko bedeutete. Bei der Plakataktion baute der WFD auch auf den Erfahrungen antirassistischer Gruppen auf, die eine Zeit lang auf bestimmten S-Bahnlinien offensiv Öffentllichkeitsarbeit gemacht hatten, indem Fahrgäste über rassistische Übergriffe informiert und gleichfalls zum Eingreifen motiviert wurden.

Rassismus in der Entwicklungszusammenarbeit

Mehr und mehr fokusierte das Antirassismusprojekt jedoch rund um die Auseinandersetzung mit dem Rassismus in der Entwicklungszusammenarbeit. Strategisch und konzeptionell gesehen, war dies richtig. Denn hier konnten wir am besten provozieren, Machtstrukturen und ungleiche Beziehungen in der Nord-Süd-Arbeit analysieren, sowie Bewußtsein und Verhalten von kirchlichen oder nichtstaatlichen Initiativen der „Dritte-Welt"- und Entwicklungszusammenarbeit positiv beeinflussen.
Letztlich wurde mit dem Projekt z.B. über mehrere Seminare erreicht, dass das Thema Rassismus – gegen anfänglich teils erhebliche Widerstände aus dem WFD und anderen Organisationen – in entwicklungspolitischen Institutionen nun stärker als Problem reflektiert und diskutiert wird. Ein konstruktiver Beitrag zur Entmystifizierung des Konzepts „Entwicklungshilfe" wurde in dieser Zeit geleistet, z.B. durch die zwei Kunst-Wettbewerbe „Mythos Entwicklung" in Deutschland und Zimbabwe und hieraus hervorgegangene Materialien der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit (Ausstellungen, Postkartenbücher, Kalender). Das Projekt gab auch Impluse, intensiver und kontinuierlicher mit Kooperationspartnern aus dem Süden über Fragen von Macht, Dominanz und Gleichberechtigung zu diskutieren. Nicht nur diese Begegnungen und der Austausch über Kategorien wie Entwicklung, Partnerschaft, Interkulturelles und Macht haben dazu geführt, dass sich in Strukturen und Kommunikationsfähigkeit des WFD einiges geändert hat – wenngleich dies auch langwierig war und unspektakulär erscheint.
Ich denke, die Erfahrung hat gezeigt, dass es richtig war, nicht die aktionsorientierte Arbeit antirassistischer Gruppen zu kopieren. Dem WFD jedenfalls – und wohl auch anderen entwicklungspolitischen Organisationen – würde hierzu auch die zu mobilisierende Mitgliedschaft fehlen. Aber auch die teils provozierende teils klassisch aufklärerische Arbeit zu Partnerschaft und Dominanz in der Entwicklungszusammenarbeit leistet meinem Verständnis nach einen antirassistischen gesellschaftlichen Beitrag.







Entwicklungspolitische NRO gefordert

„Wer vom Süden redet, darf im Norden nicht schweigen", lautet ein WFD-Slogan. In diesem Sinne ist es weiterhin wichtig, dass auch entwicklungspolitische NROs sich zu Abschiebungen oder Asylfragen äußern und politische Aktionen dagegen unterstützen. Obwohl einige entwicklungspolitische Organisationen hier ihr „zivilgesellschaftliches Gewicht" und ihren Namen öfters hergeben könnten, wird noch viel zu oft mit dem angeblich fehlenden „politischen Mandat" und/oder mit dem Argument, so etwas liege nicht im eigenen Handlungsbereich, entschuldigend abgewunken. Hier hat sich der WFD im letzten Jahrzehnt glücklicherweise weiter „entwickelt" als andere Organisationen.

Der WFD hat in den letzten Jahren eher punktuell denn kontinuierlich mit antirassistischen Gruppen zusammengearbeitet. Die gegenseitige solidarische Unterstützung bei Aufrufen und Kampagnen etc. war immer möglich. Spannend und fruchtbar war es auch, Gäste aus Afrika mit hier zu Rassismus, Menschenrechten und Flüchtlingen arbeitenden Gruppen zusammenzubringen, eröffnete es den Gästen doch einen etwas anderen Blick auf Deutschland.

Eine Ebene, die es künftig noch stärker als bislang zu beschreiten gilt, ist, dass entwicklungspolitische Organisationen, die über gute Zugangsmöglichkeiten zu Finanzierungsquellen verfügen, diese im Rahmen ihrer Bildungs- und Inlandsarbeit auch für die oft unbezahlt und ohne Sachmittel arbeitenden antirassistischen Gruppen öffnen sollten.

Eine Herausforderung jedoch bleibt für den WFD (und andere entwicklungspolitische NROs), das Projektdenken aus den Ländern, wo er ökologische Vorhaben, Ausbildung, Handwerk etc. fördert, auch auf die Inlandsarbeit in Deutschland zu übertragen. Warum sollte der WFD eigentlich nicht die Selbstorganisation von Flüchtlingen hierzulande finanziell unterstützen, wenn er in Ländern wie Mosambik und Südafrika die Arbeit mit Flüchtlingen finanziert hat? Warum sollten NROs, die weltweit Basisgesundheitsprogramme fördern, hierzulande nicht auch z.B. das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe unterstützen. Der WFD kooperiert in Zimbabwe mit Trägern der schulischen und handwerklichen Ausbildung. Warum also nicht auch in Berlin mit einem Ausbildungsträger ein Programm für unbegleitete Flüchtlinge oder geflüchtete Frauen auflegen?

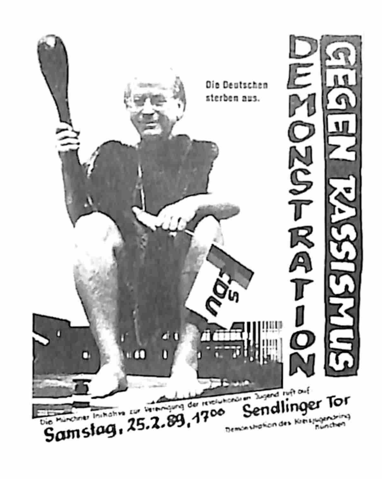
Ich denke, in diesen spontanen, oberflächlichen Überlegungen liegt viel Spielraum zum ernsthaften Nachdenken darüber, ob Entwicklungspolitik unserem Verständnis nach nicht auch antirassistische Projektvorhaben im unterentwickelten Deutschland implizieren sollte. An den formalen Budgetlinien der Finanziers jedenfalls sollten solche Ideen nicht bewertet werden, oder ein Diskussionsprozess scheitern.

Andreas Rosen, Welfriedensdienst e.V. (WFD)









Rechte Hegemonie – Gegenpole zu schaffen

Interview mit Ray Kokoschko vom Mobilen Beratungs von der Aktion Noteingang

Das MBT ist angegliedert an die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen und inhaltlicher Bestandteil vom Konzept „Tolerantes Brandenburg". Das MBT soll, unter den Schlagworten Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, demokratische Strukturen fördern und zivilgesellschaftliche Prozesse vor Ort bestärken. Die Aktion Noteingang wurde in der letzten ZAG (Nr. 32) dargestellt.

ZAG: Vor einigen Tagen sagte der Soziologe Bernd Wagner, dass in den neuen Ländern u.a. aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit der Nährboden „für eine breite völkische Bewegung" geschaffen sei. Euer konzeptioneller Ansatz ist, dass ihr zivilgesellschaftliche Prozesse fördern wollt. Ist aber angesichts einer „breiten völkischen Bewegung" überhaupt noch die Möglichkeit gegeben, zivilgesellschaftlich tätig zu sein?

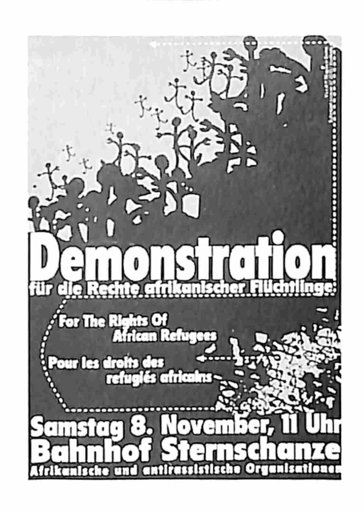
Susanne Lang: Die Möglichkeit gibt es immer. Die Frage ist nur, wieviel Arbeit investiert werden muss, um zu einer Zivilgesellschaft zu gelangen. Gäbe es nicht die Möglichkeit, hätte es auch die Aktion Noteingang nicht gegeben. Wir sind ja als Teil der Gesellschaft entstanden und somit auch Teil einer potentiellen Zivilgesellschaft. Von einer „völkischen Bewegung" kann man schon ausgehen, nicht nur in Brandenburg. Förderung zivilgesellschaftlicher Prozesse war aber nicht das Ziel, als wir Aktion Noteingang entwickelt haben. Als Jugendbündnis haben wir uns sicherlich nicht hingesetzt und gesagt: „Nun laßt uns mal eine Zivilgesellschaft aufbauen."

Ein erklärtes Ziel ist der Schutz von Opfern?

Susanne: Erklärtes Ziel ist mehr als Schutz von Opfern, erklärtes Ziel ist die Verbesserung der Situation der „Hegemonie" von Rechten vor Ort, der zunehmenden Alltäglichkeit rassistischer Übergriffe. Dem etwas entgegensetzen, dass dies alltäglich wird. Dazu gehört, dass sie irgendwann nicht mehr zum Alltag gehören, dass sie weniger werden, das wäre dann praktische Unterstützung von Opfern. Und zweitens Öffentlichkeit, das zum Thema zu machen, um zu zeigen, dass das nicht normal ist und auch nicht weiter normal werden darf. Damit fördern wir dann auch zivilgesellschaftliche Prozesse.

Wenn Ihr jedoch zivilgesellschaftliche Prozesse fördern wollt, heißt dies doch auch, dass sich Eure Arbeit an der Mehrheitsbevölkerung orientiert. Der Diskurs dieser Mehrheitsbevölkerung befasst sich jedoch, wenn es um Rassismus oder faschistische Übergriffe geht, eindeutig mit den Tätern: Jugendarbeitslosigkeit, schlechte soziale Lage, usw. Wenn Ihr darauf Bezug nehmt, aber auch den Schutz der Opfer leisten wollt, steht dies dann im Widerspruch, oder ist dies ein aushaltbarer Spagat?

Susanne: Wir kümmern uns überhaupt nicht um die Täter, weil wir finden, dass sich alle Welt genug um die Täter kümmert. Ein Widerspruch ist dies nicht. Wir meinen nicht, dass es unbedingt an einer kleinen Gruppe Jugendlicher liegt, die ein Problem haben. Dass die rassistische Gewalt überhaupt zum Alltag in Brandenburg gehört, liegt daran, dass es von fast allen getragen wird. Deswegen ist unser Ansatz, dass sich die Leute damit auseinandersetzen, in der Hoffnung, dass es auch Leute gibt, die es nicht so gut







der Versuch,

Team (MBT) und Susanne Lang

finden und sich irgendwann einmal ein antirassistischer Gegenpol aufbaut.

Dem MBT ist der staatliche Auftrag, doch ganz klar vorgeben, sich um die Mehrheitsbevölkerung zu kümmern.
Ray Kokoschko: Ich würde dies nicht so formulieren. Sieht man sich die Community-Geschichte in Amerika an, dann bedeutet Zivilgesellschaft, dass es bestimmte zivilgesellschaftliche Prozesse gibt, die versuchen, das auszugleichen, was der Staat nicht mehr leisten kann. Der Bürger zeigt sich engagiert, interessiert und auch solidarisch. Er erkennt Probleme und nimmt diese an.
Aber kann man mit staatlichen Mitteln, eine ausserparlamentarische Arbeit machen? Ich denke, dass dies gewollt ist und dieses „Tolerantes Brandenburg" kein Feigenblatt ist. Es gibt auf jeden Fall eine Ambivalenz und Brandenburg versucht, sich öffentlich zu positionieren. Ist aber der Staat wirklich in der Lage, die Probleme gesellschaftlich zu lösen? Dies würde ich klar mit „nein" beantworten. Rechtfertigt das eine Tendenz, wie sie Susanne beschrieben hat, dass man eine völkisch-nationale Grundtendenz in der Bevölkerung hat, oder gibt es da noch Alternativen? Man wird durch Projekte, die durch den Staat finanziert werden, den „Weltfrieden" hier in Brandenburg nicht retten können, ebensowenig durch Perfektionierung der Polizei.

Wenn es jedoch in der Bevölkerung gesellschaftliche Prozesse gibt, die gerade hin zu einer völkische Bewegung führen, der staatliche Auftrag an euch jedoch ins Gegenteilige wirken soll, dann strebt das doch gegeneinander?
Ray: Ich weiß nicht, ob das mein Auftrag ist. Ich versuche die Situation zu analysieren und der Staat stellt mir für meine Arbeit Mittel bereit, ausgehend von den Bewertungskriterien, die ich an die Gesellschaft lege, ausgehend auch von einem gewissen humanistischen und demokratischen Grundverständniss. Das ist eine Option, die ich erstmal nur positiv bewerten kann, wobei mir der Staat jetzt nicht sagt, wie ich das zu tun habe. Paradox ist schon demokratische Prozesse staatlich legitimiert und bezahlt zu befördern. Offensichtlich bietet der Staat nicht genug Attraktivität, dass diese Prozesse von alleine in Bewegung kommen. Ich denke, nach der Wende haben sich keine grundlegenden demokratische Prozesse in Brandenburg entwickelt. Wenn ich mal betrachte, wie es bei den Jugendlichen ist, wo demokratische Prozesse beginnen, wo sich junge Menschen engagieren, mit den Spielregeln des demokratisch parlamentarischen Systems, sich versuchen einzubringen, da habe ich eher den Eindruck, dass sie von der Erwachsenenwelt, gerade auch von denen, die die Demokratie repräsentieren, gerade in den Kommunen, wenig Unterstützung bekommen, eher werden ihnen Steine in den Weg gerollt.

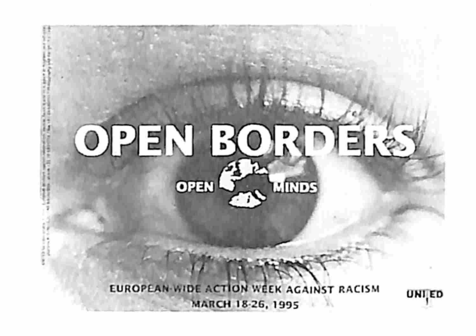
Aber woraus entsteht denn die Idee, sich zu engagieren? Ist es, weil die Tendenzen in der Gesellschaft so weit gehen, dass dein eigenes Leben davon beschnitten wird, oder sind da im Kopf vielleicht doch demokratische Strukturen vorhanden, die sagen, na so geht es aber nicht?
Susanne: Bei den Jugendlichen und wenigen Erwachsenen, die die Aktion Noteingang getragen haben, war die Motivation ein demokratisches Grundverständnis. Wenn es alternative Jugendliche sind, sind sie oftmals auch selbst betroffen. Ich würde nicht sagen, wenn man betroffen ist, engagiert man sich automatisch. Die Leute, die wirklich massiv betroffen sind, sind meist viel zu verschüchtert und verschreckt. Sie sind diejenigen, die am meisten enttäuscht sind von der demokratischen Gesellschaft.

Ray: Aber sie sind doch diejenigen vor Ort die sich in der Gesellschaft einsetzen und damit auch die Gesellschaft verändern. Hier werden politische Symbole gesetzt. Der Bürger wird mit einer Situation konfrontiert. Warum wird in meinem Ort ein Aufkleber angebracht, wo es darum geht Ausländer zu schützen.

Susanne: Uns ging es hauptsächlich um eine Analyse, die Suche von Partnern und die Beeinflussung der Meinung in der Bevölkerung durch die öffentliche Diskussion, die stattfindet.Wenn es in der öffentlichen Diskussion um die Unterschriftensammlung der CDU geht oder darum, ob die Heime nun 10 oder 20 Kilometer ausserhalb liegen







dürfen, oder ob die Täter nun arbeitslos waren, dann dreht sich die Auseinandersetzung auch nur um die benannten Punkte, weil keine andere Position wahrnehmbar ist. Deswegen war es uns wichtig, die öffentliche Diskussion anders zu bestimmen und konkret zu benennen, um was es geht. Es geht nicht um Angst, wir leben nicht im Zeitalter der Marsinvasion. Sondern es geht ganz konkret darum, dass es Rassismus, dass es Neonazismus gibt.

Ray: Die Schwierigkeit ist, das man die Ursachendiskussion nicht ausblenden kann. Für uns in der Arbeit geht es darum, interessenbezogene Anknüpfungspunkte zu finden. Warum sollte sich der Bürger überhaupt dafür interessieren. Moralisch kann man sagen „man müsste doch" „aber wir haben doch", aber das ist nicht die Realität. Die Jugendlichen, die oftmals die Straftaten begehen, wachsen ja auch nicht auf Bäumen oder werden vom Mond exportiert, sondern sie kommen aus der Mitte der Gesellschaft. Das „Problem" in Brandenburg, wenn man sich die realen Ausländerzahlen, also die Statistik anguckt, ist ein virtuelles Problem. Es gibt so wenig Ausländer in Brandenburg, dass man durch die Pampa reiten muss, um welche zu treffen. Andererseits werden alle Probleme, die es in der Gesellschaft gibt, auf das „Ausländerproblem" reduziert. Und da trägt die Regierung, da trägt die Öffentlichkeitsarbeit und tragen die Medien zu einer weiteren Reproduktion dieses Bildes bei. Wenn sich jedoch gar kein Berliner mehr hertraut, dann kommen auch keine ausländischen Touristen mehr. Und Brandenburg lebt nicht zu knapp und nicht zu wenig von ausländischen Touristen. Hier besteht dann die Möglichkeit auch an Interessen anzuknüpfen. Man kann ganz konkret sagen, es geht dich als Einzelhändler schon was an, wenn der Ort hier als rechtsextremistische Hochburg verschrien ist. Wenn hier keiner mehr kommt, dann geht dein Umsatz zurück. Es geht auch darum, das Wissen der Brandenburger über ihre 2,3 Prozent Ausländer zu verstärken.

Wie sieht das konkret aus?

Ray: Wir brauchen hier nicht nur Bildungsarbeit im Unterricht, sondern auch völlig neue Formen von politischer Erwachsenenbildung. Die Leute müssen begleitet werden, wenn sie Interesse haben, sich vor Ort zu engagieren. Es herrscht kaum Kommunikation unter den Leuten. Oftmals gibt es keine sozialen Zentren, oder Anlaufpunkte.

Susanne: Ich kann da die Liste fortsetzen, was noch fehlt in der Erwachsenenwelt. Vieles was die Politik macht hat einen Effekt auf die öffentliche Meinung der Bevölkerung. Eine andere Asylpolitik würde wahrscheinlich viel mehr bringen als das Programm „Tolerantes Brandenburg". Die unmögliche Umgehensweise mit Asylbewerbern, die gesamte Asylpolitik der Regierung ist ein Zeichen, wie die Menschen, die keinen deutschen Pass haben von der Regierung respektiert werden. So, denkt der Bürger auf der Straße muss ich sie auch respektieren. Wenn man sich die Polizei anschaut. Wenn da die Realität anders wär, hätte dies sicherlich einen Effekt auf die Täter, und auf jeden Fall auch auf die Opfer. Wenn überhaupt erstmal eine Solidarität mit den Betroffenen entstünde, dann würde ich als Betroffenener nicht so schnell zum Opfer werden. Bin ich erstmal zum Opfer geworden, ist es ein weiter Schritt dahin, mich als Opfer hinzustellen und zu sagen „so geht es aber nicht" und mein Recht einzuklagen.

Ray: Ich versuche an den Punkten anzusetzen, die praktikabel sind. Es gibt keine Zivilcourage. Es gibt dieses Wegsehen und man glaubt, wenn man als Zeuge auftritt wird man gleich danach totgeschlagen. Es gibt keinen statistischen Beweis, wo Zeugen, die in rechtsextremischen Prozessen ausgesagt haben, danach Opfer rechter Gewalt wurden. Selbst linke Betroffene machen das schon nicht mehr. Immer mit der Begründung, der Staat macht ja doch nichts. Ich denke das ist eine falsche Einstellung.

Susanne: Aber es ist so, dass viele Anzeigen auch nicht richtig aufgenommen werden.

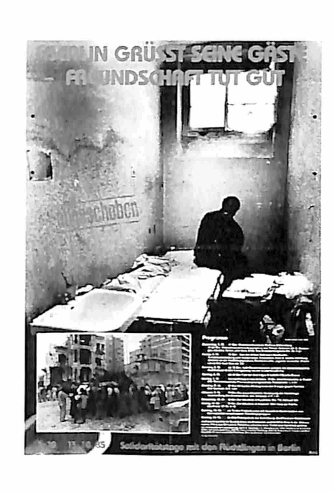
Ray: Das ist richtig. Ich bin hier der letzte, der für die Polizei redet. Aber in meiner Arbeit arbeiten wir in beide Richtungen. Wir kritisieren auch die Dinge, die da laufen, Rassismus in den Verwaltungen. Ignoranz von Sozialarbeitern. Die Heerscharen von Kellnern von Glatzen, gehen mir genauso gegen den Strich, wie die Ignoranz der Polizei, wenn da einer eine Anzeige im gebrochenen deutsch macht. Ich werde vom Staat bezahlt und auch dafür, den Staat konstruktiv bei der Weiterentwicklung zu unterstützen.

Du wirst vom Staat bezahlt. Kann das dazu führen, in Verbindung mit der schwebenden Drohung Dich zu entlassen, dass du auch mal ein Auge zudrückst?

Ray: Nein. Ich bin nicht korrumpierbar. Gerade das MBT versucht ein anderes Lagebild zu zeichnen. Und unsere empirischen Erfahrungen haben wir aus den lokalen Zeitungen und den Erfahrungen vor Ort. In Eins-zu-Eins-Gesprächen mit Vertretern. Mit Opfern, Tätern, Polizei und Vertretern der Schule. Wir verstehen uns auch als Zeitzeugen, die versuchen ein gesellschaftliches Bild sozialwissenschaftlich qualifiziert darzustellen. Und mit diesem Bild stößt man natürlich gegen eine offizielle politische Diskussion. Weil

Jeden Tag
rassistische Mißhandlungen
durch die deutsche Polizei!





wir schon klar sagen, im Bereich Rechtsextremismus haben wir eine Verstetigung in allen Strukturen und allen Bereichen. Deswegen werden wir auch immer wieder angegriffen. Damit kann ich aber leben, wenn Bewußtseinsprozesse entstehen und immer wieder was hängenbleibt.

Die Jugendlichen der Aktion Noteingang wollen schneller eine Änderung.
Susanne: Hier entsteht immer wieder eine Resignation. Oftmals ist es so, wenn du thematisierst, das es rassistische, faschistische Übergriffe gibt, bist du ja schon linksextremistisch und ein linker Chaot. Und du sollst am besten die Stadt verlassen. Das ist schon alles passiert. Es gibt jedoch auch Vorteile von „Tolerantes Brandenburg". Ein Beispiel: ein Bürgermeister, wo 1992 eine Gruppe rassistische Übergriffe thematisieren wollte, sagte damals noch, sie sind die linken Chaoten und dafür verantwortlich, dass es der Stadt wirtschaftlich so schlecht geht, weil die Investoren abgeschreckt werden. Genau dieser Bürgermeister unterstützt heute Aktion Noteingang. Das ist einerseits ein Effekt von verstärkter Öffentlichkeitsarbeit, andererseits auch von „Tolerantes Brandenburg", was sagt, hier ist die Botschaft an alle Bürgermeister, setzt euch damit auseinander.

Ray: Frustration entsteht natürlich auch, wenn ich permanent Opfer rechter Gewalt werde. Wenn ich zur Schule gehe, hab ich Streß, in der Schule habe ich Streß, wenn ich aus der Schule gehe, Streß, ich habe zu Hause Streß. Neulich kamen die Glatzen zu mir in die Wohnung. Dann muß ich mir überlegen, wo ich in meiner Freizeit hingehe. Wenn ich Lehrling im überregionalen Ausbildungszentrum bin, muß ich mir überlegen, lasse ich meine Haare kurzschneiden. Wenn mein ganzer Lebensvollzug sich danach richtet, dass soziale Kontrolle über rechte Hegemonie ausgeübt wird. Die empfindet der Erwachsene nicht so, weil er nicht in der Zieloptik dieser rechten Hegemonie ist. Und wenn das dann ignoriert wird, also nicht sichtbar darauf zugegangen wird. Dann fühlen sich die Jugendlichen nicht ernstgenommen.

Susanne: Sie werden nicht ernstgenommen.

Aber trotz der Frustration zieht ihr doch nicht alle weg?
Susanne: Ich gehe schon länger mit dem Frust um, und werde auch erstmal nicht wegziehen, solange ich noch irgendeine Möglichkeit sehe, etwas zu tun.

An welchem Punkt gibt es diese Möglichkeit denn nicht mehr?
Susanne: Also, ich komme aus Bernau. Da gibt es noch Freiräume, die ich mit gestalten kann. Auch wenn man die „falsche Hautfarbe" hat, kann man noch durch die Stadt gehen. Die Situation ist erträglich. Aber zum Beispiel in Schwedt werden in der Jugendgruppe die ältesten immer 18 sein. Denn wenn man 18 ist, einigermaßen denken kann und irgendwas aus seinem Leben machen will, ist man raus aus der Stadt. Warum ich das so offen formuliere, ist, weil ich nicht weiß, was nach dem Regierungswechsel auf uns zukommt. Bei den jetzigen Trends und wenn sich die schlimmsten Befürchtungen bewahrheiten, dann weiß ich auch nicht.

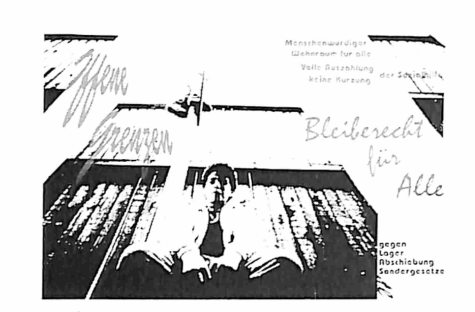
Wie sieht es mit dem Austausch zwischen den Erwachsenen und den Jungendlichen aus. Welche Form von Bündnisse gibt es?
Susanne: Sicherlich machen wir unsere eigenen Erfahrungen. Wir sind nicht interessiert an Lass-uns-mal-zusammensetzen-gegen-Rechts-Erzählbündnissen. Wir haben aber auch positive Erfahrungen, wenn es um ganz konkrete Sachen geht. In Bernau wird zum Beispiel daran gearbeitet, eine regionale Opferperspektive-Beratungsstelle einzurichten. Das ist sehr wohl eine Sache, wo man mit anderen im Bündnis zusammen arbeiten kann, auch aus unterschiedlichen Spektren. Wir haben auch keine Berührungsängste, solange wir Ernst genommen werden und als gleichwertige Partner akzeptiert werden.

War die Aktion Noteingang bei ihrer Entstehung für das MBT eine Zielgruppe?
Ray: Zielgruppe nicht: Partner. Für mich sind alle, die sich im demokratischen Boot befinden, Partner. Wir sind daran interessiert, möglichst breite gesellschaftliche Bündnisse zu schaffen und die Arbeit zu bündeln.

Das „demokratische Boot", wie voll ist das?
Ray: Ich denke, wenn ich zurückblicke, hat sich in Brandenburg sehr viel bewegt. Die Dinge, die uns im alltäglichen Leben im rechtsextreministischen Bereich entgegenschlagen, zeigen auch eine Dringlichkeit, hier weiter zu machen.

Reicht das aus, um einen gesellschaftlichen Gegenpol gegen die rechte Hegemonie zu bilden?
Susanne: Ein wahrnehmbaren Gegenpol gibt es nicht. Aber ich denke auch, das in letzter Zeit viel entstanden ist.

Interview: Elke Frye, Markus Stilo (ZAG)





Ort der Täter

Interview mit Uwe Bergmeyer, freier Mitarbeiter im Haus der Wannsee-Konferenz

Die Wannseekonferenz war ein Baustein in der verwaltungstechnischen Organisation der sogenannten „Endlösung" und ist damit ein Ort der Täter, genauer gesagt, der Schreibtischtäter. Seit den 60er Jahren gab es einen Initiativkreis, der in diesem Haus ein Dokumentationszentrum und eine Bildungsstätte einrichten wollte. Der 50. Jahrestag dieser Konferenz, den es offiziell in irgendeiner Form zu begehen galt, und die Tatsache, daß sich bis dahin die vieldiskutierten personellen Kontinuitätslinien durch das Ausscheiden der Tätergeneration von selbst erledigt hatten, ermöglichten 1992 die Eröffnung der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz. Angeboten werden Führungen durch die Dokumentation und Tages- oder Mehrtagesseminare, in denen ausgehend von der Hausgeschichte die organisatorische, planungstechnische und personelle Struktur des NS-Staats thematisiert wird. Weitergehend können dort aber auch aktuelle Themen wie z.B. die Debatten zu Goldhagen, Walser oder Sloterdijk angesprochen werden.

ZAG: Hat sich in den letzten Jahren etwas an den angesprochenen Themen, den Leuten, die zu euch kommen, oder am Interesse geändert?

Uwe Bergmeyer: Quantitativ gesehen gibt es ein zunehmendes Interesse an dem Angebot des Hauses, obwohl die Zeit der NS-Geschichte immer weiter zurückliegt. Man kann gar nicht einmal sagen, daß die Themen sich Richtung Gegenwart verschoben haben, also zu aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wie z.B. Rechtsextremismus. Es gibt eher eine Kontinuität der Themenschwerpunkte, die wir schon '92 hatten. Themen wie Planung und Organisation von Massenmord oder Verwicklung der Bürokratie werden immer wieder nachgefragt wie eben auch Rechtsextremismus. Es ist eher ein breiteres Interesse.

Man kann vermuten, daß das Interesse gestiegen ist, weil es sich bewährt hat, sich mit solchen Themen an authentischen Orten zu beschäftigen, statt im institutionellen Rahmen der Schule oder des Weiterbildungsträgers.

Ein Schwerpunkt eurer Arbeit ist, die Besucher der Gedenkstätte an einem Ort der Täter mittels Informationen über die NS-Zeit aufzuklären. Ist die Zielsetzung, durch Konfrontation mit dem Ort eine stärkere Distanz zu faschistoiden Tendenzen zu erreichen?







Lange Jahre galten Gedenkstätten immer als Ort der Mahnung. „Hütet euch!" war die Devise, oder „Das darf nie wieder passieren!". Diesen pädagogischen oder politischen Anspruch empfinden wir als zweifelhaft. Solche Mahnungen können im direkten Sinne nur Menschen aussprechen, die diese Zeit erlebt haben. Für sie ist das auch legitim. Nachgeborene Generationen als Mahner hinzustellen ist aber keineswegs glaubwürdig. Die Frage ist, was heute mit Gedenkstättenpädagogik oder Gedenkstättenarbeit erreicht werden soll. Man hat eine geschichtliche Epoche von Faschismus, Unterdrückung und Krieg, die es zu vermitteln gilt. – Was läßt sich daraus lernen? Wichtig ist, von festen Lernzielen wegzukommen. Es geht da eher um das Thematisieren von Bezügen aus dieser Geschichte, von Kontinuitätslinien, die bis heute reichen, wie zum Beispiel die Entschädigungsfrage.

Gerade der geschichtliche Bezug spielt doch eine große Rolle. Sehr viele Teile dieses Staates sind weitgehend übernommen worden, wie z.B. die staatliche Grundstruktur oder der juristische Apparat. Welche gesellschaftlichen Strukturen sind denn für Faschismus oder Rassismus notwendig? Rassismus kommt doch nicht aus dem Nirwana angesegelt, landet bei uns und plötzlich sind irgendwelche Leute rassistisch?

Das ist der Punkt, den ich mit Kontinuitätslinien meine. Wobei es noch zu unterscheiden gilt, daß nicht die Institutionen übernommen wurden, sondern die Personen. Und das macht es noch sehr viel komplizierter, denn dieser westdeutsche demokratische Staat hat sehr wohl darauf geachtet, eine gewisse neue Staatsorganisation aufzubauen. Dies aber den Besuchern deutlich zu machen, daß also ein Staat oder eine Epoche nicht einfach an einem Punkt anfängt und an einem anderen aufhört, bedarf häufig durchaus sehr mühsamer Erklärungen, zumal wir heute in den 90er Jahren in Zeiten leben, in denen wir die Phase der personellen Kontinuitätslinien abgeschlossen haben. Die ehemaligen Täter oder Mittäter, Kleintäter, Schreibtischtäter sind zwar heute nicht mehr im Amt, waren es aber bis zur Verrentung in den 60er/70er Jahren und bekamen volle Pensionen. Diesen historischen Tatbestand der bundesrepublikanischen Geschichte thematisieren wir direkt am historischen Beispiel, wie z.B. anhand von Täterbiografien. Nicht im Sinne von: Um Gottes Willen! und Schreckeffekten, sondern um deutlich zu machen, wie sich politische Systeme auch überleben oder weiterleben, wie also Ideologieelemente in ein neues System hineintragen werden. Sonst kann man Politik oder Entwicklungen in einem Staat auch gar nicht verstehen.

Der pädagogische Ansatz dabei ist, ob es nun das Entstehen des NS-Regimes betrifft oder das Ende, mit diesem alten Geschichtsbild, daß es da von '33 bis '45 „braune Männchen" gab, die dann wieder verschwunden sind, endlich auch einmal aufzuräumen. Es ist nicht so, daß das Thema Neuland wäre, man hat schon 30 Jahre

... aufräumen mit dem alten Geschichtsbild, daß es „braune Männchen" gab, die wieder verschwunden sind.

Erfahrung damit; aber es ist durchaus so, daß man heute erst die Möglichkeit besitzt, so etwas in solchen staatlichen, institutionellen Bereichen zu tun. Durch den Generationswechsel und das „Aussterben" nicht nur der Opfer- sondern auch der Tätergeneration ist es eben nicht mehr so unbequem, nicht mehr so heikel.

Die Einrichtung von Gedenkstätten an authentischen Orten ist doch eine umstrittene Sache. Es existieren doch zwei grundsätzliche Richtungen – zumindest bei den Konzentrationslagern: Wo die einen für eine komplette Restaurierung der Lager plädieren, wenden sich die anderen dagegen. Ihre Argumentation ist, daß an einem so „verschönerten" Ort nicht mehr der Eindruck entstehen kann, was hier geschehen ist. Und daß durch







eine solch restaurierte Geschichte der Eindruck entsteht, daß alles gar nicht so schlimm gewesen sein kann.
Das ist ein generelles Problem im Umgang mit authentischen Orten aus der NS-Zeit. Das Konzept, sie verfallen zu lassen, hat sich nicht durchgesetzt. Man versucht eher, sie zu konservieren. Das schließt ein, bestimmte bauliche Maßnahmen zu tätigen, die das Ganze schön aussehen lassen.
Daß ein Ort für sich spricht, war allerdings immer das Grundprinzip. Das tut er aber durchaus nur begrenzt; wichtig dabei ist – wir sprechen heute von der dritten Generation nach der NS-Zeit, die nicht mehr unbedingt über private, familiäre Beziehungen Basisinformationen dazu bekommt – daß man sehr viel mehr Information dazu liefert. Den Besuch eines Mahnmals mit einer Gedenkminute zu absolvieren, ist heute nicht mehr unbedingt das gängige Mittel. Man hat verstanden, daß es eben vielmehr der Erläuterung bedarf.
Es kommt noch ein zweites, viel größeres Problem hinzu, und zwar, daß zunehmend die authentischen Beschreibungen von Zeitzeugen wegfallen, d.h. Berichte von Zeitzeugen, die sie selbst an diesem Ort inhaftiert waren, gefoltert wurden, dem Tod davongekommen sind; was eine ganz eigene und nicht zu ersetzende Form der Vermittlung war. Diese Beschreibungen werden nun von Personen der zweiten oder vielleicht auch schon der dritten Generation übernommen. Das wiederum ist eine Beschreibung aus zweiter Hand, die eine Menge an Veränderungen für das Sprechen dieses Ortes mit sich bringt. Es ist nicht mehr das Sprechen wie in den 60er und 70er Jahren.

Gibt es in eurem Haus einen offiziellen Anspruch, gegen rassistische Tendenzen anzukämpfen oder ist euer Anspruch hauptsächlich, eine Gedenkstätte zu sein?
Da wir es im überwiegenden mit Personen zu tun hat, die nicht unbedingt freiwillig dorthin kommen – wie z.B. Schulklassen, die im Rahmen einer Schulveranstaltung zu uns kommen – kann dieses Haus eigentlich keine antirassistische Pressure-Group sein. Damit würde man eine Besucherschaft überfordern. Ich würde es auch selbst für problematisch halten, sofort in ein politisches Konzept überzugehen. Es geht erst einmal darum, Ängste, Bedenken, Reserviertheit zu dem Thema zu bearbeiten, um eine Öffnung zu erreichen. Damit ist schon viel erreicht.
Den Anspruch von antirassistischer Arbeit gibt es durchaus, aber diese kann zunächst nur indirekt betrieben werden, da es hauptsächlich einen pädagogischen Anspruch der Öffnung gegenüber den Themen gibt.

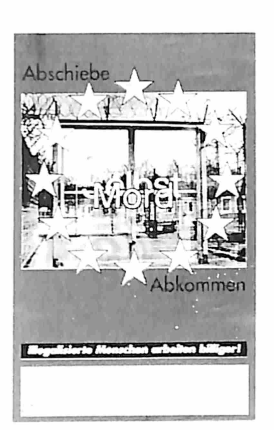
Also ist das inhaltliche Ziel des Vereins in der Hauptsache die Aufklärung darüber, was in diesem Haus geschehen ist ?
Die Hausgeschichte ist eigentlich nur der Anlaß, aber natürlich auch ein Thema. Die Wannseekonferenz ist ein Baustein der Planung und Organisation des Völkermordes. Mit diesem Baustein kann man exemplarisch eine Menge Punkte beschreiben: Wie das Thema Völkermord an europäischen Juden institutionell an dieses Staatssystem angehängt war oder das Zusammenwirken der verschiedenen Institutionen.
Aber das ist nur ein Teil, der Ausgangspunkt, um NS-Geschichte weitergehend zu thematisieren: ob das Fragen von Euthanasieprogrammmatik, Propaganda, zweitem Weltkrieg oder Imperialismus des NS betrifft.
Es gibt noch eine weitere Ebene von Fragen: Was betrifft das uns heute? Was sind zum Beispiel Verbindungslinien zum heutigen Rechtsextremismus? Was für Bezüge des rechtsextremistischen Systems Nationalsozialismus sind zu sehen? und: Wie kann man das Thema Rechtsextremismus heute besser verstehen?

Ein bißchen ist das doch ein Spagat. Daraus wäre doch abzuleiten, daß Rassismus oder faschistoide Tendenzen dadurch entstehen, daß Individuen nicht richtig aufgeklärt sind. Daraus wiederum ließe sich ableiten, daß es durch Information und Aufklärung zu erreichen wäre, Rassismus zu stoppen. Also Rassismus als Ergebnis eines Informationsdefizits?
Diesen Schnellschluß haben wir nie gehabt. Das ist eine zu einfache Sichtweise. Es wäre eine einfache Pädagogik zu sagen: Man braucht nur soundsoviel Kapazität für interkulturelle oder antirassistische Bildung – in welchem Feld auch immer – und am Ende kommt ein multikulturell denkender Mensch heraus.

Interview: Albert Zecheru, Tobias Faßmayer (ZAG)

Kein Einsatz deutschen Militärs
Keine Abschiebung von Flüchtlingen und Deserteuren
Zwei Weltkriege von deutschen Boden sind genug
Demonstration Mo. 26.6.95, 18.00 Uhr Breitscheidplatz

GEGEN RASSISMUS
DEMO am 31.3.90 in WIESBADEN
Gegen alle AusländerInnengesetze
Gegen den zunehmenden AusländerInnenhaß
Gegen Deutschtümelei





Brauchen wir ein Anti-diskriminierungs-gesetz?

Weltweite Fluchtbewegungen sowie die globale Vernetzung der Ökonomie lassen die Zahl der Menschen, die sich in einem anderen Land niederlassen, stetig anwachsen. Eine Vielzahl von Untersuchungen zeigt, daß sowohl Flüchtlinge als auch Arbeitsmigranten in den jeweiligen Gastländern spezifischen Problemen gegenüberstehen und – verglichen mit der einheimischen Bevölkerung – in vielerlei Hinsicht benachteiligt sind. Migranten sehen sich in vielfältiger und zunehmender Weise gesellschaftlicher Diskriminierung und rassistischen Gewalttaten ausgesetzt. Gesellschaftliche Diskriminierung äußert sich z.B. bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche, beim Abschluß von Versicherungen und in vielen anderen Bereichen des täglichen Lebens. Das gilt insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland. Zahlreiche Studien belegen, daß in der Bundesrepublik weder die straf- noch die zivilrechtlichen Bestimmungen einen ausreichenden Schutz von Migranten vor Diskriminierung bieten. Diskriminierung stellt ein ernstzunehmendes Hindernis für die Integration der Migranten in die Gesellschaft des Aufnahmestaates dar. Nur gegen rassistisch motivierte Gewalttaten, nicht aber gegen die alltägliche gesellschaftliche Diskriminierungen mit rechtlichen Mitteln vorzugehen bedeutet, diese nicht nur zu tolerieren, sondern als legitim zu akzeptieren.

In der Europäischen Union haben Großbritannien, die Niederlande, Schweden, Frankreich sowie Spanien umfassende Antidiskriminierungsgesetze verabschiedet, die Diskriminierung verbieten, den Opfern einer solchen Diskriminierung konkrete Ansprüche gewährleisten und die Durchsetzung dieser Ansprüche garantieren. Als Modelle für die Bundesrepublik können vor allem die Antidiskriminierungsgesetze in Großbritannien und den Niederlanden dienen.

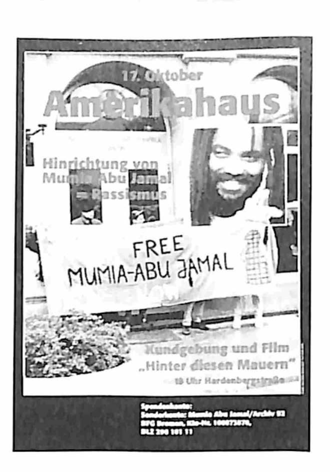
Das Kernstück der Gesetzgebung in Großbritannien ist der Race Relation Act von 1976. Dieses Gesetz verbietet Diskriminierung in den Bereichen der Beschäftigung, in der Ausbildung, bei der Versorgung mit Waren, in öffentlichen Einrichtungen, bei Dienstleistungen finanzieller und anderer Art sowie bei der Vergabe von Wohnungen. Als Sanktionen sind entweder Schadensersatzleistungen oder Verpflichtungen des Beklagten vorgesehen, eine bestimmte Maßnahme in einer bestimmten Zeit durchzuführen, um die negativen Auswirkungen der Diskriminierung zu reduzieren oder zu beseitigen. Zur Wirksamkeit des Race Relations Act trägt wesentlich bei, daß eine staatliche Kommission nicht nur über deren Einhaltung wacht und Prozesse für

So wurde eine niederländische Wohnungsbaugesellschaft wegen Diskriminierung verurteilt, weil sie von fünfhundert Wohnungen nur eine an Ausländer vermietet hatte.









Betroffene führt, sondern daß sie im ganzen Lande eine Infrastruktur von örtlich erreichbaren Büros besitzt und die Tätigkeit von Antirassismus-Initiativen fördert.
In den Niederlanden existiert ebenfalls ein eigenes Gesetz gegen Diskriminierung, das Allgemeine Gesetz zur Gleichbehandlung (ADGB). Seine Bestimmungen erklären Diskriminierung in verschiedenen Lebensbereichen einschließlich des Beschäftigungsbereichs als ungesetzlich. Diese Bestimmungen beziehen sich sowohl auf direkte als auch indirekte Diskriminierung. Zwar ist die Diskriminierung in der privaten Sphäre generell von deren Anwendungsbereich ausgeschlossen, d.h. Aktivitäten, die im engeren Sinne privat sind und keinen öffentlichen Charakter haben. Aber wer jemanden in Ausübung eines Berufes oder eines Geschäftes und beim Anbieten von Gütern oder Dienstleistungen diskriminiert, wird bestraft. Zuerst versucht allerdings eine unabhängige Kommission Diskriminierungsfälle zu regeln. Erst wenn deren Entscheidung nicht akzeptiert wird, geht sie für die Diskriminierten vor Gericht. Da Diskriminierung oft schwer zu beweisen ist, wird in den Niederlanden eine Umkehrung der Beweislast praktiziert und auch statistische Daten und Testmethoden als Mittel der Beweisführung zugelassen. So wurde eine niederländische Wohnungsbaugesellschaft wegen Diskriminierung verurteilt, weil sie von fünfhundert Wohnungen nur eine an Ausländer vermietet hatte, während normalerweise etwa sieben Prozent der Wohnungen von Ausländern angemietet werden.

Auch bei aller Skepsis gegen die erzieherischen Möglichkeiten des Rechts soll die Wirkung einer klaren und einheitlichen Rechtslage auf das Rechtsbewußtsein der Bürger nicht zu gering erachtet werden.

In der Bundesrepublik Deutschland existiert eine solche Gesetzgebung zum Schutz der Migranten bisher nicht. Vielmehr finden sich Gleichbehandlungsvorschriften verteilt in verschiedenen Gesetzen. Aufgrund der anhaltend hohen, rassistisch begründeten Gewalttaten gegen Migranten und ihrer gefährdeten Integration rückt die Frage nach der Verabschiedung einer eigenständigen Antidiskriminierungsgesetzgebung immer mehr in den Mittelpunkt der politischen Diskussion. Seit langem fordern nicht nur Nichtregierungsorganisationen sondern auch verschiedene UNO-Gremien wie der UN-Antirassismus-Ausschuß die Bundesregierung auf, endlich eine umfassende Antidiskriminierungsgesetzgebung zu verabschieden.
Die Bundesregierung ist dieser Forderung bisher allerdings nicht nachgekommen. Durch die Ratifizierung mehrerer Internationaler Übereinkommen, so zum Beispiel des „Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung von jeder Form der Rassendiskriminierung“ von 1966 und der „Internationalen Konvention über den Schutz der Rechte aller ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienmitglieder“ von 1990 ist Deutschland die Verpflichtung eingegangen, gesellschaftliche Diskriminierung mit allen geeigneten Mitteln zu unterbinden. Dies schließt eine Anpassung der Rechtsvorschriften mit ein. Auch im Hinblick darauf stellt sich die Frage nach der Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes.
Zahlreiche Studien belegen, daß in der Bundesrepublik weder die straf- noch die zivilrechtlichen Mittel, mit denen sich Migranten gegen gesellschaftliche Diskriminierung zur Wehr setzen könnten, einen ausreichenden Schutz vor Diskriminierung bieten. Zentrale Norm in Deutschland ist Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes (GG), der allerdings das Merkmal „Nationalität“ nicht als verbotenes Differenzierungskriterium enthält. Das bedeutet, daß eine ungleiche Behandlung aufgrund einer anderen Nationalität als erlaubt gilt. Darin tritt uns die Tatsache entgegen, daß nach Max Weber jede Gesellschaftsbildung durch eine „soziale Schließung“ gekennzeichnet ist. Dies gilt um so mehr für den modernen Nationalstaat, der gerade auf der Etablierung eines etatistischen Unterschieds, der Ein- und Ausgrenzung und der damit verbundenen Identifizierung von „Staatsbürgern“ und „Ausländern“ basiert.
Dies führt zu der Situation, daß die Diskriminierung von „Ausländern“ – die zu einem Drittel in der Bundesrepublik geboren wurden und zu mehr als zwei Drittel länger als fünfzehn Jahre in Deutschland leben – gesetzlich vorge-



schrieben ist, zum Beispiel durch das Ausländerrecht. Außerdem entfaltet Art. 3 Abs. 3 GG im Privatrechtsverkehr nur eine mittelbare Wirkung, d.h. daß sich das Opfer einer Diskriminierung, die im privatrechtlichen Bereich erfolgte, nicht direkt einen Anspruch daraus herleiten kann. Ein anwendbares Verbot von Diskriminierung im privatrechtlichen Bereich steht somit weiter aus.
Im arbeitsrechtlichen Sektor sind vor allem § 75 Betriebsverfassungsgesetz (BtrVG) und der ungeschriebene „Arbeitsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz" zu nennen. Diese Regelungen bieten allerdings ebenfalls nur begrenzten Schutz, weil sie weder ein konkretes Diskriminierungsverbot noch konkrete Rechtsfolgen normieren. Seit einiger Zeit gibt es im Versicherungsvertragsgesetz gesetzliche Verbote von Diskriminierung für das Versicherungswesen. Dies war eine Konsequenz von Diskriminierungen nichtdeutscher Staatsangehöriger bei der Pflichtversicherung für Kraftfahrzeuge, die u.a. in erhöhten Tarifen und ungerechtfertigten Vertragskündigungen bestand. Teile der Gewerbeordnung verbieten Diskriminierungen beim Zugang zu Gaststätten, was aber in der Regel nicht befolgt wird. Strafrechtliche Vorschriften können für diese alltägliche Diskriminierungen kaum herangezogen werden, da diese nur schwerste Delikte wie z.B. Volksverhetzung gem. § 130 Strafgesetzbuch (StGB) erfassen.

Eine Aufteilung der Antidiskriminierungsvorschriften in verschiedene Gesetze hat Unsicherheit in der Rechtsanwendung dieser Vorschriften zur Folge und wird somit dem beabsichtigten Rechtsschutz nur in geringerem Maße gerecht. Ein Antidiskriminierungsgesetz hätte den Vorteil, daß es eine klare und einheitliche Regelung für den Bereich der gesellschaftlichen Diskriminierung gegen Migranten schaffen und somit die Anwendbarkeit der Normen für die Justiz wesentlich erleichtern würde. Dies wäre ein Beitrag zur Rechtsklarheit von Antidiskriminierungsregelungen und bedeutete einen effektiveren Rechtsschutz für Diskriminierte.
Im Parlament liegen inzwischen drei entsprechende Gesetzentwürfe vor, der erste von der PDS, der zweite wurde von Bündnis 90/ Die Grünen eingebracht und der dritte aus Teilen der SPD-Fraktion. Aus politischer Sicht könnte die Legislative mit einem Antidiskriminierungsgesetz zumindest durch einen symbolischen Akt zeigen, daß sie mit den ihr zur Verfügung stehenden gesetzgeberischen Mitteln Diskriminierung verhindern will. Auch bei aller Skepsis gegen die erzieherischen Möglichkeiten des Rechts soll die Wirkung einer klaren und einheitlichen Rechtslage auf das Rechtsbewußtsein der Bürger nicht zu gering erachtet werden. Allerdings dürfte nur ein klares und eigenständig geregeltes Gesetz zur Schärfung des Unrechtsbewußtseins der Bürger beitragen. Da, wie bereits erwähnt, mehrere Länder der Europäischen Union ein Antidiskriminierungsgesetz erlassen haben, wäre die Verabschiedung eines solchen Gesetzes in der Bundesrepublik auch im Hinblick auf einen einheitlichen europäischen Standard erstrebenswert.
Allerdings wäre es als wirksamste Antidiskriminierungsmaßnahme wünschenswert, dauerhaft in Deutschland lebende nichtdeutsche Staatsangehörige den deutschen Staatsbürgern rechtlich gleichzustellen. Zumindest wäre es dringend vonnöten, direkt diskriminierende Gesetze und deren bürokratische Ausführungsbestimmungen abzuschaffen. Dies wäre ungleich wichtiger, als alle wie immer wohlgemeinten Antidiskriminierungsgesetze und Antidiskriminierungsmaßnahmen, deren positive Wirkung und Diskriminierung abbauende Effekte am Ende doch fraglich bleiben. Illiberalität kann nicht mit Illiberalität kuriert werden.

Werner Winter,
Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung

Literatur

Babing, Alfred, 1993: Diskriminierungen im Osten Deutschlands, in: Senatsverwaltung für Soziales/Ausländerbeauftragte des Senats (Hg.), S. 7-14.
Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (Hg.), 1995: Diskriminierung von Ausländern in der KFZ-Versicherung. Mitteilungen. Bonn.
Beijl, Rogers Zegers de, 1993: Wenn auch gleich vor dem Gesetz ... Der Geltungsbereich des gesetzlichen Diskriminierungsverbots und seine Wirkung auf die Diskriminierung der Wanderarbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt des Vereinigten Königreichs, der Niederlande und Schwedens, in: Senatsverwaltung für Soziales/Ausländerbeauftragte des Senats (Hg.), S. 65-114.
Forbes, I./ Mead, G., 1992: Measure for Measure. A comparative Analysis of Measures to combat Racial Discrimination in the Member Countries of the European Community. Southampton.
Keskin, Hakki, 1993: Diskriminierung im Westen Deutschlands, in: Senatsverwaltung für Soziales/Ausländerbeauftragte des Senats (Hg.), S. 15-20.
Senatsverwaltung für Soziales/Ausländerbeauftragte des Senats (Hg.), Schutzgesetze gegen ethnische Diskriminierung. Internationale Konsultation der Evangelischen Akademie Tutzing und der Ausländerbeauftragten des Senats von Berlin. März/April 1992. Dokumentation. Berlin.







Wir sollten mehr

Antirassismus in den USA

Per E-Mail und Uni-interner Post erhielten afroamerikanische Dozenten und Vertreter schwarzer Studentenorganisationen am 16. November rassistische Todesdrohungen. Ort des Geschehens: Die „University of Maryland" in College Park, nur ein paar Meilen außerhalb der Hauptstadt Washington. Im Laufe dieses Jahres wurden an der Universität ungefähr ein Dutzend „Hate Crimes" registriert, ohne nennenswerte Reaktion der Univerwaltung. Aber die Todesdrohungen haben die ganze Uni aufgerüttelt, 2000 Menschen kamen zu einer antirassistischen Kundgebung auf dem Campus.
Juliana Njoku, die erste schwarze Vorsitzende der Studentenvertretung (sie bekam selbst einen Drohbrief) sprach allen aus der Seele, als sie den anonymen Schreiber verurteilte: „Mit Deinem ignoranten Brief hast Du nur erreicht, daß die verschiedenen Gruppen auf diesem Campus endlich aktiv werden." Während durch Haß motivierte Gewalt (insbesondere Gewalt mit Todesfolge) gegen „People of Color", Immigranten, Juden, Schwule und Lesben in den USA landesweit ansteigt, ist die Reaktion oft eine riesige Welle der Unterstützung für die Opfer solcher Gewalttaten. Antirassistische Demonstranten haben kleinere rassistische Kundgebungen z.B. in New York und Washington, D.C., verhindert. Im amerikanischen Kongreß gab es eine scharfe Auseinandersetzung darüber, wie schwer solche Straftaten, „Hate Crimes" genannt, bestraft werden sollen. Was aber in der Debatte völlig fehlt, ist der Versuch, zu erklären, warum die rassistische Gewalt ansteigt und wie sich die extreme Rechte entwickelt. Es wird auch viel zu wenig darüber geredet, wie Prävention in den Schulen, den Medien, und der ganzen Gesellschaft rassistisches Überlegenheitsdenken angreifen kann.
Die extreme amerikanische Rechte nimmt weltweit in der Entwicklung von „leaderless resistance" eine Führungsposition ein. Die US-Gesellschaft sträubt sich jedoch, zwei und zwei zusammenzuzählen und zuzugeben, daß es eine florierende neofaschistische Bewegung im eigenen Land gibt. Zwar hat kürzlich eine Reihe rassistischer Morde, Synagogenbrandstiftungen und gegen Immigranten gerichteter Gesetzesinitiativen die jüdischen, schwul-lesbischen und progressiven Communities aufgerüttelt. Aber insgesamt sind die rechten, organisierten Kräfte doch weitgehend unbekannt, die hinter solchen Verbrechen und Vorhaben stehen (und die damit andere, unorganisierte Rassisten zu Nachahmungstaten motivieren).
Der Aufstieg der rassistischen Bewegung ist bedrohlich, aber eine weit größere Herausforderung liegt in der Verbindung zwischen dem überlieferten, institutionellen Rassismus und dem Übergreifen der Ziele der Rassisten auf die politische Mitte der Gesellschaft. Anzeichen dafür gibt es viele: Die Zurücknahme von „Affirmative Action", gegen Immigranten gerichtete Gesetze, aber auch, daß „People of Color" überdurchschnittlich von Verarmung, Gefängnisstrafen und dem Ausschluß von sozialen Leistungen (Schulbildung, Gesundheitsversorgung) betroffen sind. All dies stellt für die US-Gesellschaft eine weit größere Gefahr dar als die Mobilisierung faschistischer Gruppen.
Die meisten US-Bürger wissen nur wenig über faschistische Organisierung. Vor diesem Hintergrund ist es beachtlich, wieviel mehr an antirassistischer Aufbauarbeit und Dialog zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen es jetzt gibt als früher. In der Mainstreamkultur sind antirassistische Einstellungen und Toleranz sichtbarer als früher (wobei Mainstream hier weiße Kultur mit Verbindungen und Überlappungen zu jüdischen, afroamerikanischen, Latino-, asiatischen und indianischen Bevölkerungen bedeuten soll.)
Diese Strömung für Toleranz ist keine fest organisierte politische Bewegung, sondern ein breites Spektrum von

den Tätern auf die Pelle rücken...
...auf nach Grevesmühlen

FREE SAFWAN EID!

31. Aug. '96 • 13⁰⁰ • DEMO
Grevesmühlen (Bahnhof)





Zusammenarbeiten

Communityorganisationen, Erziehern, Lehrern und anderen ganz normalen Leuten, die sich gegen Rassismus, Heuchelei, Homophobie, Gewalt (auch Gewalt in der Ehe) zur Wehr setzen. Es ist zwar wahr, daß Weiße, die in multiethnischen Gruppen und Koalitionen mitarbeiten, in der Minderheit sind. Aber dadurch, daß sie dazu beitragen, Koalitionen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen aufzubauen und gegenseitigen Respekt zu fördern, üben sie einen gewissen Einfluß auf das weiße Amerika aus.
In vielen, vor allem städtischen Communities, sind multikulturelle Ideale populär, während gleichzeitig kulturelle Identität eine zentrale und manchmal widersprüchliche Rolle spielt. Neue, nach Mathew Shepard und James Byrd Jr. benannte Stiftungen sind in der Öffentlichkeit gut angenommen worden. Die James-Byrd-Jr.-Stiftung wird zu Rassismus und Problemen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen in Gefängnissen arbeiten. In Washington ist zu Ehren eines antirassistischen Jugendlichen, der ebenfalls in diesem Jahr ermordet wurde, der „Ray Davis Memorial Fund“ gegründet worden.

In vielen, vor allem städtischen Communities, sind multikulturelle Ideale populär, während gleichzeitig kulturelle Identität eine zentrale und manchmal widersprüchliche Rolle spielt

Andere Gruppen, wie z.B. das „National Coalition Building Institute“, das „People's Institute for Survival and Beyond“ und das „Institute for MultiRacial Justice“ organisieren antirassistische Workshops und Veranstaltungen im ganzen Land. Das „Network of Educators on the Americas“ wurde in den 80ern gegründet, um über die US-Intervention in Zentralamerika aufzuklären. Aus Anlaß der 500-Jahr-Feier der „Entdeckung“ Amerikas durch Columbus verbreitete die Organisation alternative Unterrichtsmaterialien. Mittlerweile hat sich das Network zu einem anerkannten Informationszentrum für Lehrer weiterentwickelt, die antirassistische Unterrichtsreihen durchführen.
Daneben gibt es verschiedene neue Zeitschriften, so zum Beispiel „Common Quest“ (über die Beziehungen zwischen Afroamerikanern und Juden), „Color Lines“ (über „race“, Kultur und politische Aktion), sowie „Souls“, ein Blatt, das sich mit afroamerikanischer Politik, Kultur und Gesellschaft auseinandersetzt. „Black Issues in Higher Education“ ist schon seit langem eine wichtige Zeitschrift für „People of Color“ im Universitätsbetrieb. Sie analysiert die Beziehungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen und die Universitätslehre und -forschung zu dieser Frage. Vor kurzem veröffentlichte sie einen Artikel zu „Whiteness“ als neuem Studiengebiet. Die genannten Publikationen sind wichtige Materialquellen für Antirassisten.
Aber auch Kabel- und öffentliche Fernsehsender sind zu einer wichtigen Quelle alternativer Nachrichten geworden. Das „Institute for Alternative Journalism“ in San Francisco fungiert als Dachorganisation für viele der alternativen Medien. Wohl die spannendste und vielleicht wichtigste Entwicklung ist, daß viele Jugendliche im ganzen Land aktiv werden. Das reicht von ehrenamtlicher Arbeit in sozialen Einrichtungen der verschiedenen Communities bis zu radikaleren Inhalten, etwa in der Antirassismusarbeit oder bei Schwulen- und Lesben-Solidaritätsgruppen. Andere Jugendliche arbeiten für Schülerrechte, gegen Sweatshops, oder sie unterstützen politische Gefangene und organisieren gegen Gefängnisse. Es gibt eine Menge solcher Ansätze, auch wenn sie in der Öffentlichkeit nicht oft bekannt werden.
Besonders gut läßt sich in Kalifornien verfolgen, wie junge Leute rassistische Erziehung, Immigrationspolitik und das Straf- und Gefängnissystem in Frage stellen. Durch ihre politischen Aktionen und Positionen haben sie die progressive Bewegung unglaublich vorangetrieben. Als Bei-







spiele für diese Gruppen seien hier „YO!" (Youth Outlook) in San Francisco und „Operation Understanding" in Washington, D.C., genannt. „YO!" ist ein Programm des „Pacific News Service" und gibt ein wöchenliches Infoblatt namens „Beat Within" heraus. In „Beat Within" schreiben Teenager, die im Großraum San Francisco im Gefängnis sitzen. Produziert wird das Blatt von Jugendlichen draußen. „Operation Understanding" arbeitet mit Gruppen, die zu gleichen Teilen aus afroamerikanischen und jüdischen Schülern bestehen. Ziel des einjährigen Lehrgangs ist es, über die jeweils andere Kultur zu lernen und die Schüler in Menschenrechtsarbeit einzuführen.

Es gibt auch eine Reihe Organisationen, die zur extremen Rechten und zur rassistischen Bewegung Dokumentationen erstellen, Menschen ausbilden, sowie Bündnisse und Wählerinitiativen ins Leben rufen. Das „Western State Center" zum Beispiel hat rassistische Bürgerbegehren in einigen der nordwestlichen Bundesstaaten verhindert. Die „Coalition for Human Dignity" in Portland, Oregon, organisiert Trainings und produziert Informationsmaterial über Gruppen, die sich gegen Indianer und Immigranten richten. Die gleiche Organisation beobachtet auch rassistische Organisationen wie z.B. Skinheadgruppen.

Antirassistische Kollektive gibt es in vielen Städten der USA. Das „Institute for Research and Education on Human Rights" in Kansas City, Montana, und „Public Resource Associates" in Cambridge, Massachusetts, beobachten die extreme Rechte und bieten landesweit Trainings und Informationsmaterialien an. Daneben gibt es eine Reihe von jüdischen antirassistischen Organisationen, das „Arab-American Anti-Discrimation Committee", das „Center for Democratic Renewal" und das „Southern Poverty Law Center", die ebenfalls eine Menge verschiedener Dienstleistungen und Ressourcen anbieten. Doch leider sind diese antifaschistischen Gruppen zu schwach, um über die Grenzen ihrer jeweiligen Communities hinaus wirksam zu werden. Selbst innerhalb der Communities ist es schwierig, ein wirkliches Verständnis der rassistischen Bewegung zu entwickeln. Aber gerade angesichts der Organisierung der extremen Rechten ist es notwendig, mehr Menschen auch aus anderen Kreisen anzusprechen, auszubilden und einzubeziehen. Nur so kann die antirassistische Bewegung über bloße gefühlsgeladene, von Abscheu geprägte Reaktionen anläßlich von Ku-Klux-Klan Kundgebungen und rassistischen Angriffen hinauskommen.

In Deutschland werden Jugendliche oft zuerst AntifaschistInnen und lernen dann, sich gegen Rassismus zu stellen. In den USA läuft dieser Prozeß meist umgekehrt.

Die Linke in den USA krankt seit langem an folgendem Dilemma: Es gibt zwar einerseits eine Menge unterschiedlicher Gruppen in den verschiedenen Communities, es wird aber andererseits zu wenig über die Grenzen der verschiedenen Organisationen mit ihren unterschiedlichen Zielen hinweg zusammengearbeitet. Das ist besonders bei der Organisierung gegen faschistische Gruppen ein großes Manko.

In Deutschland werden Jugendliche oft zuerst Antifaschisten und lernen dann, sich gegen Rassismus zu stellen. In den USA läuft dieser Prozeß meist umgekehrt. Aber trotz der oft brutalen rassistischen Realität gibt es in diesem Land einen mehrheitlichen kulturellen Konsens, der die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen akzeptiert oder zumindest toleriert. Einen solchen Konsens scheint es in Deutschland nicht zu geben.

Dieser Artikel beabsichtigt jedoch nicht, das Rassismusproblem in den USA zu verniedlichen oder gar zu ignorieren. Es wäre falsch, ein optimistisches Bild zu entwerfen, denn unser Rassismusproblem ist tiefgreifend und bösartig, und das politische Spektrum bewegt sich immer weiter nach rechts. Mehrere hundert Jahre institutionellen, kulturellen und zwischenmenschlichen Rassismus haben die ameri-







kanische Gesellschaft von Grund auf geprägt und werden auch nicht so bald überwunden sein. Aber unter uns gibt es viele, die Rassismus, Heuchelei und weißes Überlegenheitsdenken angreifen und irgendwann überwinden wollen. Für Antirassisten in Deutschland und den USA gibt es viele Berührungspunkte. Die faschistische Bewegung ist international gut organisiert; besonders zwischen Deutschland und den USA gibt es viele rechte Kontakte: Amerikanische Ku-Klux-Klan Leute stehen darauf, sich mit ihren Roben im Schwarzwald fotografieren zu lassen, während deutsche Nazi-Skinheads in die USA kommen, um mit automatischen Waffen zu posieren. Doch die Verbindungen reichen tiefer: Rassistische Musikverlage und Propaganda bringen Millionen von Dollar für die faschistische Bewegung ein. Die Strategien der Rechten in beiden Ländern sind eng koordiniert. Um die extreme Rechte anzugreifen, aber auch, um voneinander zu lernen, ist es unbedingt notwendig, zwischen Deutschland und den USA antirassistische Zusammenarbeit aufzubauen.

Howard Zinn, ein prominenter linker Historiker, sagte kürzlich, daß die Herausforderung für die Zukunft darin liege, die progressiven sozialen Bewegungen zu globalisieren. Besuchs- und Austauschreisen, antirassistische Konzerttourneen, sowie allgemein eine bessere Ausbildung und ein besserer Informationsaustausch zwischen beiden Ländern sind notwendig, um die extreme Rechte anzugreifen und Solidarität aufzubauen. Zwar sind sich Menschen in den USA der Situation in Deutschland meist wenig bewußt, doch liegt das nicht am mangelnden Interesse, sondern am mangelnden Wissen. Wir sollten zusammenarbeiten, um das zu ändern.

Douglas Calvin, Washington

(Douglas Calvin ist Direktor des „Youth Leadership Support Network" (YSLN) in Washington, D.C. Das YSLN fördert antirassistische Ressourcen, Unterrichtsinhalte, Archive, Trainings- und Kulturveranstaltungen. Vor kurzem hat das YSLN eine Reihe von Veranstaltungen für Mitglieder des deutschen „Antifa-Infoblatts" in Washington und West Virginia organisiert.)

Kontaktadressen:

Black Issues in Higher Education, 10520 Warwick Ave. Suite B-8, Fairfax, VA 22030, Telefon (703) 385-2981

Coalition for Human Dignity, P.O. Box 21266, Seattle, WA 98111, Telefon (206) 233-9775

Color Lines, 4096 Piedmont Ave, #319, Oakland, CA 94611, Telefon (510) 653-3415

Common Quest, Box 781, Howard University, Washington, DC 20059, Telefon (202) 806-6705

Institute for MultiRacial Justice, 522 Valencia St, San Francisco, CA 94110

NECA/Teaching for Change, P.O. Box 73038, Washington, DC 20056, Telefon (202) 588-7204, www.teachingforchange.org

Operation Understanding, 3000 Connecticut Ave NW, Suite 335, Washington, DC 20008, Telefon (202) 234-6832

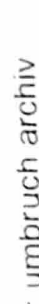
Pacific News Service/YO! (Youth Outlook), 660 Market St, Suite 210, San Francisco, CA 94104

Ray Davis Memorial Fund, c/o the Davis Family, 7904 Inverness Ridge Rd, Potomac, MD 20854

Souls Magazine, c/o Westview Press, 5500 Central Ave, Boulder, CO 80301

Youth Leadership Support Network, P.O. Box 5372, Takoma Park, MD 20913, Telefon (202) 882-8677, E-Mail <lunasol@igc.org>

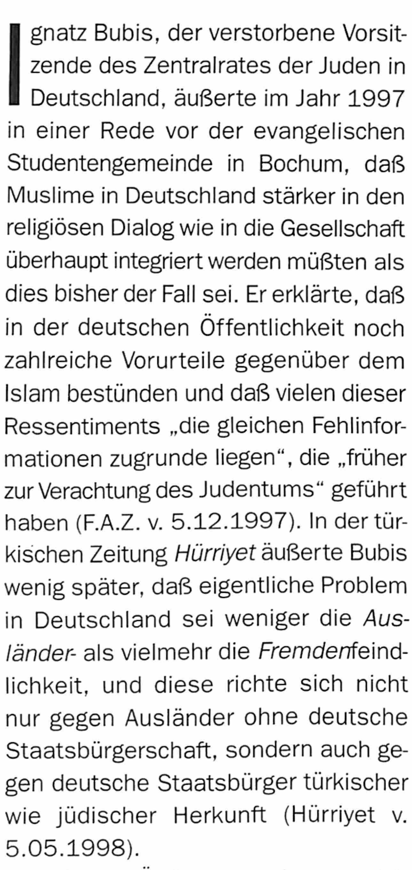



Foto: umbruch archiv

Antisemitismus, Philosemitismus und Islamfeindlichkeit

Ein Vergleich ethnisch-religiöser Medienbilder





Ignatz Bubis, der verstorbene Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, äußerte im Jahr 1997 in einer Rede vor der evangelischen Studentengemeinde in Bochum, daß Muslime in Deutschland stärker in den religiösen Dialog wie in die Gesellschaft überhaupt integriert werden müßten als dies bisher der Fall sei. Er erklärte, daß in der deutschen Öffentlichkeit noch zahlreiche Vorurteile gegenüber dem Islam bestünden und daß vielen dieser Ressentiments „die gleichen Fehlinformationen zugrunde liegen", die „früher zur Verachtung des Judentums" geführt haben (F.A.Z. v. 5.12.1997). In der türkischen Zeitung *Hürriyet* äußerte Bubis wenig später, daß eigentliche Problem in Deutschland sei weniger die *Ausländer-* als vielmehr die *Fremden*feindlichkeit, und diese richte sich nicht nur gegen Ausländer ohne deutsche Staatsbürgerschaft, sondern auch gegen deutsche Staatsbürger türkischer wie jüdischer Herkunft (Hürriyet v. 5.05.1998).

Aus diesen Äußerungen lassen sich wissenschaftlich wie gesellschaftlich relevante Fragestellungen ableiten:

- Untersuchungen, die sich mit den Problemen der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus in Massenmedien beschäftigen, müssen sich über ihren Gegenstand klarer werden. Werden „Ausländer" in der deutschen Öffentlichkeit als kollektives Ganzes wahrgenommen, oder zählt das Ausmaß ihrer kulturellen „Fremdheit", und wenn ja, wie sind die spezifischen Bildkomplexe einzelner ethnischer oder religiöser Minderheiten (wie Muslime und Juden) beschaffen?
- Bubis Bemerkungen werfen zudem die Frage auf, ob sich Medienberichterstattung und Öffentlichkeitsbilder einzelner ethnischer/religiöser Minderheiten wie Juden und Muslime vergleichen lassen, und ob aus dieser Komparatistik Rückschlüsse auf gesellschaftliche Entstehungsbedingungen und Wirkungen von Medienbildern gezogen werden können.

Der folgende Beitrag widmet sich vor allem der vergleichenden Untersuchung von Fremdbildern in Medien und Öffentlichkeit. Nach einer einleitenden Darstellung der Forschung zum Islambild in deutschen Medien wird der Frage nachgegangen, inwieweit das Bild der Juden und Muslime in deutschen Medien strukturelle Ähnlichkeiten aufweist.

Die Erforschung des Islambildes der Massenmedien

Die Wahrnehmung des Islam, der Muslime, des Orients oder der Türken in deutschen Medien ist mittlerweile zu einem gesellschaftlich beachteten Themenkomplex avanciert. Auch die Zahl der wissenschaftliche Publikationen zum Islambild sowie zum Türkeibild in deutschen Medien hat zugenommen. Auffällig ist, daß diese Untersuchungen nicht von der klassischen Rassismusforschung sondern überwiegend in den Reihen der Islamwissenschaft, der Religionswissenschaft oder der auf den Nahen Osten spezialisierten Politikwissenschaft angefertigt worden sind.

Der Antisemitismusforscher Werner Bergmann hat darauf hingewiesen, daß ungeachtet des häufigen Gebrauchs des Begriffs „Ausländer" die „Bevölkerung deutlich zwischen verschiedenen Nationalitäten innerhalb der Gastarbeiterschaft unterscheidet," insbesondere zwischen denjenigen Minderheiten, die bereits längere Zeit in Deutschland leben, und den erst kurze Zeit Anwesenden, etwa den Asylbewerbern. Antisemitismus ist, so Bergmann, in der jüngeren deutschen Generation heute weniger stark ausgeprägt als Vorurteile und Aversionen gegen Türken, Muslime und Asylanten (Bergmann 1994, S. 69–71). Bergmanns Annahme läuft auf die Erkenntnis hinaus, daß die in der Sozialgeschichte unterschiedenen „alten" und „neuen Minderheiten" (Makielski 1981) – in der Wahrnehmung von Öffentlichkeit und Medien unterschiedlich bewertet werden. Dies ist plausibel, weil angenommen werden kann, daß das Maß an Gewöhnung der Mehrheit und/oder Anpassung der Minderheit im Laufe der Zeit und Generationen in der Regel zunimmt und damit ethnische oder religiöse Erkennbarkeit und Friktionen abnehmen,

Von Bedeutung ist es insgesamt, das Spannungsverhältnis zwischen allgemeinen und spezifischen Zügen des Öffentlichkeitsbildes zu ermitteln, wobei das Spezifische im Fall des Islamwie des Judenbildes eine stabile, nicht durch Generationen der Einwanderung ausdünnbare Größe darstellt, da es sich um Angehörige nicht-christlicher Religionen handelt, deren Religionszugehörigkeit ein dauerhaftes Erkennungsmerkmal darstellt, das für Fremdheitszuschreibungen zugänglich ist. Insgesamt: Auf der Medienagenda steht derzeit nicht nur das Fremde schlechthin, sondern in besonderem Maß das islamisch-orientalisch oder islamisch-türkische Fremde.

Einige durch empirische Untersuchungen gestützte Kernthesen der Islambildforschung lauten:

• In der deutschen Öffentlichkeit wird der Islam mit repressiven, modernitäts- und frauenfeindlichen Anschauungen gleichgesetzt, obwohl neben reaktionär-dogmatischen auch liberale und tolerante Interpretationen des Islam existieren.

• Eine Unterscheidung zwischen extremistischen und moderaten Formen des islamischen Fundamentalismus, der das Ziel einer Vereinigung von Politik und Religion verfolgt, ist in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbekannt.

• Die öffentliche Meinung tendiert zur Dekontextualisierung des Fundamentalismus, dessen äußere Erscheinungsformen (wie etwa Terrorismus) die Diskussion über gesellschaftliche Ursachen in den Hintergrund drängen. Es dominiert eine Tendenz zur Erklärung sozialer Bewegungen mit normativ-religiösen Argumenten.

• Der Islam erscheint in der Öffentlichkeit in wachsendem Maß als eine Form der Politik statt als Religion. Minderheitenphänome des politischen Islam stehen im Mittelpunkt, religiöskultische und nativistische Massenphänomene des orthodoxen oder Volksislam hingegen werden weitgehend übersehen.

Auf das Medienbild der in Deutschland lebenden muslimischen Migrant(inn)en (Pinn 1997) hat sich in hohem Maß ein Islambild übertragen, das exogenen Ursprungs und dem extremistischen Fundamentalismus insbesondere im Nahen und Mitteleren Osten sowie in Nordafrika verbunden ist. Zu den meistberichteten Themen gehören:

• *Gewaltfragen:* Islamischer Extremismus in Deutschland ist ein verbreiterter Medientopos, obwohl es bisher nicht einen einzigen Terroranschlag islamischer Couleur hierzulande gegeben hat. Auch wenn eine politische Radikalisierung mancher Jugendlicher (Heitmeyer 1997) oder bestimmter politisch-islamischer Gruppierungen wie Milli Görüs erkennbar ist, besteht die Gefahr, daß ähnlich wie im Fall der Fundamentalisten weltweit oder des Neonazis Kühnen in Deutschland (Butterwegge 1995) die Medien durch übergroßes Interesse Radikalisierungsphänomene künstlich verstärken.

• *Glaubensfragen (und soziale Konflikte):* Die Medien berichten nachhaltig über Moscheebauprojekte, wobei das Interesse weniger dem Moscheebau als solches als dem in diesen Fragen teils realen, teils inszenierbaren sozialen Konflikt mit dem nicht-muslimischen lokalen Umfeld gilt (Dietzsch u.a. 1997). Hingegen werden die problemfreieren, im Alltag dennoch zahlreichen Formen interreligiöser Begegnung in und zwischen Kirchen- und Moscheegemeinden wenig beachtet.

• *Kleidung und Sitten:* Insbesondere das Kopftuch gilt als zentrales Erkennungssymbol der neuen Minderheit, aber auch als Symbol der kulturellen Differenz „des Islam" und „der Muslime" statt als Zeichen eines wertkonservativen Weltverständnisses, wie es nicht allein dem Islam vorbehalten ist.

• *Religionsunterricht:* Die Frage der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts gehört zu den in jüngerer Zeit zunehmend berichteten Themen, wobei die berechtigte Frage der religiösen Autorität zur Konzeption eines solchen Unterrichts im islamischen Lager (Mangels kirchlicher Strukturen) weniger im Zusammenhang mit der Frage der religiösen Gleichstellung des Islam in Deutschland und vielmehr in bezug auf eine Furcht vor dem Einfluß extremistischer Kräfte gestellt worden ist.

Kultureller Differentialismus, das heißt die Annahme einer unüberbrückbaren kulturellen, religiösen und menschlichen Differenz zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen (Hafez 1997b, S. 190ff.), sind in der Regel *nicht* begleitet von einem nordischen Rassismus. Dennoch muß man von einer gefährlichen Übereinstimmung differentialistischer Islambilder in *mainstream* Medien und in der rechtsradikalen legalen und illegalen Presse sprechen. Die Titelgeschichte „Gefährlich fremd" des *Spiegel* (Der Spiegel v. 14.04.1997), in der das Scheitern der multikulturellen Idee in Deutschland attestiert wird, ist von der rechtsradikalen Zeitschrift *fakten* unter der Überschrift „Na also!" nachgedruckt worden (fakten 4/1997).

Auf der Medienagenda steht derzeit nicht nur das Fremde schlechthin, sondern in besonderem Maß das islamisch-orientalische oder islamisch-türkische Fremde.

Man wird der deutschen Gesellschaft nicht gerecht, wenn man sie per se als islamfeindlich bezeichnet. Im Gegenteil ist Deutschland heute eines derjenigen Länder mit der stärksten Kritik an überholten Islamvorstellungen in der westlichen Welt. Viele Künstler, Wissenschaftler, Politiker, Kirchen, aber eben auch manche kritischen Journalisten, haben das Problem erkannt und gehen dagegen vor. Der Materie wird man auch nicht gerecht, wenn man verschweigt, daß die Negativbilder des Islam sich gelegentlich von realen Tatbeständen nähren. Bestimmte Formen der Auslegung des Islam *sind* frauenfeindlich, *sind* dogmatisch und *sind* archaisch. Das Negativbild des Islam ist nicht deshalb zu kritisieren, weil es diese Punkte benennt, sondern weil es unausgewogen ist, Positives verschweigt und sich beharrlich weigert, den Anteil der Muslime an Ökonomie, Politik und Kultur des zeitgenössischen Deutschland anzuerkennen.

Antisemitismus, Philosemitismus und Islamfeindlichkeit in den Medien

Juden und Muslime können als „alte" und „neue" Minderheiten nicht ohne weiteres gleichgesetzt werden, dafür ist ihre gesellschaftliche Stellung zu unterschiedlich. Während der Tatsache, daß fünfzig bis sechzig Jahre nach dem Holocaust wieder Juden in Deutschland leben, von weiten Teilen der Gesellschaft positiv begegnet wird, sind muslimische „Gastarbeiter" weit weniger sozial geachtet. Trotz der Un-





terschiede existieren jedoch zahlreiche Gemeinsamkeiten und Parallelen im Öffentlichkeits- und Medienbild von Juden und Muslimen.

Ist Islamfeindlichkeit eine neue Form des Antisemitismus? Wo liegen also mögliche Parallelen im Bild der Juden und Muslime, wie es in Deutschland und anderen westlichen Staaten gepflegt wird? Einige Beispiele seien genannt:

• *Konstruktion des Fremden:* Untersuchungen über Antisemitismus in deutschen Massenmedien haben gezeigt: In Medien und Öffentlichkeit wird Juden in vielen Fällen mit positiven Stereotypen begegnet. Man betont, daß Juden häufig Intellektuelle, Künstler und fähige Geschäftsleute seien. Juden werden auch in hohem Maß mit religiösen Tatbeständen in Verbindung gebracht, etwa mit Synagogen, Rabbinern und koscherem Essen (Dichanz u.a. 1997, S. 29-31; vgl.a. Bergmann/Erb 1991, S. 117 ff). Hier wird ein Öffentlichkeitsbild konstruiert, das nicht berücksichtigt, daß die Mehrzahl der Juden auf der Welt mit diesen Dingen in ihrem täglichen Leben wenig zu tun hat und daß längst nicht jeder Jude sich koscher ernährt. Das Medien- und Öffentlichkeitsbild des Islam und der Muslime auf der anderen Seite, ist, wie oben aufgezeigt, nur durch wenige positive, dafür aber um so mehr negative Konstrukte gekennzeichnet. Beide Bildtypen – Fremdbilder mit positiver affektiver Ausrichtung der Juden und die Negativbilder des Islam – haben eine wesentliche Gemeinsamkeit: Sie schaffen die Vorstellung des Andersseins und des Fremdseins, weil sie Juden und Muslimen Eigenschaften zuordnen, die sie von der Mehrheit in Deutschland unterscheiden.

• *Ideologieverdacht:* Parallelen im deutschen Öffentlichkeitsbild von Juden und Muslimen zeigen sich häufig zeitversetzt und werden erst in historischer Perspektive erkennbar. Das Bild der Muslime *heute* ähnelt in erstaunlichem Maß dem der Juden im *19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.* Wie Juden früher sind Muslime gegenwärtig dem Verdacht ausgesetzt, über eine Ideologie – den Islam, insbesondere den politischen Islam – zu verfügen, die sie zur Vernichtung der westlichen

Juden und Muslime können als „alte" und „neue" Minderheiten nicht ohne weiteres gleichgesetzt werden ...

Kultur oder zur Eroberung des christlichen Abendlandes einsetzen. Während in den *mainstream* Massenmedien gegenwärtige philosemitische Bezüge überwiegen, hat sich der sogenannte „offene Antisemitismus" vom *mainstream* in die Medien der Rechtsradikalen verlagert, wo Motive der jüdischen Weltverschwörung und des destruktiven Einflusses des Judentums noch immer zu finden sind. Diese Motive stehen in weitgehender Analogie zum Bild der islamisch-fundamentalistischen Expansion und Blockbildung, die auch von *mainstream* verbreitet werden (vgl. Der Spiegel v. 6.1.1992 u. 20.1.1992).

• *Salonantisemitismus und gesellschaftsfähige Islamfeindlichkeit:* Kurt Lenk hat den Begriff des Salonantisemitismus für jene offene und gesellschaftlich anerkannte Form des Antisemtismus geprägt, in der Antisemitismus nicht versteckt sondern offen in europäischen Salons und intellektuellen Zirkeln des 19. und frühen 20. Jahrhunderts gepflegt wurde (Lenk 1994). Vorurteile und Abneigung gegenüber dem Islam sind heute ebenso salonfähig in Deutschland wie dereinst der Antisemitismus.

• Ein Vergleich mit rechtsradikalen Publikationen ergibt, daß diese kein eigenständiges Negativbild des Islam pflegen, sondern die Grundzüge des Islambildes in *mainstream* Medien und rechtsradikalen Medien – Fundamentalismus als universelles Bild, Extremismusverdacht, Konstruktion kultureller Differenz zwischen Islam und Westen usw. – stimmen weitgehend überein (Pinn 1999; Hafez 1997b).

Folgerungen aus der Komparatistik

Es ist zu fragen, ob sich aus dem Vergleich des Medienbildes von Juden und Muslimen in Deutschland Hinweise auf die Rolle der Medien im Prozeß der Integration beider religiöser Minderheiten ergeben.

Insgesamt zeigt sich einerseits, daß eine spezifische Medienkritik in Bezug auf das Islambild erforderlich ist und daß Parallelen im Juden- und Muslimbild analytisch aufschlußreich sein können, daß jedoch andererseits aus der Analyse entstehende Überlegungen zum Bildwandel sich an der gegenwärtigen sozialen Situation der Muslime in Deutschland orientieren müssen. Die Medienkritik in bezug auf das Islambild muß daher spezifische Vorschläge für den Bildwandel entwickeln und kann sich nicht auf das historische Vorbild der Juden in Deutschland stützen. Dabei muß insbesondere der Mangel an historischer Legitimität, der im Vergleich zu den Juden besteht, durch eine soziale Bewegung, durch Kritik insbesondere der türkisch-muslimischen Minderheiten und der Konsumenten an den Medien – etwa nach dem Vorbild der Bewegung der Afro-Amerikaner in den USA – ersetzt werden.

Diese Erkenntnis schließt nicht aus, daß sich dort, wo sich in der Gegenwart Parallelen im Juden- und Muslimbild zeigen – also insbesondere bei der Konstruktion des Fremden wie auch den Mechanismen der „Orientalisierung" – gemeinsame Aktionsformen anbieten. Gerade die vielen Parallelen im Öffentlichkeitsbild religiöser Minderheiten, auch wenn manche historisch versetzt in Erscheinung treten, weisen schließlich auf die allen gemeinsame Problematik der Fremdheit und der Fremdenfeindlichkeit. Es waren Ignatz Bubis, der verstorbene Vorsitzende des Zentralrats der Juden, und Nadeem Elyas, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, die im Januar 1999 anläßlich einer gemeinsamen Konferenz in Hamburg darauf hinwiesen, daß beide Minderheiten in Zeiten eines erstarkten Neonazismus gemeinsam Aufklärungsarbeit zu leisten hätten.

Kai Hafez

Anmerkungen

Der ungekürzte Text ist erschienen in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Fatma Sarigöz (Hg.), Medien und multikulturelle Gesellschaft, Opladen 1999, S. 122-135

Bibliographie

Ausländer und Massenmedien. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Bundeszentrale für politische Bildung, Vorträge und Materialien einer internationalen Fachtagung vom 2. bis 4. Dezember 1986: (1987). Bonn.

Der Islam in den Medien: (1994): Hrsg. vom Medienprojekt Tübinger Religionswissenschaft. Gütersloh.

Bergmann, Werner/Rainer Erb: (1991): Antisemtismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946-1989. Opladen.

Bergman, Werner: (1993): Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit – Eine empirische Untersuchung ihres Zusammenhangs. In: Hessler, Manfred (Hrsg.): Zwischen Nationalstaat und multikultureller Gesellschaft: Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin, S. 115-129.

Bergmann, Werner: (1994): Xenophobia and Antisemitism after the Unification of Germany. In: Patterns of Prejudice, Heft 1, S. 67-80.

Butterwegge, Christoph: (1995): Rechtsextremismus und rassistische Gewalt im Zerrbild der Medien. In: Ludwig-Körner, Christiane u.a. (Hrsg.), Frieden gestalten. Zur Theorie und Praxis der Friedensarbeit an Fachhochschulen. Münster, S. 49-68.

Dietzsch, Martin u.a. (Hrsg.): (1997): Der Ruf des Muezzin. Ein Lehrstück über die Neigung deutscher BürgerInnen, eine Religion als Anlaß zu rassistischer Diskriminierung zu mißbrauchen statt religiöse Toleranz zu üben. Eine kommentierte Dokumentation des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung DISS. Duisburg.

Gökce, Orhan: (1988): Das Bild der Türken in der deutschen Presse. Eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung zum Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Turgut Özal im Herbst 1984 in der Bundesrepublik Deutschland. Gießen.

Gür, Gürsel: (1997): Das Türkeibild in der deutschen Presse unter besonderer Berücksichtigung der EU-Türkei-Beziehungen. Eine Inhaltsanalyse für den Zeitraum 1987–1995. Diss. Münster.

Hafez, Kai: (1996a): The Algerian Crisis as Portrayed in the German Press: Media Coverage of Political Islam. In: Communications/The European Journal for Communication Research, Heft 2, S. 155-182.

Hafez, Kai: (1996b): Salman Rushdie im Kulturkonflikt. Zum Problem der transkulturellen Kommunikation in der deutschen Presseberichterstattung. In: Orient, Heft 1, S. 137-161.

Hafez, Kai: (1996c): Das Islambild in der deutschen Öffentlichkeit. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 5, S. 426-432.

Hafez, Kai: (1997a): Dialog mit dem Islam. Die Debatte über Medien und Außenpolitik. In: Die Brücke, Heft 1, S. 56-59.

Hafez, Kai: (1997b): Öffentlichkeitsbilder des Islam. Kultur- und rassismustheoretische Grundlagen ihrer politikwisenschaftlichen Erforschung. In: Jäger, Siegfried u.a. (Hrsg.), Evidenzen im Fluß. Demokratieverluste in Deutschland. Duisburg, S. 188-204.

Heitmeyer, Wilhelm u.a.: (1997): Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland. Frankfurt.

Hippler, Jochen/Andrea Lueg (Hrsg.): (1993): Feindbild Islam. Hamburg.

Klemm, Verena/Karin Hörner (Hrsg.): (1993): Das Schwert des „Experten". Peter Scholl-Latours verzerrtes Araber- und Islambild. Heidelberg.

Lenk, Kurt: (1994): Der Antisemitismusstreit oder: Antisemitismus der „gebildeten Leute". In: ders., Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus. Baden-Baden, S. 195-205.

Makielski, Jr. S.J.: (1981): Beleaguered Minorities: Cultural Politics in America. San Francisco, CA.

Merten, Klaus (Hrsg.): (1986): Das Bild der Ausländer in der deutschen Presse. Ergebnisse einer systematischen Inhaltsanalyse. Frankfurt.

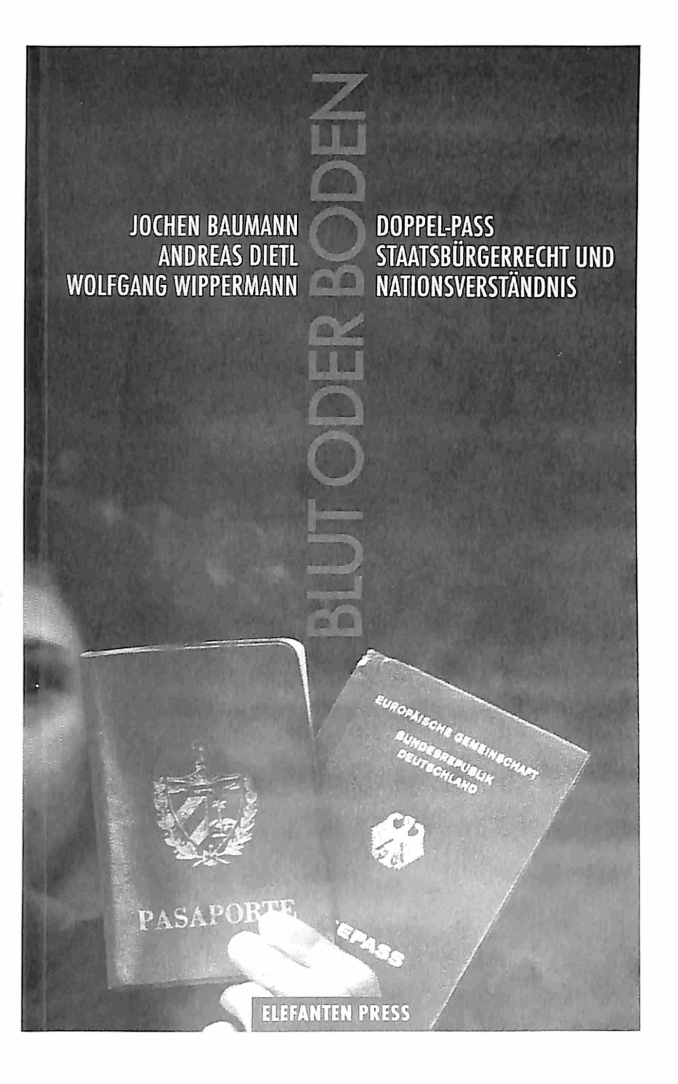
Pinn, Irmgard: (1997): Muslimische Migranten und Migrantinnen in deutschen Medien. In: Cleve, Gabriele u.a. (Hrsg.), Wissenschaft-Macht-Politik. Interventionen in aktuelle gesellschaftliche Diskurse. Münster.

Rotter, Gernot: (1992): Allahs Plagiator. Die publizistischen Raubzüge des „Nahostexperten" Gerhard Konzelmann. Heidelberg.

The other anti-Semitism: the Arab as Scapegoat: (1983): ADC Voice (summer).

Blut oder Boden

Doppel-Pass, Staatsbürgerrecht und Nationsverständnis



Die drei Autoren analysieren in ihrem Buch das deutsche Staatsbürgerrecht und das Nationenverständnis unter historischen, soziologischen und politologischen Aspekten und gelangen zu einem gemeinsamen Ergebnis: Daß Deutschland nach wie vor keine Staatsbürgernation ist, sondern eine „Blutnation", die sich durch die gemeinsame Abstammung definiert. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist also keine, und die Diskussion muß weiter gehen. Den gleichen Gedanken muß auch unser sozialdemokratischer Innenminister gehabt haben, allerdings könnten seine Redebeiträge zur Asyl-Debatte aus der Feder eines niederbayerischen Schreibtisch-Schwadronierers sein.

Am 31. Dezember 1842 trat in Preußen erstmalig an Stelle des bisherigen ius soli (Bodenrecht) das ius sanguinis (Blut- oder Abstammungsrecht) in Kraft. Fortan war die Vergabe des Staatsbürgerrechts an die deutsche Abstammung gekoppelt. Die Frage war zwar, wo dieses „Deutschland" lag und welche Territorien es umfassen sollte, aber dafür lieferte Ernst Moritz Arndt (nationaler Propagandist) schon 1813 die passende Definition. Alle Menschen, die über die deutsche Muttersprache verfügten (einschließlich der Schweiz und Österreich) seien als Deutsche zu bezeichnen. Allerdings wurde diese Aussage durch ein zweites Kriterium relativiert. Nach Arndt paßten die Juden nicht in die Welt der „richtigen Deutschen", da sie „fremd" und „orientalischer Herkunft" seien. Durch gemeinsame Abkunft und „reines" Blut definiert, setzte sich dieser deutsche Nationsbegriff im öffentlichen Diskurs durch. Die weitere Entwicklung dieser völkischen Gedanken fand dann in der NS-Zeit eine grausame Anwendung.

Die heutige Debatte wird vor dem Hintergrund weiter sinkender Asylbewerber-Zahlen geführt. In Deutschland kommt ein Asylbewerber auf 830 Einwohner, damit liegt die BRD an neunter Stelle in Europa. Trotzdem sind laut Herrn Schily die „Grenzen der Belastbarkeit durch Zuwanderung" überschritten und die geringe Quote von Asylanerkennungen sei nur dadurch begründet, daß 97 Prozent der Antragsteller „Wirtschaftsflüchtlinge" seien. Seit der Einführung der Freizügigkeit für Bürger der Europäischen Union haben Einbürgerungen und der Erwerb staatsbürgerlicher Rechte in einem einzelnen Staat der EU auch Auswirkungen auf die anderen Mitgliedsländer. Wer Bürgerrechte in einem Staat

Aus der Begründung der Bundesregierung für den Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 19.03.1999: „Ende 1998 lebten ca. 7,32 Millionen Ausländer in Deutschland, davon fast 51 v. H. mindestens zehn, mehr als 38 v. H. mindestens 15 und über 29 v. H. seit mindestens 20 Jahren..."

„An der Einbeziehung des auf Dauer in der BRD lebenden ausländischen Bevölkerungsanteils durch die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit besteht ein öffentliches Interesse schon deshalb, weil kein Staat es auf Dauer hinnehmen kann, daß ein zahlenmäßig bedeutender Teil seiner Bürger über Generationen hinweg außerhalb der staatlichen Gesellschaft steht und von den Rechten und Pflichten eines Bürgers gegenüber dem Staat ausgeschlossen bleibt."

Bundestag Drucksache 188/99

erlangt hat, kann sie auch in den anderen Staaten geltend machen. Die gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften über die Niederlassungsfreiheit in den EU-Staaten ermöglichen es z.B. einem eingebürgerten Einwanderer (auch mit doppelter Staatsangehörigkeit), sich in einem anderen Mitgliedstaat niederzulassen. Nimmt man die Ergebnisse des EU-Gipfels von Tampere, streben die Staats- und Regierungschefs ein „gemeinsames Europäisches Asylsystem“ an, das sich nicht nur auf die Genfer Flüchtlingskonvention stützt, sondern auf ihre „uneingeschränkte und allumfassende Anwendung“.

Jochen Baumann geht in seinem Beitrag der Frage nach, ob sich auf der gesamteuropäischen Ebene eher ius soli- oder ius sanguinis- Regelungen durchsetzen. In einem zweiten Schritt analysiert er die gemeinsame europäische Politik, die einerseits auf eine Integration der bereits in Europa lebenden MigrantInnen in den Arbeitsmarkt zielt, aber gegen neue Einwanderer eine Politik der Abschottung praktiziert.

Andreas Dietl faßt die deutsche Diskussion um eine doppelte Staatsbürgerschaft zusammen. Dargestellt ist das „Einknicken“ der SPD nach der Hessenwahl bis zur von der rot-grünen Regierung durchgesetzten Reform des Staatsbürgerrechts. Die Einbürgerungsfrist von 15 Jahren wurde durch die Reform lediglich auf 8 Jahre verkürzt. Menschen die als „Immigranten der zweiten“ oder sogar der „dritten Generation“ bezeichnet werden, werden künftig weder automatisch eingebürgert, noch haben sie in jedem Fall einen Anspruch darauf. Bis zum 23 Lebensjahr soll zwar eine doppelte Staatsbürgerschaft geduldet werden, danach muß aber die andere Staatsbürgerschaft aufgehoben werden, um die deutsche nicht wieder entzogen zu bekommen. Darüber hinaus soll jeder Bewerber, mit Ausnahme der hier geborenen Kinder, auch nachweisen, daß er „sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die BRD“ bekennt.

Dem Fazit der drei Autoren ist nichts hinzuzufügen: „Das im Kern immer noch geltende Blutrecht basiert auf einem völkisch geprägten Begriff der deutschen Nation, der einen, gelinde gesagt, anachronistischen Charakter hat, die europäische Integration erschwert und sowohl Faktor als auch Indikator des vergangenen wie des gegenwärtigen deutschen Rassismus ist“.

Elke Frye (ZAG)

Jochen Baumann, Andreas Dietl, Wolfgang Wippermann, Blut oder Boden, Elefanten Press, 176S., DM 24,90/ ös 182/ sFr 24,90



Flüchtlingsgeschichten

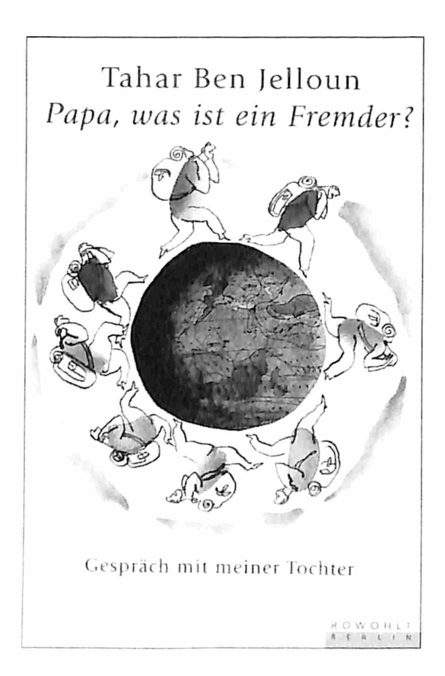
Weltweit sind laut UNHCR ca. 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Elisa Heinrich und Lukas Hano befragten 12 von ihnen in Deutschland für das vorliegende Buch. Sie gewähren uns damit einen kleinen Einblick in die Lebensumstände und die Fluchtgeschichte der Interviewten. Hierbei gehen sie umsichtig und zurückhaltet in die Gespräche hinein, um nicht in die Rolle der verhörenden Beamten auf den Ausländerbehörden zu gelangen. So sind Gespräche auf der Basis beiderseitigen Vertrauens entstanden. Wir erfahren von Sehnsüchten der Geflohenen, aber auch von Verfolgung, Elend, Not und Rettung in letzter Minute. Begleitend zu den Interviews erhalten wir jeweils ein Dossier des Herkunftslandes. Wir erfahren aber auch viel davon, womit die Flüchtlinge hier konfrontiert sind, die Bedingungen in den Unterkünften, die Abhängigkeit vom Sozialamt, die Probleme aus der eingeschränkten Bewegungsfreiheit und dem Arbeitsverbot. Sicherlich wirkt das Buch in dieser Hinsicht aufklärerisch, was aber so auch nicht verkehrt ist.

Elisa Heinrich / Lukas Hano, Flüchtlingsgeschichten, Interviews und Hintergründe, PappyRossa Verlag, Köln 1999, 208 S., DM 24,80/ EUR 12,60

Papa, was ist ein Fremder?

Die Fragen eines Kindes bei einer Demonstration gegen den Entwurf eines Gesetzes, das Ausländern die Einreise in Frankreich erschweren sollte, waren der Auslöser für diesen „pädagogischen Text". In einem Gespräch mit seiner Tochter versucht Tahar Ben Jelloun die Bedeutung von Rassismus, Antisemitismus, Getto oder auch Genozid mit einfachen Worten zu erklären. Das Buch ist hauptsächlich für Kinder zwischen 10- und 14 Jahren geschrieben, bietet aber sicherlich auch vielen Erwachsenen reichlich Stoff zum Nachdenken. Beim Lesen des Buches stellte sich einmal ein Gefühl der Beklommenheit ein, nämlich bei der Aussage „Mischehen sind ein gutes Bollwerk gegen Rassismus". Diese Ansicht kann ich leider nicht teilen, trotzdem werde ich dieses Buch einer zwölfjährigen Bekannten schenken.

Tahar Ben Jelloun, Papa, was ist ein Fremder?, Rowohlt-Verlag Berlin, ISBN 3-87134-372-2, 110 S., DM 29,80





Manifest gegen Arbeit

Die Gruppe Krisis hat ein Manifest gegen einen der größten Mythen unserer Zeit herausgegeben, den der Arbeit. Wie virulent dieser Mythos ist, liest sich dann so: „Zu viele von uns arbeiten um zu leben, und leben, um glücklich zu sein. Daran ist nichts auszusetzen. Nur fördert es nicht unbedingt eine hohe Produktivität. Wenn man allerdings eine hohe Produktivität will, dann sollte man leben, um zu arbeiten, und das Glück als einen Nebeneffekt nehmen." (David Landes zit. n.: „Die Zeit"). Der totalitäre Hintergrund solcher Aussagen wird im bürgerlichen Milieu selbstverständlich nicht hinterfragt und einem Großteil der Menschheit mit der Haltung: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen! das Existenzrecht abgesprochen.

Gruppe Krisis, Manifest gegen Arbeit, Krisis-Kreis Köln Düsseldorferstr. 74, 51063 Köln, 54 S., DM 5,-

Über die Lebensbedingungen kurdischer Flüchtlinge in Istanbul

Den Hauptteil dieser Broschüre stellen zwischen April 1997 und Januar 1998 geführte Interviews mit 49 kurdischen Familien dar, die seit Kriegsbeginn aus ihren Dörfern nach Istanbul flüchten mußten, weil sie sich weigerten, als „Dorfschützen" im Dienst der Militärs zu arbeiten. Als Beispiel für viele wird

hier deutlich, welche Folgen Krieg und Flucht auf die wirtschaftliche Situation von Menschen haben, die gezwungen sind, in die Anonymität der Großstädte unterzutauchen. Die Auswirkungen der Dorfentvölkerungen auf die Landwirtschaft und den Industriesektor werden beleuchtet und bestehende Gesetze (wie das Gesetz über das Siedlungsrecht und das Recht auf Beschaffung des Lebensunterhalts) dokumentiert. Anhand von konkreten Beispielen werden Rechtsverletzungen aufgezählt und Entschädigungsforderungen der Betroffenen formuliert.



Bulletin des Menschenrechtsvereins Insan Haklari Dernegi (Istanbul)
Dezember 1998
FIAN Sektion der BRD e.V. (Hg.),
Overwegstraße 31, 44625 Herne, e-mail: fian@home.ins.de, 74 S.

TATblatt, Flucht.Hilfe

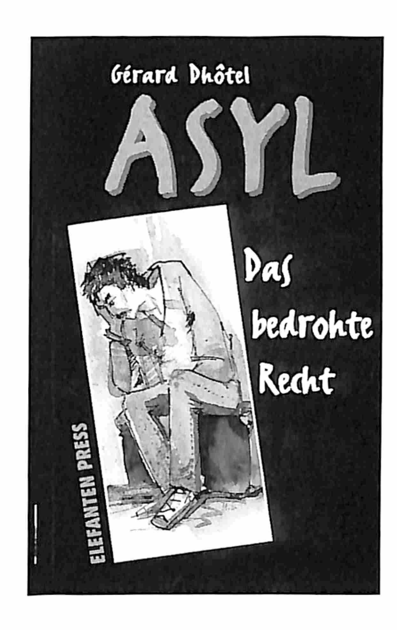
Vom TATblatt ist eine Sondernummer erschienen, dessen Themen sich aber nicht nur auf das, was der Titel suggeriert, erstrecken. Auf den 80 Seiten werden neben den Motiven für Fluchthilfe und deren rechtlichen Folgen auch Themen behandelt wie das bei uns vorherrschende Bild der MigrantInnen, deren Lebenssituation in Österreich, sowie professionelle Unterstützung von Flüchtlingen und die Schwierigkeiten, die sich durch die Institutionalisierung ergeben.





Flucht.Hilfe

TATblatt, Flucht.Hilfe, TATblatt Wielandgasse 2-4 1100 Wien, 80 S., ATS 60,-/ DM 8,50



Asyl – Das bedrohte Recht

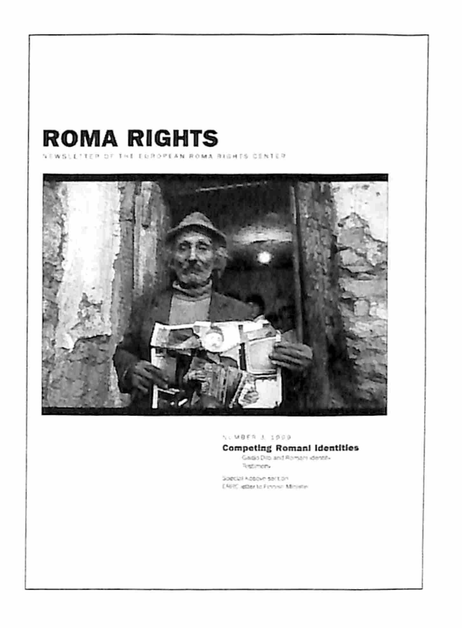
Berichte von Betroffenen leiten diese Neuerscheinung zum Asylrecht ein. Das Buch thematisiert die immer rigidere Abschottung Europas und stellt ihr die Situation der Flüchtlinge gegenüber. Es versucht, wieder humanitäre Gedanken in die Debatte einzubringen, indem es Einzelschicksale mit einem Sachteil kombiniert. Die Feststellung, daß das Asylrecht in Gefahr wäre, mutet allerdings etwas seltsam an, weist das Buch doch eher nach, daß davon kaum noch die Rede sein kann. Es bietet einen gut lesbaren Einstieg in die wieder aufgeflammte Diskussion.

Gérard Dhôtel, Asyl – Das bedrohte Recht, Edition „Ich klage an!",
Elefanten Press Verlag, Berlin '99,
ISBN 3-88520-747-8, 144 S., DM 19,90

Roma Rights

Diese auf englisch erscheinende Zeitschrift ist mit ihrer 3. Ausgabe herausgekommen. Der Titel ist Programm. Wer ihr nun vorschnell eine ethnisierende Position unterstellt, liegt vollkommen falsch. Sie distanziert sich explizit davon, eine Definition des Begriffs Roma zu haben oder an einer Entwicklung bzw. Abgrenzung dieses Begriffs auch nur interessiert zu sein. An einer derartigen Abgrenzung liegt ihr nichts, da die gesamte Forschung zu diesem Thema vor allem zur Diskriminierung mißbraucht oder genutzt werden kann. Sie sieht sich als Menschenrechtsorganisation und nichts mehr. In der neuesten Ausgabe wird die Frage der Identitäten erörtert, überschattet wird sie von der „Tragödie der Roma des Kosovo".

Roma Rights, European Roma Rights Center, Bâthory utca 1, 1054 Budapest, ISSN 1417-1503, http://errc.org



Themenschwerpunkte:

1992
Nr. 2 Greift ein! – Schaut nicht länger weg
Nr. 3 Wer schweigt stimmt zu
Nr. 4 Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda
Nr. 5 Roma/Rostock (vergriffen)

1993
Nr. 6 Gleiche Rechte für Alle/Lagerkampagne (vergriffen)
Nr. 7 Rassismus und Medien (vergriffen)
Nr. 8 Ausweisung und Abschiebungen (vergriffen)
Nr. 9 Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (vergriffen)

1994
Nr. 10 Rassismus und Bildung
Nr. 11 Innere Sicherheit
Nr. 12 Rassismus und Soziale Frage
Nr. 13 Polizei und Justiz

1995
Nr. 14 Deutscher Antirassismus? Gemeinsame Ausgabe mit Off Limits
Nr. 15 Illegalisierung
Nr. 16 Europa
Nr. 17 Alltag-Kultur-Rassismus

1996
Nr. 18 VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit Arranca!
Nr. 19 Einwanderungspolitik
Nr. 20 Ökologie
Nr. 21 Balkan, Krieg und Flucht

1997
Nr. 22 City 2000
Nr. 23 Mobilität
Nr. 24 Globale Migrationskontrolle
Nr. 25 Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität

1998
Nr. 26 MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt
Nr. 27 Antirassistische Jugendarbeit
Nr. 28 Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte
Nr. 29 Sport und Rassismus

1999
Nr. 30 Das Ende der Tabus
Nr. 31 Gesundheit als Privileg
Nr. 32 Die Bilder-ZAG

ANTIRASSISTISCHE UND ANTIFASCHISTISCHE TELEFONE IN DER BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro
02 41/3 48 68

Bayreuth
Neues AntiraTelefon
0951/603 08 74

Berlin
Antirassistisches Telefon
030/785 72 81
mo 17.30h-21h, di 19-21h,
do 17–19h

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro
05 21/6 40 94
mo-fr 10–13 & di 18–20h

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
04 21/70 64 44
di 15 – 19h

Delmenhorst
Infotelefon
0 42 21/1 78 15

Dortmund
Infotelefon Dortmund
02 31/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus
02 11/9 92 00 00
24 Stunden

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
0 91 31/20 22 68
di. 10 – 12

Essen
Anti-Rassismus-Büro
02 01/23 20 60

Giessen
Antirassistisches/- antifaschistisches Notruftelefon
04 61/79 14 64
mo – sa 19 – 20h, so 20 – 21h

Hamburg
Antirassistisches Telefon
0 40/43 15 87
mo – sa 9 – 23h

Kassel
Büro antirassistischer Initiativen
05 61/1 79 19

Lübeck
Antifaschistisches Telefon
04 51/7 02 07 48
täglich außer so & di,
18–21h

Passau
Infotelefon Antifa
08 51/3 61 06
fr 16–18h

ZAG-Bestellpostkarte:

Ich abonniere die ZAG ab der Nr.......... und erhalte ein ZAG Jahresabo, vier Ausgaben zum Preis von 24,– DM.

- ❒ Auslandsabo zu 35,– DM
- ❒ Förderabo in Höhe von..........DM.
- ❒ Bitte schickt mir als Willkommen kostenlos den Jahrgang 1997 (Nr. 22–25) oder
- ❒ Bitte schickt mir die Mumia-CD

Das Geld überweise ich auf das Konto der
Antirassistische Initiative Berlin e.V.
Bank für Sozialwirtschaft e.V.
BLZ 100 205 00
Stichwort ZAG
Konto: 303 96 01

❒ Ich benötige eine Rechnung
Name: ....
Straße: ....
Ort: ....

Datum:..........Unterschrift..........

ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH
D–10965 Berlin

ZAG im Abonnement

Wer die Zag regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren. Ein ZAG-Jahresabo, (4 Ausgaben) kostet 24,– DM, (Ausland 35,– DM) inkl. Versandkosten. Lieferung nur gegen Vorauskasse. Bitte füllt die Bestellung und die Überweisung vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. In der Abo-Verwaltung taucht immer wieder das Problem auf, daß wir wegen mangelnder Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen. Überweisungen ohne Angabe von Namen oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden. Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassitische Initiative. (Spenden sind steuerlich absetzbar). Laden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens 5 Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 % Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden.